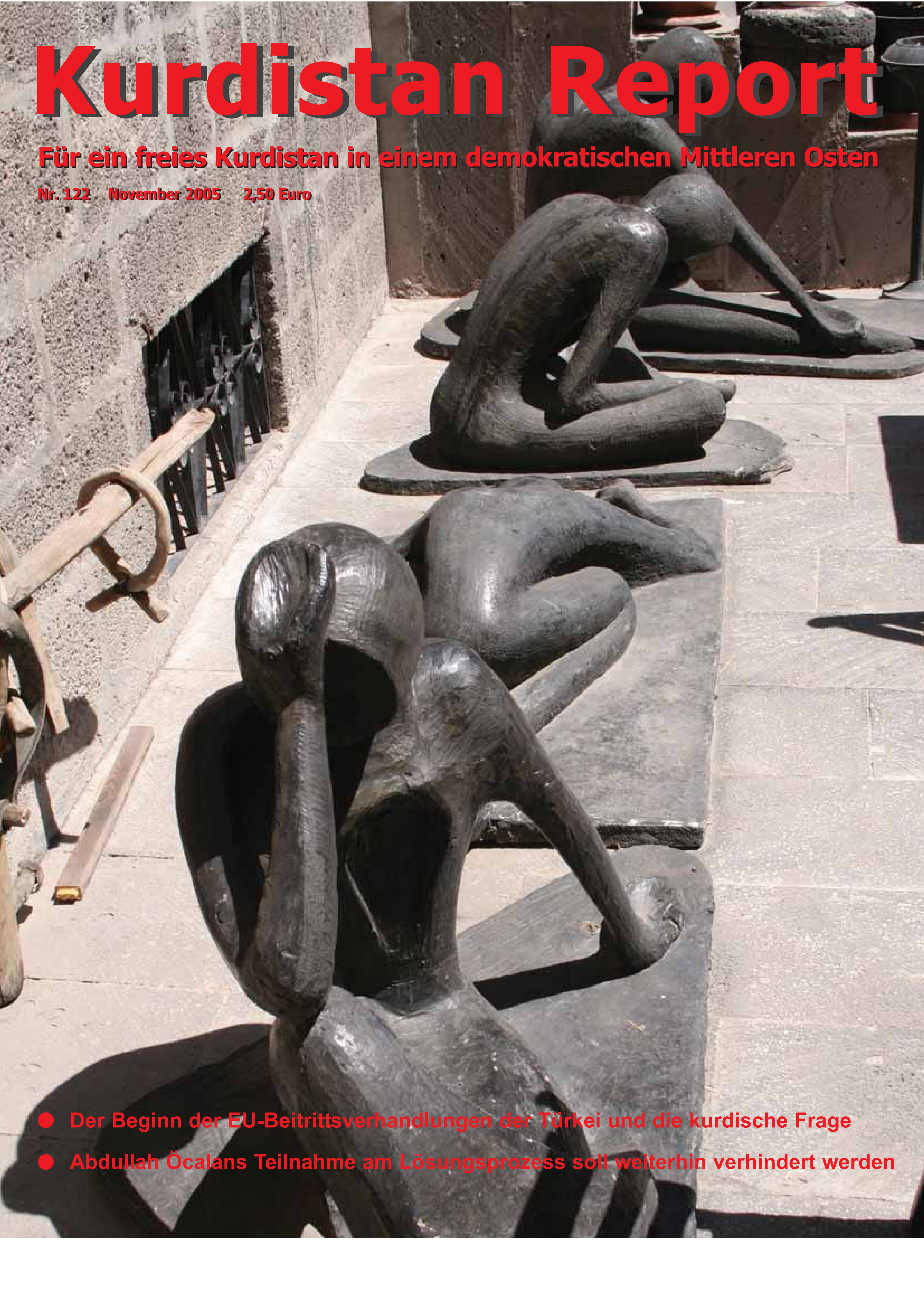


Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 122 November 2005 2,50 Euro

- Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei und die kurdische Frage
- Abdullah Öcalans Teilnahme am Lösungsprozess soll weiterhin verhindert werden

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 122 November 2005

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich, M. D. Göksungur

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro
Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
„Die entleerten Menschen“, Skulpturen im Dicle-Kultur-Zentrum Diyarbakır.

Rückseite:
Unterschriftenliste „Jetzt den Dialog eröffnen“

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



An Beerdigungen getöteter Guerillas beteiligt sich ein Großteil der Bevölkerung wie hier in Mardin



Transparent der Frauendemonstration in Istanbul zum Weltfriedenstag: „Dem Frieden die Hand reichen“



Spontaner Protest vor dem Verlagsgebäude der Özgür Politika gegen die Schließung der Zeitung

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dieser Kurdistan Report ist der letzte für dieses Jahr. Doch noch ist es zu früh für ein Resümee. Viel ist geschehen. Ein wichtiger Schritt für die Türkei dabei der Auftritt Tayyip Erdoğans in Diyarbakır. Das erste Mal wurde von ihm dabei offiziell von der kurdischen Frage gesprochen. Die Volksverteidigungskräfte haben sogleich reagiert und für einen Monat eine einseitige Waffenruhe ausgerufen, den sie noch bis zum 3. Oktober verlängerten, um einen Weg für weiterführende Verhandlungen zu eröffnen. Wie bei den vorherigen einseitigen Schritten für den Frieden von Seiten der kurdischen Bewegung verlief dieser auch wieder ohne einen entscheidenden historischen Wendepunkt. Nicht eine wirkliche Waffenruhe mit Verhandlungen hin zu einem beidseitigen Waffenstillstand stand am Ende, sondern eher eine gegenteilige Entwicklung – Militäroperationen der türkischen Armee nahmen zu wie auch die Repression gegen die Zivilbevölkerung und die Verschärfung der Situation für die Gefangenen in den Gefängnissen.

Die Kontaktmöglichkeiten Abdullah Öcalans zur Außenwelt wurden total unterbunden. Jetzt, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist es die 21. Woche, seitdem seine AnwältInnen oder Angehörigen einen Fuß auf die Gefängnisinsel Imralı gesetzt haben, auf der sich Abdullah Öcalan immer noch als einziger Gefangener befindet. Mit dieser umfassenden Isolierung, die sich auch auf seine Post sowie Zeitungen und Bücher bezieht, nimmt sich nicht nur die Türkei die Möglichkeit, einen Konflikt, für den jetzt auch offiziell die EU zuständig ist, mit einem kompetenten und von kurdischer Seite anerkannten Dialogpartner friedlich zu beenden. Auch die anderen westlichen Staaten vergeben die Chance. Aus diesem Grund veröffentlichen wir auf dem Umschlag einen internationalen Aufruf „Jetzt den Dialog eröffnen – Für den Frieden gegen den Krieg – Freiheit für Abdullah Öcalan“ mit der Bitte um Unterstützung.

Diese Ausgabe befasst sich in einem Schwerpunkt mit den am 3. Oktober begonnenen Beitrittsverhandlungen der türkischen Republik zur EU. Kurz zuvor fand in Brüssel die zweite Konferenz „Die EU, die Türkei und die Kurden“ statt. Nicht alle, die eingeladen waren, konnten auch teilnehmen, weil sie wie Tuncer Bakırhan, der DEHAP-Vorsitzende, von türkischer Seite an der Ausreise gehindert worden waren. Konstruktive Vorschläge wurden auf dieser Konferenz eingebracht oder entwickelt. So beispielsweise von Denzel Potgieter aus Südafrika, der eine Gerechtigkeitskommission empfahl, um alle Menschenrechtsverletzungen aufarbeiten, die Freilassung Abdullah Öcalans ermöglichen sowie die Amnestierung aller weiteren politischen Gefangenen und den Guerillas ein Rückkehrrecht in die türkische Gesellschaft gewähren zu können. Ein ähnliches Vorgehen habe auch in Südafrika zur Überwindung der Apartheid und zur Demokratisierung beigetragen.

Deutschland wäre gut beraten, konstruktiv an einem Demokratisierungsprozess der Türkei mitzuwirken. Aber ob die neue Bundesregierung dazu in der Lage sein wird, ist eher zu bezweifeln. Auch wenn das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erst einmal das Verbot der Tageszeitung Özgür Politika zurückgenommen hat, ist die grundsätzliche Haltung unverändert einseitig für die türkische Regierung. Der Jahrestag des Verbotes kurdischer Vereinigungen in Deutschland ist wieder einmal verstrichen, ohne dass ein Umdenken stattgefunden hätte. Eine Aufhebung ist überfällig und keine nette Geste, sondern ein Übergang zu einer grundsätzlich veränderten Haltung in einem Konflikt, der zigtausende Tote, Verletzte, Gefangene zählt. Kurdinnen und Kurden haben ihre Entscheidung getroffen und sich in diesem Sinne organisiert. Eine Veränderung wird stattfinden – es ist eine Frage der Zeit. Diese sollte für einen sinnvollen Aufbau so schnell als möglich genutzt werden.

Mit hoffnungsvollen Grüßen

Ihre Redaktion

Die kurdische Frage wird ein Bestandteil der EU-Verhandlungen sein

Die EU sollte zur Lösung beitragen, nicht zur Ausweglosigkeit!

Rıza Erdoğan

Nachdem am 3. Oktober 2005 das Verhandlungsdokument für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durch die EU-Kommission beschlossen und dies auch von Ankara akzeptiert wurde, hat eine neue Phase in den Beziehungen zwischen EU und Türkei begonnen. Ein langer Verhandlungsprozess mit der Türkei ist nun mit der Zielsetzung eröffnet worden, das Land über den Anpassungsprozess an die EU anzubinden. Es heißt, das Ende dieses Prozesses werde zum einen vom Maß der Geduld der EU und zum anderen vom Harmonisierungserfolg der Türkei abhängen. Daher scheint es nicht sehr realistisch, schon jetzt das Ergebnis zu diskutieren oder sich darauf zu fixieren. Denn es könnte notwendig sein, nach einem 10-jährigen anhaltenden Prozess viele Aspekte erneut zu bewerten aufgrund möglicher Veränderungen in der Politik des Mittleren Ostens, der USA und der EU sowie in der Fähigkeit der Türkei, sich ihrer politischen Probleme anzunehmen und sie zu lösen, allen voran die kurdische Frage.

Ich werde mich hier, statt mich allgemein mit den EU-Türkei-Verhandlungen zu befassen, vielmehr auf deren Auswirkungen speziell auf die kurdische Frage beschränken. Seit dem 3. Oktober gibt es in diesem Bereich Unklarheiten und ein verbreitetes Bedürfnis nach Diskussion. Es führt zu Fragezeichen in vielen Köpfen, in erster Linie der Kurdinnen und Kurden, weil in der Praxis eine oberflächliche und abweisende Haltung zu beobachten ist, die gar den Anschein erweckt, das kurdische Problem werde nicht ernst genommen.



Rıza Erdoğan Foto: Archiv

Die kurdische Frage wird ein Bestandteil der Verhandlungen sein. Verhandlungsthemen wie Menschenrechte, kulturelle und politische Freiheiten nach den Kopenhagener Kriterien, die Behebung regionaler Ungleichgewichte und Stärkung der Regionalverwaltungen werden auch die kurdische Frage betreffen und zu Veränderungen im Leben des kurdischen Volkes beitragen. Aus diesem Grunde unterstützt die kurdische Bevölkerung den EU-Prozess und auch ihre politischen Kräfte verfolgen ihn intensiv. Die KurdInnen werden auch in Zukunft die vehementesten UnterstützerInnen dieses Prozesses bleiben.

Aber weder die Politik der führenden EU-Länder noch die Politik der EU hat sich bislang in der kurdischen Frage von ihrer, den Wünschen Ankaras entsprechenden, Haltung befreien können. Die Annäherung der Türkei ist unzureichend für die Lösung des kurdischen Problems. Daher ist es notwendig, dass sie ernsthafte Veränderungen in ihrer bisherigen Politik vornimmt und hierbei Unterstützung und Förderung erfährt.

Wenn auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte: „Es gibt die kurdische Frage, es ist unser Problem und wir werden es lösen!", so ist die Verleugnungsmentalität doch noch immer sehr ausgeprägt und bislang noch nicht überwunden. Auch in den EU-Dokumenten wurde bislang das Problem nicht klar beim Namen genannt. Die EU sollte nicht zögern, es zu benennen und zu erklären, dass die Forderungen Ankaras zu diesem Thema den Kopenhagener Kriterien nicht entsprechen. Das Kriterium europäisch zu sein heißt zu wissen, sich sogar den schwierigsten Problemen wissenschaftlich zu nähern und die universellen Werte nicht aus den Augen zu verlieren.

Unabhängig von den nationalen Interessen sollten keine Zugeständnisse bei diesen Prinzipien gemacht werden.

Als einst dem sowjetischen Staatsführer Josef W. Stalin mitgeteilt wurde, dass der katholische Papst gegen ihn sei, soll er gefragt haben, wie viele Soldaten der Papst denn habe. Diese kleine Anekdote verdeutlicht das Verhältnis zu Politik und Macht im 20. Jahrhundert. Das Gleiche gilt auch für Hitler. Mit dem Gewaltpotential, das er besaß, wollte er die Welt unterwerfen, der Menschheit wurde großes Leid zugefügt quasi nach dem Motto „Wer die Macht hat, der ist im Recht". Traurig ist jedoch, dass auch heute noch diese Herangehensweise anzutreffen ist. Sobald es um Eigeninteressen geht, geraten die Rechtsprinzipien und die Gesetze in den Dienst der Politik.

Das Verbot der Tageszeitung Özgür Politika nach 11-jährigem Erscheinen in Deutschland durch Bundesinnenminister Otto Schily kurz vor den Wahlen ist die Umsetzung des Leitsatzes „Wer die Macht hat, der ist im Recht". Ständig werden KurdInnen als Gefahr für die innere Sicherheit betrachtet und entsprechend behandelt. Kein Vorwurf hat bisher dazu geführt, dass die Zeitung, die im Rahmen des Unternehmens- und Presserechts arbeitete, verboten worden ist. Menschenrechte stützen sich auf das Prinzip, das Individuum und die Gesellschaft gegen den Staat zu schützen. Denn das Individuum ist zu schwach und nicht in der Lage, sich gegen die Gewalt der Staatsmacht zu wehren. Europa gibt sich gern als führende Kraft im Hinblick auf die Menschenrechte. Auch die Kopenhagener Kriterien, als politische Richtschnur der EU, beinhalten eine universelle Annäherung an die Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wer die KurdInnen denn nun schützen wird.

Vor dem Verbot der Özgür Politika gab es in Washington ein Dreiergipfeltreffen zwischen der US-, der türkischen und der irakischen Regierung. Anschließend verlautbarten US-Vertreter unter anderem: „Wir werden schon bald in Europa einige führende Köpfe der PKK der Justiz zuführen. In diesem Zusammenhang wird es konkrete Entwicklungen geben." Die Vorfälle in Deutschland nach diesen Erklärungen haben natürlich Fragen aufgeworfen. Ist das Verbot vielleicht als Resultat des Gipfeltreffens in Washington vollzogen worden? Zwar können die staatsanwaltschaftlichen Bemühungen nicht außer Acht gelassen werden, aber was hat diese Erklärung zu bedeuten?

Der Bundesinnenminister erklärte zu diesem Thema, der Kampf des kurdischen Volkes schade den bilateralen Beziehungen zur Türkei. Die Entscheidung, eine Zeitung zu verbieten, kann nicht nach bilateralen Interessen gefällt werden, sondern ausschließlich nach dem Presserecht. Ist bei Özgür Politika ein Verstoß gegen das Presserecht oder etwa gegen das Unternehmensrecht festgestellt worden? Bis heute gibt es keinerlei Anschuldigung dieser Art. Es ist aber bekannt, dass seit Jahren die türkischen Regierungsvertreter in ihren Gesprächen mit der deutschen Seite das Thema stets aufs Tapet gebracht haben. Sie forderten bei jeder Gelegenheit die Schließung von Özgür Politika. Selbstverständlich wird es verlockende Angebote seitens der Türkei gegeben haben, aber Rechtsverletzungen, willkürliche Interpretationen von Gesetzen sind auch zum Nachteil Deutschlands.

Alle, die sich mit diesem Thema befassen, können objektiv erkennen, dass die Kurdinnen und Kurden keine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen, dass gewisse Probleme in der Vergangenheit inzwischen wirklich Vergangenheit geworden sind und aus kurdischer Sicht in dieser Frage wichtige Veränderungen stattgefunden haben. Auch wenn die Organisierungskraft des kurdischen Volkes, die Fähigkeit große Massen zu mobilisieren als eine Gefahr dargestellt wird, so entspricht dies nicht der Wahrheit. Für alle großen Veranstaltungen werden behördliche Genehmigungen eingeholt, und sie finden in Kooperation mit den Behörden in einem äußerst demokratischen Verhältnis und gutem Einvernehmen statt. Dies werden alle staatlichen Instanzen mit gesundem Menschenverstand nur bestätigen können.

Deutschland muss sich bei seiner Annäherung an die kurdische Frage von Bewertungen wie „schädlich für die außenpolitischen Interessen" und „Gefahr für die innere Sicherheit", die mit der objektiven Realität nichts zu tun haben, befreien, es sollte Selbstkritik üben. Die KurdInnen gefährden weder die innere Sicherheit noch schädigen sie die außenpolitischen Interessen. Es ist gut möglich, dass eine solche Wertung aufgrund der speziellen, auf Interessenspolitik basierenden, historischen Beziehung Deutschlands zur Türkei vorgenommen wird. Aber es ist auch eine Realität, dass das kurdische Volk gezwungen ist, für die Lösung des Problems zu kämpfen. Mit den jüngsten Entwicklungen kommt auf kurdischer Seite zunehmend die Frage auf, ob Deutschland wohl versucht, unter dem Vorwand der Schädigung seiner außenpolitischen Interessen die kurdische Frage offen zu halten.

Großbritannien hat einen beachtlichen Weg bei der Lösung seiner Probleme mit der IRA mittels Dialog zurückgelegt. Auch in Spanien sind in dieser Hinsicht gewisse Entwicklungen zu verzeichnen. Die Türkei aber versucht beharrlich, eine Konfliktpartei außen vor zu halten und somit eine Lösung zu verhindern. Dass Abdullah Öcalan trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte unter schwersten Isolationshaftbedingungen gehalten wird, mit dem Ziel ihn zu zerstören, und die Türkei bestrebt ist, die Guerillakräfte – die als Resultat dieses Problems existieren – aus einem Lösungsprozess herauszuhalten, treibt die Angelegenheit verstärkt in eine Sackgasse. Die kurdische Frage weist internationale Dimensionen auf. Die EU-Staaten kennen das Problem aus der Nähe. Wenn Personen, die in diesem Zusammenhang bekannt geworden sind oder damit in Verbindung gebracht werden wie zum Beispiel Abdullah Öcalan, zum Angriffsziel gemacht oder durch Isolation aus einer möglichen Lösung herauszudrängen versucht werden, wenn die angewandte Isolation in

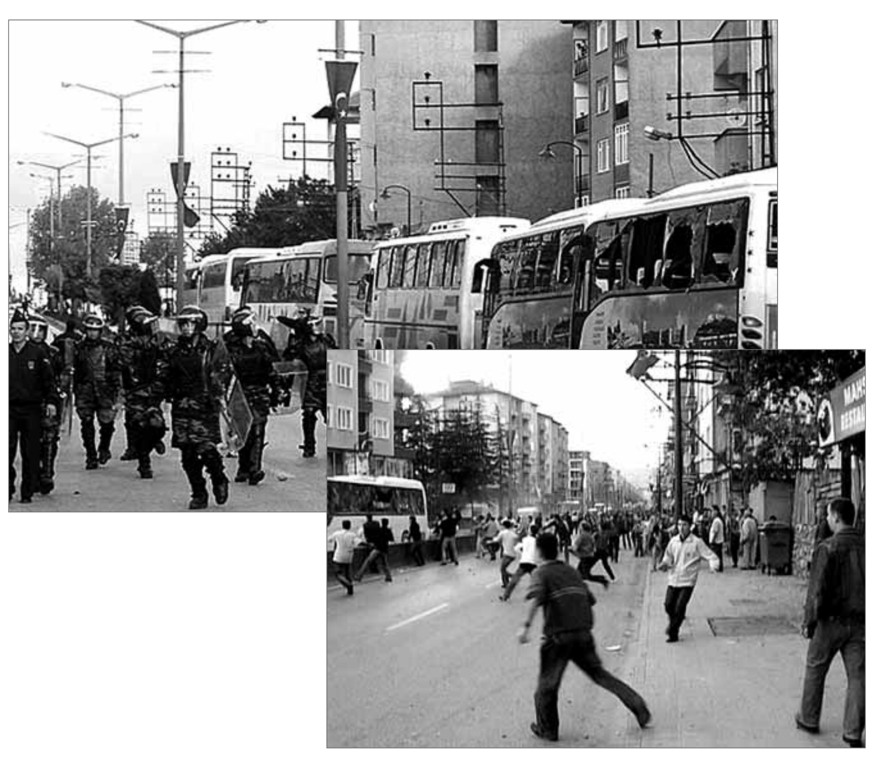
menschlicher und politischer Hinsicht eine Dimension erreicht, die das kurdische Volk kränkt, dann wird die offene Wunde nie heilen. Wenn zudem für die Guerillakräfte, die sich aufgrund des ungelösten Problems in den Bergen aufhalten, keine Lösung gesucht wird, sondern ausschließlich Militäroperationen und Tod in Frage kommen, werden die Gründe für den Kampf weiterhin bestehen bleiben, so dass die Etablierung einer Lösung und die Schaffung von Stabilität sich äußerst schwierig gestalten werden. Daher werden neue Regelungen notwendig sein, damit die 7 000 Guerillakräfte sich als ein Teil des Problems und als Konfliktpartei an der politischen Phase beteiligen können. Diese Fragen als nichtexistent zu erklären zeugt weder von Realismus noch trägt es zur Lösung bei.

Unterschiedlichen Äußerungen aus der EU-Administration ist zu entnehmen, dass es an der Tagesordnung ist, die politischen AkteurInnen nach eigenen Vorstellungen zu bestimmen. Zunehmend werden unterschiedliche politische DarstellerInnen gesucht, gefördert und unterstützt. Parallel dazu wächst die Repression gegen die von der kurdischen Seite akzeptierten politischen VertreterInnen. Das bedeutet nichts anderes, als dass der politische Wille des kurdischen Volkes negiert wird, d. h. es wird auf willenlose Menschen abgezielt.

Es mag sein, dass die EU-VertreterInnen das Problem im Rahmen der Beitrittsverhandlungen ihren Vorstellungen entsprechend zu lösen beabsichtigen und daher ein positives Ergebnis im Vorfeld direkt zwischen den Konfliktparteien ihren Interessen entgegensteht. Aber mit einer solchen Haltung werden auch sie keinen Erfolg verzeichnen können.

Die EU sollte die in diesem Konflikt involvierten Parteien ernst nehmen. Die kurdische Seite legt ihre Haltung zu einer Lösung bei jeder Gelegenheit offen. Nach der Rede des Ministerpräsidenten Erdoğan in Diyarbakır sind die HPG erneut einseitig in eine passive Verteidigungsposition übergegangen. Nach dem 3. Oktober werden einige Schritte erwartet. Wenn die EU es will, kann sie ohne weiteres die Konfliktparteien bei der Lösungsfindung unterstützen. Auf diese Weise wäre die Phase der Beitrittsverhandlungen von einem Grundproblem befreit und eines der Haupthindernisse für eine Demokratisierung wäre beseitigt. Die Gewaltoption als Mittel der Problemlösung darf nicht als Alternative hierzu bestehen bleiben.

Die Generäle der türkischen Republik ziehen Militärgefechte einer Lösung der kurdischen Frage vor. Folglich wurden nach der Erklärung der kurdischen Seite zur einseitigen passiven Verteidigungsposition die Militäroperationen gegen die Guerillakräfte verstärkt. Während die kurdische Seite mit diesem Schritt zur Lösung beitragen wollte, versuchten die Streitkräfte durch ihre Angriffe die Ausdehnung der Kampfhandlungen zu forcieren. Gegen diese Haltung des Militärs haben die internationalen Kräfte nicht opponiert. Die Generäle wurden durch die US-Erklärungen und durch die jüngsten Verbote in Deutschland in gewisser Weise sogar in ihrer Position gestärkt.



Angriff türkischer Nationalisten auf die Initiative der kurdischen Bevölkerung gegen die umfassende Isolation Abdullah Öcalans – Busfahrt nach Gemlik — Fotos: DIHA

Fazit

Die EU sollte die kurdische Frage und die kurdische Seite ernst nehmen und ohne Ausgrenzung einer Konfliktpartei eine realistische Haltung an den Tag legen. Die KurdInnen sind Beteiligte in dieser Auseinandersetzung, sie haben dreißig Jahre lang einen, teilweise bewaffneten, Kampf geführt. Diese Tatsache zu ignorieren und zu glauben, das Problem durch gewisse rechtliche Modifikationen in der Türkei umgehen zu können, und die kämpfenden Kräfte als Angriffsziel zu markieren, wird zu keiner Lösung beitragen, sondern vielmehr die Ausweglosigkeit vertiefen. Die KurdInnen unterstützen für die Lösung die EU. Denn sie wollen, dass die universellen Grundrechte auch für sie gelten. ♦

Ein Türkei-Portrait für Europa

Der Staat wird vergöttert

Baki Gül, Soziologe, freier Journalist

Die Türkei hat am Ende doch erreicht, was sie wollte. Für sie hat eine neue Phase mit der EU begonnen. Es war nicht zu übersehen, dass die Entscheidung vom 3. Oktober zur Türkei weder den EU-Mitgliedsstaaten noch der Türkei leicht fiel. Anzeichen dafür, dass jede Periode der Beziehungen zwischen Türkei und EU ähnlich krisenhaft verlaufen wird, war aus den vorhergehenden Gesprächen, aus den Fortschrittsberichten und in der Frage der praktischen Umsetzung der Anpassungsgesetze ersichtlich. Die Diskussionen vor dem 3. Oktober und die daraus folgende Entscheidung sind für die Türkei, die EU und den Mittleren Osten eine wichtige Schwelle und bedeuten im Endeffekt einen Neubeginn.

Wir können schon jetzt vorhersehen, dass auch nach dem 3. Oktober die Diskussionen um die praktische Umsetzung der Anpassungsgesetze unter ähnlichen Vorzeichen ablaufen müssen. Mit den Problemen bei der ökonomischen Anpassung, in der Frage der Menschenrechte und Demokratie sowie im sozialen Bereich wird sich die Türkei schwer tun. Denn die ökonomische Situation in der Türkei, die hohe Arbeitslosigkeit werden immer ein Alptraum für die EU-Mitgliedsstaaten bleiben. Auch wird die ungelöste kurdische Frage ein gewichtiger Faktor bei der Demokratisierung sein. Wenn wir diesen Aspekten noch die Mängel im Bildungs-, Agrar-, Umweltbereich etc. hinzufügen, ist davon auszugehen, dass der Weg sehr kurvig sein und über lebensgefährliche Schluchten verlaufen wird. Die anstehenden Schwierigkeiten für die Türkei werden noch mit der gezielten Politik der Kräfte innerhalb der EU wachsen, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei arbeiten.

Ist die Türkei in den Augen der EuropäerInnen das blaue Mittelmeer, guter Raki und türkische Spezialitäten? Oder ist sie ein Markt mit vielen jungen KonsumentInnen? Oder ist sie ein Mitglied mit reicher kultureller Identität, das zur EU-Demokratie etwas Positives beitragen wird? Oder ein Land, das die politischen und kulturellen Unterschiede zwischen Orient und Okzident ausgleichen wird? Egal aus welchem Blickwinkel betrachtet, die Beziehung zwischen EU und Türkei wandelt sich in eine fatale Zweckgemeinschaft. Weil das schöne Meer, die faszinierenden Geschichten und die türkische Hausmannskost von schweren Konflikten begleitet werden wie z. B. in Israel/Palästina, die dann ein Teil des EU-Alltags werden.

Während der Fußballspiele in der Türkei gegen europäische Mannschaften skandieren die türkischen Hooligans den Schlachtruf: „Europa, Europa! Höre unsere Stimme, was jetzt kommt, ist der Marschtritt der Türken!“ Er kann als eine aktuelle Revanche der Türkei gegen Europa ausgelegt werden oder als laute „Rache” der Türken, die zweimal vor den Toren Wiens umgekehrt sind. Das Problem mit der Türkei wird in unserer Zeit nicht auf dem grünen Rasen, sondern auf den roten Teppichen, in den Kammern der Politik ausgetragen. In der Türkei hört man die gleichen Worte in verschiedenen Variationen.

Die EU-Abenteuer der Türkei können in vielerlei Hinsicht gedeutet werden. Daher ist es von Nutzen, einen Blick auf die jüngsten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ereignisse in der Türkei zu werfen, um eine Ahnung von den zukünftigen Debatten zu bekommen.

In dem Land zwischen Asien und Europa leben etwas über siebzig Millionen Menschen. Trotz verschiedener Glaubensgemeinschaften und vieler Minderheiten ist der türkische Staat auf dem Prinzip „ein Staat, eine Nation, eine Flagge” aufgebaut. Die Tatsache, dass dieses Prinzip weit entfernt ist von einer demokratischen Einstellung, führt in der Türkei stets zu Konflikten. Deswegen gab es bis vor kurzem in der Türkei etwa alle zehn Jahre einen Militärputsch. Statt zu putschen agiert das Militär jetzt moderner, indem es der türkischen Politik ein tägliches Feintuning verpasst. Ein Beispiel: Egal, wann und wo der türkische Premier ein Statement verlautbart, in dem Grundsatzfragen des türkischen Staatsverständnisses angesprochen werden, richten sich die Objektive der Medien auf den türkischen Nationalen Sicherheitsrat oder auf die höchste Armeeinstanz und entsprechend bestimmen deren Stellungnahmen die Medienarbeit.

Die Türkei hat jetzt eine Regierung der von Recep Tayyip Erdoğan geführten Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP. Erdoğan ist ein Schüler Necmettin Erbakans, der in der Türkei als Islamist bekannt ist. Erdoğan versucht, toleranten Islam und liberale Politik zu kombinieren, damit hat er von sehr nationalistischen bis hin zu liberalen Bevölkerungsteilen bis zu 40 Prozent der Stimmen bekommen. Er legt Wert darauf, dass er die „Änderungen”

in der Türkei repräsentieren könne. Aber diese Behauptung bleibt ziemlich schwach im Schatten seiner Vergangenheit. Weil Erdoğan bei den Grundproblemen der Türkei wie Demokratisierung, Menschenrechte, Völkermord an den ArmenierInnen, Zypernfrage, Ägäiskonflikt, AlewitInnen, kurdische Frage und in vielen weiteren Bereichen nicht anders handeln kann als seine VorgängerInnen. Die Reformen und „EU-Anpassungsgesetze” können im Alltag gar nicht umgesetzt werden. Zum einen wegen seiner extrem pragmatischen politischen Programmatik, zum anderen wegen des türkischen Militärs mit seinem Appendix, der Staatsbürokratie, und der politischen Parteien, die behaupten, die kemalistische Doktrin weiter hochzuhalten.

Menschenrechte und Demokratie

Alles, was nach dem 17. Dezember 2004 [Tag der Brüsseler EU-Entscheidung, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 beginnen zu lassen] in der Türkei passiert ist, sei beiseite gelegt. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD ließen 123 Menschen in den Kämpfen zwischen kurdischen Guerillas und der türkischen Armee ihr Leben, 118 Menschen wurden verletzt. Ein IHD-Sprecher erklärte: „Es ist eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen. Die EU-Anpassungsgesetze der Türkei können auf keinen Fall umgesetzt werden.“ Er machte darauf aufmerksam, dass in den vorhergegangenen drei Monaten in 959 Fällen die Menschenrechte verletzt sowie Ehrenmorde, Zeitungs- und Fernsehsenderschließungen registriert worden seien. Nach diesem IHD-Bericht →

Bilanz des Menschenrechtsvereins IHD Diyarbakır

Nach dem Bericht des Menschenrechtsvereins (IHD) in Diyarbakır sind in den Monaten Juni, Juli, August bei Gefechten in den kurdischen Provinzen 123 Personen getötet worden. 118 Personen wurden verletzt. Insgesamt spricht der IHD in diesem Zeitraum von 959 Menschenrechtsverletzungen.

Im Vereinsgebäude der Zweigstelle des IHD in Diyarbakır gaben der Vorsitzende Demirtas sowie der Vertreter der Region, Mihdi Perincek, am 14. September eine Erklärung zu den Menschenrechtsverletzungen ab. Demirtas machte darauf aufmerksam, dass aufgrund der intensivierten Kampfhandlungen ein ernsthafter Anstieg der Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen sei.

Einhergehend mit der Intensivierung der Militäroperationen seien auch die staatlichen Eingriffe gegen das Versammlungs-, Meinungs- und Organisierungsrecht angestiegen, so Demirtas. „Damit zusammenhängend gibt es auch einen Anstieg der Folterfälle. Durch die Kämpfe ist die Rückkehr in die Dörfer eingestellt worden. Auch das Wirtschaftsleben wird direkt negativ beeinflusst.“

Demirtas forderte die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Bürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir. Gegen Baydemir wird aufgrund einer Ansprache und eines Berichtes im Europaparlament ermittelt. „Wir bewerten es als großen Widerspruch, wenn die Regierung einerseits die Existenz der kurdischen Frage anerkennt, ankündigt, sie mit demokratischen Methoden zu lösen und jeden anzuhören, der zu dem Thema etwas zu sagen hat, und andererseits eine Repressionspolitik gegen Vertreter des Volkes durchführt. Die Regierung muss von dieser unverständlichen Haltung unverzüglich Abstand gewinnen und die gewählten und legitimen Volksvertreter anhören.“

Nach Demirtas übernahm Perincek das Wort und erläuterte den neuen Menschenrechtsbericht, der sich aus Daten zusammensetzt, die sich aus Anträgen an den Menschenrechtsverein und Meldungen aus Tageszeitungen ergeben haben.

Die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen in „Ost- und Südostanatolien“ der Monate Juni, Juli, August:

VERLETZUNGEN DES RECHTES AUF LEBEN
Tote bei Gefechten: 123
Verletzte bei Gefechten: 118
Morde und Angriffe unbekannter Täter/Extralegale Hinrichtungen: 12 Tote, 1 Verletzter
Tote durch Minen und andere Explosionen: 13
Verletzte durch Minen und andere Explosionen: 40

VERLETZUNGEN DER PERSÖNLICHEN SICHERHEIT
Festnahmen: 165
Interventionen gegen gesellschaftliche Vorfälle
a) Anzahl der Vorfälle: 3
b) Festnahmen: 9
c) Verletzte: 13
d) Tote: 1
Aussagen zu Folter und Misshandlung: 34
a) durch Jandarma: 4
b) durch Polizei: 19
c) durch Dorfschützer: 11
Verschwundene: 1
Verhaftungen: 32

VERLETZUNG DES RECHTES AUF EIGENTUM
a) Gelegte Wald- und Buschbrände: 3
b) Andere: 3

RECHTSVERLETZUNGEN IM ARBEITSLEBEN
Zwangsversetzungen: 2
Entlassung: 27
Administrative Ermittlungsverfahren und Strafen: 8
Andere: 17

VERLETZUNGEN DER MEINUNGS- UND AUSDRUCKSFREIHEIT
Ermittlungsverfahren und Strafen: 71
Verbotene NGOs: 1
Verbotene Veranstaltungen (Theater, Kino usw): 3
Gewalt gegen Frauen: 9
Innerfamiliäre Gewalt: 1
„Ehrenmorde“: 2
Selbstmorde: 14
Selbstmordversuche: 9

für Juni–August wird durch die gemeinsame Bewertung von Staatspräsident, Premierminister und anderen Politikern der Eindruck vermittelt, als würde die Türkei in einem „Bürgerkrieg“ stecken.

Besonders im September fanden zwischen der kurdischen Bevölkerung und den staatlichen Sicherheitskräften gewalttätige Auseinandersetzungen statt. Kurdische Arbeiter wurden in westlichen Städten getötet. Kurden, die am 1. September, dem Weltfriedenstag, demonstrieren wollten, wurden auf der Straße gelyncht, zwei kurdische Demonstranten von türkischen Nationalisten getötet. Kurdische unbewaffnete Guerillakämpfer, die in türkischen Metropolen verhaftet worden waren, wurden unter Aufsicht der Polizei von Nationalisten fast gelyncht. Dann wurden gefallene kurdische Guerillas in den kurdischen Regionen in Begleitung von Zehntausenden zu Grabe getragen. In der Zeitschrift „Türksolu“ („Türkische Linke”), in der auch der ehemalige Verfassungsgerichtsvorsitzende Yekta Güngör Özden schreibt, hieß es: „Jeder Türke darf unbedingt nur bei einem Türken kaufen. Jeder Türke muss türkisch sprechen. Ein Türke sieht keine Filme mit kurdischen Motiven, hört keine kurdische Musik. Der Türke geht nicht in Lokale, in denen kurdische Musik gespielt wird, steigt nicht in Sammeltaxis, in denen kurdisch gesprochen wird. Die kurdischen Spezialitäten ersetzen türkische Hausmannskost. Wir müssen diese Mentalität bekämpfen, die verpflichtet, andere Spezialitäten zu essen. Die kurdischen Speisen sind genauso gefährlich wie McDonalds. Jeder Türke muss seine Küche schützen und soll keine anderen Speisen essen. Vor allem müssen viele Türken gezeugt werden. Jedes türkische Baby ist für uns ein Retter aus Ergenakon [sagenhafte Urheimat der türkischen Nomaden].“ (Vgl. den Film von Chris Nahon: Das Imperium der Wölfe/“L’Empire des Loups“, Frankreich 2005, nach einem Roman des Bestseller-Autors Jean-Christophe Grangé.) Das ist die jüngste Form des türkischen Chauvinismus im 21. Jh.

Meinungsfreiheit

Das türkische Militär und manche politischen Parteien nehmen diesen gesellschaftlichen Konflikt zum Vorwand und verlangen härtere Gesetze als zu Putschzeiten gebräuchlich, um die jüngsten Gesetze in der Türkei sowie „Menschenrechte und Demokratisierung” in einem engeren Rahmen zu begrenzen. Sogar die Tageszeitung Hürriyet mit ihrer ausgeprägten pro-staatlichen Haltung bezeichnete den Entwurf eines neuen Antiterrorgesetzes überraschenderweise als seltsam. Sie befürchtete, dass die Medien nach den neuen Bestimmungen, die das Zusammentreffen zweier Menschen als „illegale Organisation, Anschlagsplanung, Terror” definierten, unter enormen Druck geraten würden.

Es geht um eine Türkei, in der der prominente Autor Orhan Pamuk wegen seiner Aussage „Wir haben eine Million Armenier geschlachtet und 30 000 Kurden getötet” angeklagt wurde, der Generalsekretär und viele FunktionärInnen der pro-kurdischen DEHAP mit einem Ausreiseverbot belegt wurden, eine Türkei, die überhaupt keine gesetzliche Prozedur vorsieht, die Fälle getöteter ZivilistInnen juristisch zu verfolgen, und eine Türkei, die JournalistInnen verhaftet.

Unlängst wurde die Konferenz zum „Völkermord an den Armeniern” zuerst verboten, dann gerichtlich verhindert und konnte schlussendlich in den Hörsälen einer Istanbuler Universität unter äußerst schwierigen Umständen abgehalten werden.

Die Gefahren in der Wirtschaft

In der Türkei sollen 3,5 Millionen Menschen unterhalb der Einkommensgrenze von einem Dollar pro Tag leben. Dagegen bezifferte Coskun Ulusoy, Direktor des Militär-Unterstützungs-Instituts OYAK [als Solidaritätsfonds für Mitglieder des Militärs aufgebaut, heute eines der größten Unternehmen der Türkei], ihr Einkommen im Jahr 2004 auf 2 654 320 990 Euro. Als ob dieses nicht ausreiche, interveniert das OYAK bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen, mit dem Ziel sie zu erwerben. Das Arbeitsministerium nannte eine Arbeitslosenrate von 10,9 % am 21. September. Nach diesen Angaben ist die Lage in der Türkei auch im sozialen Bereich sehr angespannt. Diebstahl und Raub sind jetzt auch in den kleinen Städten sehr verbreitet. Nach Angaben des Türkischen Polizeipräsidiums ist die Kriminalität um 10 Prozent gestiegen. Waren in der Türkei im Jahre 2003 noch 321 805 Delikte zu verzeichnen, ist die Zahl nunmehr auf 353 692 gestiegen.

90 SchülerInnen in einer Klasse

Das Fundament der Ausbildung in der Türkei ist von der Grundschule bis zur Universität ungenügend. Zum Beispiel sind in der Istanbuler Yunus-Emre-Grundschule 80 bis 90 SchülerInnen in einer Klasse. Die Eltern müssen Schulgebühren zahlen, weil das Budget des Staates für den Bildungsbereich nicht ausreicht. Und das erschwert die Grundausbildung der Kinder grundsätzlich.

Siedlungsgebiete unter Wasser

Es gibt Missstände beim Umweltbewusstsein, der Urbanisierung sowie bei den allgemeinen Menschenrechten. Die Existenz einer tausende Jahre alten historischen Höhlenstadt, Hasankeyf am Tigris, wird missachtet und sie wird Opfer einer planlosen Verleugnungspolitik. Dort wird ein Staudamm gebaut und dieses historisch sehr wertvolle alte Siedlungsgebiet wird im Wasser versinken. Im Straßenbau werden ökologische Aspekte überhaupt nicht berücksichtigt. Während die Türkei für ihre kulturellen Unterschiede von außen Respekt einfordert, respektiert sie selber unterschiedliche Kulturen im eigenen Land nicht. Viele Kirchen wurden zu Moscheen umgebaut, nach offizieller türkischer Lesart „eine Sprache, eine Nation“.

Türkische Intellektuelle, die nach internationalem Maßstab eigentlich eine kulturelle Autorität repräsentieren sollten, haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Soldaten zu applaudieren, während andere Intellektuelle, die den vom Staat bestimmten Rahmen überschreiten, als VerräterInnen gebrandmarkt werden.



Auf Demonstrationen und Kundgebungen die Forderungen nach Freiheit und Demokratie Foto: DIHA

Auch wenn die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa heutzutage eher nach den Kopenhagener Kriterien bewertet werden, sind diese Beziehungen bei näherer Betrachtung doch gespannt, konfliktreich. Weil der kurdisch-türkische Konflikt in der Türkei stets immanent ist. Ein Konflikt zwischen den über 20 Millionen zählenden KurdInnen und der Türkei während des EU-Beitrittsprozesses könnte diesen in eine Sackgasse führen.

Es gibt zwei wesentliche Aspekte in der Beziehung zwischen der Türkei und der EU: zum einen politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Werte, die im Entstehungsprozess der EU begründet sind, zum anderen unterschiedliche diplomatische Interessen in der reellen Politik der Mitgliedsländer. Die aus diesen zwei Punkten erwachsenden Probleme werden sich in Krisensituationen vermehrt auswirken.

Im Verhältnis zwischen Individuum und Staat wird das Individuum dem Staat geopfert; der Staat wird vergöttert und als ein militaristisches Symbol zu einem Tempel erhoben. Zum besseren Verständnis im Hinblick auf die Integration genügt es, einen Blick auf die „Euro-TürkInnen“ zu werfen, die seit dreißig bis vierzig Jahren in Europa leben. Die Politik des türkischen Staates ist der wesentliche Grund dafür, dass sich diese Menschen in den jeweiligen EU-Ländern bezüglich ihrer sozialen Entwicklung, Integration, kulturellen Interessen in ihrer eigenen Welt verschließen. Die Türkei hat entweder die türkische Bevölkerungsgruppe in Europa als Potential gegen armenische oder kurdische Organisationen betrachtet und sieht sie noch immer so oder als wirtschaftliche Quelle für das eigene Land. Das jüngste Beispiel, dass drei Millionen TürkInnen bei den Wahlen in Deutschland von Seiten der Türkei als Trumpf gespielt wurden, erhellt die türkische Position. Während die Türkei die europäischen Staaten aufgrund der Behandlung der „Euro-TürkInnen“ der Ausländerfeindlichkeit bezichtigt, behandelt sie selbst andere Volksgruppen in der Türkei viel schlechter.

Europäische Türkei?

Unter Berücksichtigung all dieser Angaben müssen wir dann genauer über die EU-Voraussetzungen für einen Beitritt der Türkei nachdenken. Zwei Prognosen sind vorstellbar. Entweder muss Europa seine in Jahrhunderten entwickelten historischen Werte dem erhofften wirtschaftlichen Wert der Türkei opfern oder die Türkei muss ihren nationalistisch-militaristischen Charakter – dort als „türkisch-islamistische Synthese” bezeichnet – aufgeben. Sicherlich wird die Türkei mit 70 Millionen Menschen in der EU zu einer Problemquelle. Weil andere Volksgruppen in der Türkei, wie die armenische, aramäische, kurdische u. a., von der Türkei und der EU ihre Rechte einfordern werden. Dann werden KurdInnen mit ihrem ungelösten Problem, AlewitInnen, fast zehn Millionen Arbeitslose, etwa dreißig Millionen arme Menschen, Jugendliche ohne Zugang zur Bildung noch ungehaltener agieren. Dann werden Bilder wie aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt oder aus dem Irak ein Teil der EU sein. Man muss die Realität der Türkei gänzlich erfassen können, damit sich das Problem in eine Lösung verwandeln kann. Das Blau des Mittelmeeres, die leckeren türkischen Spezialitäten oder der Raki könnten gegen die Farbe des Blutes ausgetauscht werden.

Die Beziehung zwischen der Türkei und der EU erinnert an die Zeilen eines orientalischen Liedes: „Wenn ich den Garten der Geliebten betrete, wird sie mich töten, wenn ich nicht gehe, sterbe ich.” Natürlich gelten diese Worte sowohl für die Türkei als auch für die EU.

Die Atmosphäre in der Türkei nach dem 3. Oktober gleicht gegenwärtig einer feierlichen Stimmung, geprägt vom Siegesgefühl, dem Ziel der EU etwas näher gekommen zu sein. Sie ist nachfühlbar für ein Land, das sich die Akzeptanz der EU trotz seiner Lage verdient hat. Denn die Türkei ist zum einen ein Land wie oben beschrieben und zum anderen ist ihr die Anerkennung durch die EU gelungen, die sich als Maßstab für Recht und Demokratie geriert. Hierbei hat natürlich die paradoxe, aber gleichzeitig pragmatische Politik der politischen Kräfte vor allem aus der Linken, der Sozialdemokratie und der Grünen eine bedeutende Rolle gespielt. Die SozialistInnen, SozialdemokratInnen, Grünen, ja sogar die KommunistInnen innerhalb der EU gehen mit ihrer Türkeipolitik prinzipiell in Stellung gegen die chronisch feindselige Haltung der rechten und nationalistischen Politik und unterstützen die Türkei. Aber die von ihnen getragene Türkei ist noch reaktionärer als die nationalistisch-konservative Politik, gegen die sie in ihren eigenen Ländern arbeiten. Die Haltung von Staaten wie Großbritannien und Deutschland, die sich aufgrund ihrer ökonomischen und diplomatischen Beziehungen mit der Türkei für deren EU-Mitgliedschaft einsetzen, legitimiert die reaktionären Seiten der Türkei innerhalb der EU. Die Türkei hat sich nicht zuletzt auch mit Unterstützung der USA einen Weg in die EU gebahnt und handelt politisch in vielen Bereichen in einer Art von Verzogenheit so wie sie möchte, in erster Linie auf eine antidemokratische Weise.

Dies führt dazu, dass die TrägerInnen der demokratischen Dynamik in der Türkei große Schwierigkeiten haben, ihre eigene Politik der EU verständlich zu machen. Aus diesem Grund fühlen sie sich zu anderen, radikaleren Methoden veranlasst. In der Türkei haben die kurdische Dynamik und viele andere eine solche Phase erreicht. Wenn es der Türkei nach dem 3. Oktober nicht gelingen wird, ihre Probleme mit demokratischen Mitteln zu lösen, wird das dazu führen, dass sie zu einem chronischen Problem der EU wird. Es wäre sicherlich nicht übertrieben zu behaupten, dass die Unterstützung für die Türkei das Potential besitzt, sich eines Tages in Ablehnung zu verwandeln. ♦

Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei und die kurdische Frage

Konferenz in Brüssel: „Die EU, die Türkei und die Kurden“

Martin Dolzer

Am 3. Oktober entschieden die Gremien der EU nach langem machtpolitischem Hick-Hack, besonders seitens der österreichischen Regierung, positiv über den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. ExpertInnen zufolge wird der Aufnahmeprozess sich über das nächste Jahrzehnt hinziehen. Meist stehen im Vordergrund der Diskussionen die Anerkennung Zyperns durch den Staat am Bosporus sowie kulturelle und wirtschaftliche Aspekte. Die erneute Zunahme von Menschenrechtsverletzungen sowie die anhaltende Assimilationspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung und ethnischen wie religiösen Minderheiten werden im bürgerlichen Mainstream dagegen kaum thematisiert.

Die überwiegende Anzahl der Mitglieder der sozialistischen, der grünen und der sozialdemokratischen Fraktionen befürwortete einen Beitritt, wenn auch unterschiedlich gewichtet bezüglich politischer, integrationspolitischer, geostrategischer und wirtschaftlicher Beweggründe. Viele Konservative und Nationalisten traten hingegen eher für eine so genannte „privilegierte Partnerschaft“ ein. Hauptsächlich argumentierten die PolitikerInnen diesbezüglich mit der Verteidigung der Werte des christlichen Abendlandes sowie der instabilen politischen Lage im Land. Im abschließenden Bericht der EU-Erweiterungskommission werden der Türkei demokratische Reformen bescheinigt, die allerdings besonders im Bereich der Grund- und Menschenrechte und der kurdischen Frage kaum eingehalten werden. Trotz derartiger Kritik empfiehlt die Kommission die sofortige Aufnahme der Verhandlungen.

MenschenrechtlerInnen befürchten derzeit eine erneute Eskalation der Situation. Es kommt in den letzten Monaten immer wieder zu Lynchmorden und extralegalen Hinrichtungen an KurdInnen. Das Militär dominiert erneut Politik und Gesellschaft und destabilisiert das Land durch die schwersten Militäroperationen seit Ende der neunziger Jahre. Zudem wird vom Militär in Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften ein aggressiver Nationalismus geschürt. Auf der Konferenz „Die EU, die Türkei und die Kurden“, die von der „EU–Turkey Civic Commission“ (EUTCC) in Zusammenarbeit mit der Rafto Foundation, Medico International, dem Kurdish Human Rights Project und dem Bar Human Rights Committee of England and Wales vom 19. bis zum 20. September in Brüssel ausgerichtet wurde, diskutierten ExpertInnen aus dem politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich über den Beitrittsprozess, die Menschenrechte und die kurdische Frage.

Vittorio Agnoletto, Mitglied der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), kritisierte, dass die EU einen Beitritt hauptsächlich unter geostrategischen Gesichtspunkten betreibe. Sie ignoriere die menschenrechtlichen Grausamkeiten und die vom türkischen Militär, trotz langjähriger einseitiger Friedensbemühungen durch die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen, fortgesetzte Vernichtungspolitik. Erst kürzlich verkündete die Guerilla HPG, auf Anregung des Kongra-Gel, die Verlängerung einer einseitigen Waffenruhe bis zum 3. Oktober. Agnoletto bezweifelt, dass die EU, angesichts der Pläne für eine hauptsächlich auf eine Neoliberalisierung und Militarisierung orientierte Verfassung, ihre eigenen Kriterien bezüglich der Demokratisierungs- und Friedenspolitik umsetze. In diesem Zusammenhang kritisierte Feleknas Uca (PDS-GUE/NGL), unterstützt von AnwältInnen und weiteren PolitikerInnen aus allen Fraktionen, das Verbot der kurdischen Zeitung Özgür Politika durch Innenminister Schily als nicht duldbaren, massiven Eingriff in das Presserecht, der im schlimmsten Fall ein weiteres derartiges Agieren in anderen Ländern der EU nach sich ziehen könne.

Die englische Grüne Jean Lambert kritisierte die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, besonders die gegenüber Frauen, genau wie die belgische Konservative Frieda Brepoels und der Senator des Brüsseler Parlaments, Jan Beghin. Die stellvertretende Vorsitzende des IHD, Reyhan Yalcindag, die Menschenrechtlerin Margaret Owen aus England und die Vorsitzende des Anwaltsvereins TOHAD, Sehnaz Turan, skizzierten entsprechend, dass besonders Frauen unter Menschenrechtsverletzungen leiden, die aufgrund der anhaltenden Assimilations- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Bevölkerung und noch nicht überwundener feudaler Verhältnisse anhalten. Die Zahl der Vergewaltigungen, Jungfräulichkeitstests und „Ehrenmorde“ hat noch nicht abgenommen. Die soziale und infrastrukturelle Benachteiligung der Frauen und Kinder ist noch lange nicht überwunden, die Rückkehrmöglichkeiten in die Dörfer sind noch nicht gewährleistet. Der schwedische Sozialdemokrat Conny Fredriksson stellte diesbezüglich

die Umsetzung eines permanenten Monitoring zur Einhaltung der Menschenrechte durch die EU in den Vordergrund seiner Rede.

Ärgerlich war dagegen die Äußerung des Leiters der EU–Beitrittskommission Joost Langendijk, der die Verantwortung für den türkisch-kurdischen Konflikt einseitig auf die kurdische Bewegung projizierte, von der sich die PolitikerInnen der DEHAP und der DTH distanzieren sollten. Schon in den letzten Monaten und im Vorfeld der Konferenz hatten PolitikerInnen aus Europa und den USA derartige Spaltungsversuche unternommen. In diesem Zusammenhang verbot die türkische Regierung dem Vorsitzenden der DEHAP, Tuncer Bakırhan, die Ausreise zur Konferenz, da er durch eine Zurückweisung der Spaltungsstrategie in Ungnade gefallen war und nun mit einem Verfahren konfrontiert ist. Auch Osman Baydemir, der Bürgermeister von Diyarbakır, steht derzeit wegen einer offenen Unterredung mit Erweiterungskommissar Olli Rehn vor einem türkischen Gericht. Bei dieser Unterredung übergab er Rehn einen Bericht mit dem Titel „Urban and Regional Socioeconomic Problems – Democratisation in Turkey and the Kurdish Question". Trotzdem konnte er auf der Konferenz sprechen und nutzte das, um die staatliche Benachteiligung der kurdischen Kommunen, besonders den von der DEHAP regierten, sowie die absurde Verschärfung der Haftbedingungen Abdullah Öcalans zu kritisieren.

Der Versuch der Spaltung zwischen der kurdischen Bevölkerung und den von ihr unterstützten PolitikerInnen und Guerillas, der seitens der Regierungen der USA, der EU und der Türkei betrieben werde, ignoriere die Realitäten und führe in eine Sackgasse. Das wurde sowohl von Hatip Dicle (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft/DTH) wie auch von Akin Birdal (Sozialistisch Demokratische Partei/SDP) vertreten. Beeindruckend war die klare Analyse der Situation durch die Schriftsteller Mehmed Uzun und Richard McKane, die die ideologische Dominanz des Militärs und des „tiefen Staates" in der türkischen Gesellschaft sowie die Notwendigkeit, diese Dominanz zu brechen, beschrieben. Auch der Vertreter des Menschenrechtsvereins Mazlum-Der, Ayhan Bilgen, brachte die verheerende Situation, die derzeit in der Türkei herrscht, auf den Punkt. Nahezu alle TeilnehmerInnen sprachen sich für den Beginn der Beitrittsverhandlungen aus, wenn entsprechend Druck bezüglich der friedlichen Lösung der kurdischen Frage, der Menschenrechte und der notwendigen Demokratisierung gemacht würde.


An Beerdigungen von Mitgliedern der HPG wie hier in Van und Batman nimmt ein großer Teil der Bevölkerung teil. Fotos: DIHA

„Wer ernsthaft an einer Demokratisierung der Türkei interessiert ist, kann die kurdische Frage nicht ignorieren", bekräftigten der Schriftsteller Mehmed Uzun, Hatip Dicle und weitere PolitikerInnen, AnwältInnen aus Südafrika und Europa sowie Michael Gunter, ein Sozialwissenschaftler aus den USA. Denzel Potgieter, Mitglied der Gruppe aus Südafrika, schlug vor, eine Gerechtigkeitskommission zur Aufarbeitung aller Menschenrechtsverletzungen, auch derer im Bürgerkrieg, einzurichten. Darüber hinaus sollten alle politischen Gefangenen, unter ihnen Abdullah Öcalan, amnestiert und den Guerillas ein Rückkehrrecht in die türkische Gesellschaft ohne Bestrafung gewährt werden. Ein ähnliches Vorgehen unter Einbeziehung des ANC habe auch zur Demokratisierung Südafrikas beigetragen.

Ob die auf Frieden durch Dialog orientierten Vorschläge der kurdischen Bewegung, die von der Konferenz und einer Initiative von Intellektuellen aus der Türkei und Europa geteilt werden, auch bei den Regierungen der Türkei, der USA und der EU auf positive Resonanz treffen, ist momentan allerdings mehr als fraglich. Notwendig ist sicherlich, das wurde auch auf der Konferenz deutlich, dass während der Beitrittsverhandlungen außerparlamentarischer und parlamentarischer Druck auf die türkische Regierung – und auch in der EU auf die dortigen Regierungen – ausgeübt wird. Diese müssen ihre ökonomischen und geostrategischen Interessen zugunsten der Einhaltung der Menschenrechte und einer umfassenden Demokratisierung zurückstellen.

Insgesamt war die gut besuchte Konferenz ein sinnvoller Beitrag zum Aufbrechen der Desinformationspolitik zum Thema Türkei, zum Austausch von Ideen und Erfahrungen und zum Ausüben institutionellen Drucks. Um die Konstruktivität noch zu steigern, könnte bei einer dritten Konferenz etwas mehr Raum für Diskussionen zu spezifischen Themen deren Vertiefung bewirken. Der institutionelle Druck kommt in der Abschlussresolution zum Ausdruck, die dokumentiert ist in der Onlineausgabe unter www.kurdistanreport.de. ♦

Politisch stärker als je zuvor?

Alternativen zu Öcalan



Jung und Alt fordern die Freiheit für Abdullah Öcalan Foto: DIHA

Kommentar von Reimar Heider

Spätestens seit den „Serhildan" genannten Volksaufständen zu Beginn der 1990er Jahre gelten Abdullah Öcalan und die von ihm geführte Bewegung als die treibende Kraft des politischen Kampfes der Kurden in der Türkei. Seither gibt es immer wieder Versuche, Alternativen aufzubauen, die bisher jedoch wenig erfolgreich waren. Die Liste der Namen ist lang – sie enthält staatstreue Politiker und kurdische Nationalisten (Kemal Burkay, Serafettin Elçi, Abdülmelik Firat) ebenso wie abtrünnige PKK-Mitglieder (Selahattin Çelik, Kani Yilmaz, Şemdin Sakik), um nur einige derer zu nennen, auf die man bei diesen Bemühungen setzt oder zeitweise gesetzt hat. 2004 schien ein Durchbruch erreicht, verließen doch erstmals einige Hundert Kämpferinnen und Kämpfer die Volksverteidigungskräfte. Nur wenige von ihnen schlossen sich allerdings der Gruppe um Nizamettin Taş und Osman Öcalan an, die die Spaltung initiiert hatte, so dass auch dies nicht zur Schaffung einer ernsthaften Gegenkraft führte. Auf der anderen Seite sind die „Freiheitsfalken Kurdistans" entstanden, die durch teils rücksichtslose Terroranschläge auf sich aufmerksam machen und denen nach eigenem Bekunden die Haltung von Kongra-Gel und HPG zu zimperlich ist.

Parallel zu diesen Entwicklungen mehrten sich die Behauptungen, die Unterstützung für die PKK habe abgenommen, sie besitze keinen Einfluss mehr, sei gespalten und marginalisiert. Nicht nur die offensichtliche Handlungsfähigkeit der Guerilla straft diese Einschätzung Lügen. Führende Militärs und Politiker in der Türkei werden nicht müde zu betonen, die PKK sei militärisch „so stark wie 1999" und „politisch stärker als je zuvor". Dies dürfte wohl auch der Grund sein, warum es europäische und US-amerikanische Diplomaten für nötig halten, nicht nur kurdische Politiker, sondern gar die kurdische Bevölkerung aufzurufen, sich von Öcalan und dem Kongra-Gel zu distanzieren – so europäische Botschaftsvertreter bei einer Kurdistan-Rundreise und zuletzt Joost Langendijk, MdEP, vor türkischen Journalisten.

Doch was ist davon zu halten? Die Bücher Öcalans verkaufen sich in sechsstelliger Auflage, in Kurdistan finden beinahe täglich Demonstrationen für seine Freiheit statt, und in einer Unterschriftenkampagne fordern Hunderttausende, Öcalan solle politisch eine Rolle spielen. Doch Europa, die USA und die Türkei suchen weiter nach Alternativen.

Wenn man die wegen mangelnder Unterstützung der kurdischen Bevölkerung völlig unrealistischen, potentiellen Alternativen einmal beiseite lässt, gelangt man zu den einigermaßen realistischen. Große Hoffnungen hatten alle Seiten in die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana gesetzt. Europa sorgte für ihre Freilassung und lancierte sie ganz offen als „kurdische Führerin" und Alternative zu Öcalan. Genau dies ist aber ihrem Renommee in der kurdischen Gesellschaft nicht gut bekommen. Ihre „Bewegung für eine demokratische Gesellschaft" – übrigens selbst ein Projekt Öcalans – kommt nicht vom Fleck. Der gewählte Bürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, der viel zwischen seiner Heimatstadt und Brüssel pendelt, erscheint zur Zeit vielen als vielversprechendster Kandidat für eine indirekte Vermittlung – er leitet die Forderungen der Kurden nach Brüssel weiter, Brüssel verhandelt mit der Türkei. Ob ein derartiges Modell, wie es politische Kommentatoren ins Spiel bringen, tragfähig sein kann, muss sich erst noch erweisen.

Der in der Türkei bekannte Politkolumnist Fikret Bila antwortete Joost Langendijk am nächsten Tag auf dessen Initiative, indem er auf die bisherige völlige Erfolglosigkeit aller Versuche hinwies, Alternativen zu Öcalan zu schaffen. Kein kurdischer Politiker könne ernsthaft darauf hoffen, erfolgreich gegen Öcalan zu agieren. Frederick De Klerk, der letzte weiße südafrikanische Präsident, welcher Nelson Mandela nach 27 Jahren aus dem Gefängnis holte und so mithalf, die Apartheid zu beenden, hat bereits vor einigen Jahren in Istanbul den türkischen Verantwortlichen folgenden Rat mit auf den Weg gegeben: „Wenn ihr verhandelt, verhandelt nicht mit zweitklassigen Politikern. Sie haben keinen Rückhalt und können keinen Frieden garantieren. Man muss mit den wirklichen Führern verhandeln." ♦

Abdullah Öcalans Teilnahme am Lösungsprozess soll weiterhin verhindert werden

Der Imrali-Plan der Regierung

aus Özgür Gündem / Tageszeitung in der Türkei, 25.09.2005

Die jüngsten Erklärungen von Ministerpräsident Erdoğan und Justizminister Cicek verweisen darauf, dass die Verantwortung für die verhinderten Besuche seiner Verteidigung und Familienangehörigen bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali direkt bei der Regierung liegt. Rechtsanwalt Bekir Kaya verwies darauf, dass der Plan, Öcalan aus der aktuellen Politik herauszuhalten, von der Regierung umgesetzt wird.

Nach dem am 12. Mai vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verkündeten Urteil, demnach Öcalan keine faire Verhandlung gehabt habe, trat in Ankara das Thema einer Neuverhandlung auf die politische Agenda. Aber mit der am 1. Juni in Kraft getretenen gesetzlichen Neuregelung im Strafvollzugsgesetz, vom Parlament abgesegnet, geschah das genaue Gegenteil. Das neue Gesetz sieht vor, dass bei Verteidigergesprächen mit Öcalan ein Beamter anwesend sein muss, die Gespräche auf Band aufgenommen werden und die Mitschriften der Anwälte beschlagnahmt werden. Angestrebt wurde mit diesem Gesetz, die Verteidigergespräche zu unterbinden und Öcalan politisch und juristisch zu isolieren. Daraufhin teilte Öcalan mit, unter diesen Bedingungen eine Neuverhandlung nicht zu akzeptieren. Seit dem 1. Juni haben keine Verteidigergespräche mehr stattgefunden. Das Recht auf einen einmal wöchentlich stattfindenden Besuch von Familienangehörigen wurde eingeschränkt. Familienbesuche dürfen jetzt nur noch alle zwei Wochen stattfinden. Aber auch diese finden nicht regelmäßig statt. Mit der Begründung, das Boot, das als Verkehrsmittel zur Überfahrt nach Imrali genutzt wird, sei defekt, wurden mehrere Besuche verhindert. Die dennoch stattfindenden Besuche laufen in angespannter Atmosphäre ab. Bei früheren Verteidigergesprächen hatte Öcalan mitgeteilt, die Verantwortung für Imrali liege beim Generalstab. Da der Generalstab an das Ministerpräsidentenamt gebunden ist, ist dort die politische Verantwortung zu suchen.

Wie für alle anderen Gefängnisse auch ist Justizminister Cicek für Imrali zuständig. Mit der gesetzlichen Neuregelung vom 1. Juni wurden die Befugnisse des Justizministeriums für Imrali ausgeweitet. Zuvor waren bei Besuchen keine Beamten anwesend. Allerdings wurden die Gespräche aufgenommen. Durch das neue Gesetz werden die Gespräche direkt von Mitarbeitern des Justizministeriums verfolgt. Somit hat die Regierung ihren Platz innerhalb des Imrali-Systems eingenommen. Im Folgenden erklärte Justizminister Cicek, die Verteidigergespräche seien aus juristischer Sicht beendet. Als am 21. September eine Gruppe von Anwälten sich auf den Weg nach Imrali machte, um mit Öcalan zu sprechen, wurde das Boot erneut auf halbem Weg zurückgeleitet, weil angeblich ein neuer Schaden aufgetaucht sei. Einen Tag später wurde die Situation Öcalans im Rahmen einer Talkshow, an der Ministerpräsident Erdoğan teilnahm, thematisiert. Als die Behauptung aufgestellt wurde, Öcalan habe im Gespäch mit seinen Anwälten politische Direktiven gegeben, mischte sich Justizminister Cicek telefonisch in die Diskussion ein und widersprach, die Verteidigung habe einen Besuch beantragt, der jedoch nicht genehmigt worden sei. Während also den Anwälten gegenüber der Defekt des Wasserfahrzeuges als Begründung genannt wird, erklärt Cicek öffentlich, der Besuch sei nicht genehmigt worden. Auch Erdoğan beeilte sich hinzuzufügen, Verteidigergespräche seien nicht möglich und Öcalan könne lediglich von seiner Familie besucht werden. Bei dem letzten Verteidigergespräch am 1. Juni hatte Öcalan mitgeteilt, jede Entwicklung werde von der Regierung selbst verhindert.

Rechtsanwalt Bekir Kaya widersprach den Äußerungen Ciceks und erklärte: „Selbst wenn die Prozesse bereits abgeschlossen wären, könnten Verteidigergespräche juristisch nicht verhindert werden. Dabei laufen einige Verfahren noch. Die Gesetzgebung ist eindeutig. Ministerpräsident und Justizminister versuchen, die Öffentlichkeit zu täuschen. Es gibt keine offizielle Mitteilung darüber, dass Besuche nicht stattfinden können. Eine solche kann es aus juristischer Hinsicht ohnehin nicht geben. Aber mit willkürlichen Begründungen werden die Besuche verhindert.“ Aufgrund des Sonderstatus von Imrali seien „alle Ebenen des Staates“ in der Lage, diesbezüglich die Initiative zu ergreifen, aber für die aktuelle Praxis sei direkt die Regierung verantwortlich, so Kaya. „Es handelt sich um die Umsetzung des Planes, Herrn Öcalan aus der Politik herauszuhalten. Damit soll verhindert werden, dass Öcalan Teil des politischen Prozesses ist.“ ♦

Delegation der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen des Europaparlamentariers Tobias Pflüger (PDS-GUE/NGL) in Kurdistan und der Türkei

Das Land ist eigentlich so schön

Christoph Kolaczkowski, Britta Eder und Martin Dolzer

Die Delegation der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen von Tobias Pflüger (die aus zwei wissenschaftlichen MitarbeiterInnen einem Praktikanten und zwei DolmetscherInnen bestand) hielt sich vom 10. August bis zum 1. September 2005 in den kurdischen Provinzen der Türkei und bei den Freiheitsbrigaden in den irakischen Kandil-Bergen auf, um dort einen Eindruck von der menschenrechtlichen und politischen Situation zu erhalten.

Dokumentation der Pressekonferenz der Delegation im Menschenrechtsverein IHD, Van, am 19.08.2005

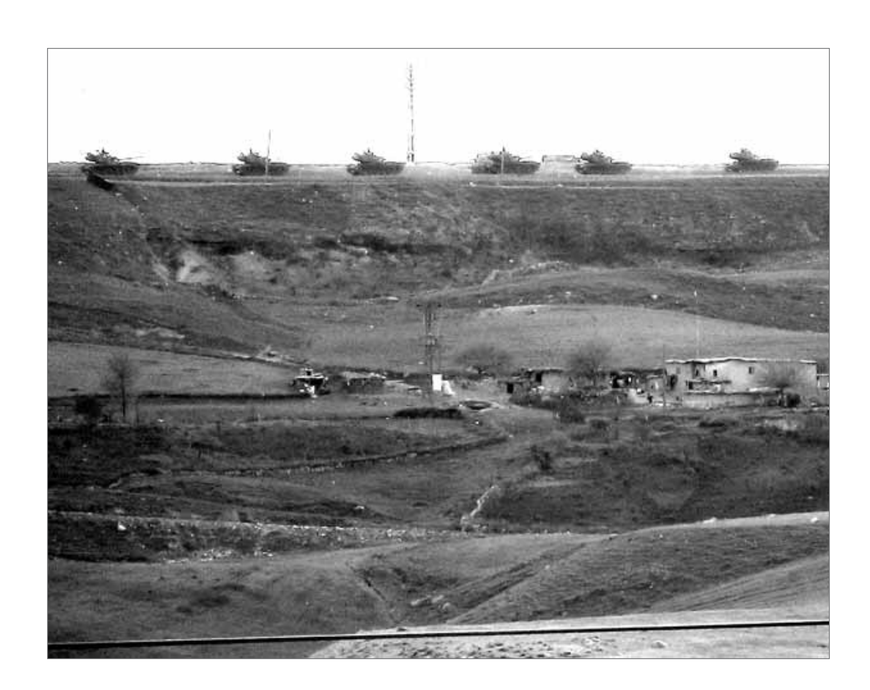
Wir werden erst einmal beschreiben, wie wir aufgrund dessen, was wir gesehen haben, die derzeitige Situation einschätzen. In den kurdischen Provinzen hat sich, besonders seit März 2005, als Mitglieder von faschistischen Idealistenklubs in Mersin während des Newrozfestes den so genannten Fahnenvorfall initiierten, die Lage stark zugespitzt. Der auf diese Weise, besonders von der Generalität des Militärs und dem „tiefen Staat“[1], forcierte Nationalismusschub hat tief greifende gesellschaftliche Veränderungen bewirkt.

Der „tiefe Staat“ und das Militär dominieren erneut die Politik und auch die Medien der Türkei, während die Regierung sich weitgehend deren Vorstellungen unterordnet. In den kurdischen Provinzen finden die stärksten Militäroperationen seit sechs Jahren statt, in mehreren Provinzen herrscht faktisch erneut der Ausnahmezustand; die zivilgesellschaftlichen kurdischen Organisationen sind verstärkten Repressionen ausgesetzt, es wurden neue Gesetze zur Beschränkung der Meinungsfreiheit und zur Beschränkung der Handlungsfähigkeit der AnwältInnen erlassen, die Reisefreiheit der Menschen wird beschränkt und bereits seit Mitte 2004 kommt es wieder verstärkt zu Tötungen an ZivilistInnen.

Wir waren in Hakkari und haben gesehen, dass die Menschen dort in ständiger Angst leben. In der Umgebung finden starke Militäroperationen statt, bei denen Giftgas eingesetzt wird. Die Menschen werden von Militär und Sondereinheiten der Polizei tyrannisiert. Maskierte unbekannte Sondereinheiten durchsuchen willkürlich Häuser, Menschen werden ohne Grund festgenommen, geschlagen und gefoltert. In der Region sind in der letzten Zeit mehrere Menschen von unbekannten Tätern ermordet worden. Erst vor wenigen Tagen wurde Yusuf Yasar von Kugeln durchsiebt. Der 20-Jährige hatte gerade seine Hochzeit vorbereitet, bevor er von Maskierten entführt und von Soldaten oder Polizisten hingerichtet wurde. Im Nachhinein wird ihm vorgeworfen, dass er sich der Guerilla anschließen und eine Mine legen wollte. Das ist, in Anbetracht seiner Vorbereitungen für eine Hochzeit und den Angaben mehrerer Zeugen des Vorfalls zufolge, absurd. Er wurde grundlos hingerichtet. Auch in Hakkari-Semdinli wurden Menschen grundlos erschossen. Die Menschen in Hakkari fühlen sich an die neunziger Jahre erinnert und sehen ihr Leben täglich bedroht. In Kızıltepe wurden schon im letzten Jahr der 12-jährige Ugur Kaymaz und sein Vater von Polizisten hingerichtet. Auch ihnen wurde vorgeworfen, dass sie Guerillas waren, was sich mittlerweile als Lüge herausstellte. In Bostanici wurde im Juni dieses Jahres der 19-jährige Vahdettin Inan ermordet, dessen Familie wir besuchten. Bei dem friedlichen Versuch, die im ungekühlten Leichenhaus verwesenden Leichen zweier gefallener Guerillas von der Jandarma ausgehändigt zu bekommen, eröffneten die Soldaten das Feuer; mehr als 20 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, acht von ihnen so schwer, dass sie ins Krankenhaus gingen, wo sie sofort verhaftet wurden.

Eine weitere Problematik, die wir ansprechen wollen, ist, dass die von der DEHAP verwalteten Kommunen kaum die ihnen zustehenden finanziellen Mittel bekommen. Gouverneure versuchen darüber hinaus direkt oder indirekt sinnvolle Projekte zu verhindern. Viele der BürgermeisterInnen sind Repressionen ausgesetzt. Wie nahezu in allen Kommunen in den kurdischen Provinzen fehlt es in Bostanici an Möglichkeiten, die Infrastruktur entsprechend der Bedürfnisse der Menschen auf- oder auszubauen. Die mangelnde Unterstützung der Kommunen entspricht nicht europäischen Kriterien.

Die Familien, die aus den Dörfern in die Städte geflohen sind, haben Schwierigkeiten, ihr Leben in einer neuen, für sie fremden Umgebung zu gestalten, da



Militäroperation in Şirnak Foto: Özgür Politika

es dazu an jeglichen materiellen Voraussetzungen fehlt und darüber hinaus eine Entfremdung vom produktiven Dorfleben stattfindet. Das Rückkehrrecht in die Dörfer wird ebenfalls nur auf dem Papier gewährt. Die Menschen, die in die Dörfer zurückkehren wollen, müssen um ihr Leben fürchten. Im Rahmen von Militäroperationen werden wieder Dörfer entvölkert oder mit Kollektivstrafen belegt. Auch hier werden europäische Kriterien verletzt.

Zahlreiche Gesetzesverschärfungen der letzten Monate machen die Arbeit von AnwältInnen politischer Gefangener nahezu unmöglich. So können keine vertraulichen Gespräche zwischen Anwälten und Mandanten stattfinden, weil sie auf Tonband aufgenommen werden und ständig Beamte anwesend sind. AnwältInnen, gegen die ein Strafverfahren geführt wird, dürfen in anderen Verfahren nicht mehr als Verteidiger auftreten. Dies stellt für viele von ihnen ein faktisches Berufsverbot dar, zumal sie auch vermehrt mit Prozessen überzogen werden. Der freie Zugang zu AnwältInnen ist nicht mehr gewährleistet, indem der jeweilige Anwalt nur noch dann Zugang zu seinem Mandanten erhält, wenn dieser persönlich ihn angefordert hat. Für viele Beschuldigte heißt das, dass erst nach Tagen der erste Kontakt zum Anwalt zustande kommt. Dies stellt einen massiven Verstoß gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschriebenen Rechte auf ein faires Verfahren und eine effektive Verteidigung dar.

Das in den kurdischen Provinzen bewusst schlecht gehaltene Bildungssystem ist das größte Problem der Jugend. Es fehlt an Geldern für Schulen – an denen es sowieso massiv mangelt. Des Weiteren wird kurdischen Kindern der Unterricht auf Türkisch aufgezwungen und muttersprachlicher Unterricht gezielt verwehrt. Die kurdischen Provinzen schneiden im Bildungssystem im Vergleich am schlechtesten ab. Die daraus resultierende Perspektivlosigkeit verhindert eine Emanzipation aus feudalen Strukturen. Der Teil der Jugend, der sich politisch engagiert, ist von massiver Repression durch den Staat bedroht. Viele Heranwachsende werden wegen legitimer Ausübung von Meinungs- und Demonstrationsfreiheit mit Verfahren überzogen und ein Großteil von ihnen geht danach ins Gefängnis. Auch von Menschenrechtsverletzungen durch massive psychische sowie physische Folter bleiben sie nicht verschont. Ein Großteil der schon mal inhaftierten AktivistInnen berichtet über Folter.

Das sind nur einige der Ereignisse, die wir in den letzten Tagen wahrgenommen haben. Wir haben in den letzten Tagen so viel Leid und Trauer gesehen. Dieses Land ist eigentlich so schön. Wir haben aber auch die Bevölkerung gesehen, die so würdevoll und kraftvoll gegen die Unterdrückung kämpft. Besonders zu nennen sind dabei die Frauen, die konkrete Projekte initiieren, wie z. B. die BIKAP KOOP, oder auch die Jugend, die sich trotz ungeheuerlicher Repressionen immer weiter engagiert. Davor haben wir großen Respekt. Die Bevölkerung sehnt sich nach Frieden, Demokratie und der Möglichkeit, sich kulturell zu betätigen. Der Versuch, die kurdische Bevölkerung und die für sie stehenden Politiker zu diskreditieren und zu unterdrücken, ist keine Lösung. Krieg ist keine Lösung. Folter und Vertreibung sind keine Lösung. Diese Politik muss beendet werden. Wir werden über das, was wir hier gesehen haben, in Europa berichten. Die Desinformationspolitik muss aufgebrochen werden. Wir wissen, dass die Menschen, die sich in diesem Land für Frieden und Demokratie einsetzen, kriminalisiert und öffentlich diffamiert werden. Das sieht man am Beispiel der „Lebenden Schutzschilde“ oder auch an der Berichterstattung über uns. Europa sollte seine Augen nicht länger vor einem wieder zugespitzten schmutzigen Krieg verschließen. Für Frieden, Demokratie und Freiheit werden wir uns weiter einsetzen. Das ist das Recht und die Pflicht aller HumanistInnen und SozialistInnen.

Deshalb werden wir als MitarbeiterInnen des Europaparlamentariers Tobias Pflüger die „Lebenden Schutzschilde“ besuchen, um uns auch mit der Situation dort zu beschäftigen.

Fußnote:
(1) Dahinter steckt ein System, das sich auf Türkisch „derin devlet – tiefer Staat“ nennt und dessen tiefe Wurzeln sich beim Nationalen Sicherheitsrat, Generalstab, bei den Schweren Strafgerichten und anderen nicht offiziell benannten Institutionen befinden.

Bericht der Delegation aus den Kandil-Bergen

Am 19. August fuhren wir von Silopi in den kurdischen Provinzen der Türkei in den Nord-Irak, um die „Canlı Kalkan“, die „Lebenden Schutzschilde“ in den Kandil-Bergen zu besuchen. Die Schutzschilde begaben sich in die Pressezone der Volksverteidigungskräfte HPG, um sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einzusetzen. Die Forderungen der FriedensaktivistInnen sind ein beidseitiger Waffenstillstand, die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans und seine Freilassung, die Anerkennung des Politikers als politischer Vertreter der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, sowie das Recht auf Entfaltung der eigenen Kultur und Identität der KurdInnen ohne jegliche Repression.

Die Schutzschilde wollen mit der Aktion Druck auf den türkischen Staat ausüben, den notwendigen Dialog zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage aufzunehmen, die Militäroperationen gegen die HPG, die Bevölkerung und die Natur in den kurdischen Provinzen der Türkei zu beenden (der Kongra-Gel forderte mittlerweile die HPG auf, einen einmonatigen einseitigen Waffenstillstand auszurufen und von der aktiven in die passive Selbstverteidigung überzugehen, was die HPG positiv bestätigten), und ernst zu nehmende Versuche zu unternehmen, die notwendige Demokratisierung der Türkei umzusetzen.

Während der Aktionen der Schutzschilde von Mitte 2004 bis Sommer 2005 waren unzählige TeilnehmerInnen der friedlichen Demonstrationen festgenommen, für Tage oder Monate inhaftiert und nachfolgend kriminalisiert worden. Auf diese Weise wurde den meist Jugendlichen eine mögliche Lebensperspektive in der Türkei entzogen. Gegen viele der AktivistInnen laufen derzeit Prozesse. Der von 222 AktivistInnen eingeschlagene Weg ist für uns nachvollziehbar.

Die TeilnehmerInnen der Aktion in den Kandil-Bergen leben in und mit der Natur und widmen sich der Bildung, dem Studium der Gesellschaft und der Entwicklung möglicher friedlicher Perspektiven. In unzähligen Gesprächen, in kultureller Betätigung (Theater, Musik, Literatur) sowie der gemeinsamen Gestaltung des täglichen Lebens versuchen die Schutzschilde, ein nicht entfremdetes Leben zu erlernen. Es war für uns eine sehr gute Erfahrung mehrere Tage mit den AktivistInnen zu verbringen, zu diskutieren und ihre Situation und Vorgehensweise zu analysieren.

In der Pressezone trafen wir darüber hinaus eine Einheit der Frauenarmee der HPG. Hier erfuhren und sahen wir, dass der hauptsächliche Inhalt des Lebens der Frauen die Bildungsarbeit und die Realisierung einer agrarischen Subsistenzwirtschaft ist. Im täglichen „Unterricht“ beschäftigen sich die Frauen mit Struktur und Aufbau der türkischen und kurdischen Gesellschaften, den Problemen der Frauen in den noch nicht aufgebrochenen Feudalstrukturen sowie Möglichkeiten der Entwicklung gleichberechtigter und emanzipatorisch-demokratischer Perspektiven, sowohl für die Frauen wie auch für die gesamte Gesellschaft. Der „Unterricht“ teilt sich in drei Teile: den politischen (Struktur der Gesellschaft), den ideologischen (Befreiung der Frau) und den militärischen (der einen kleineren Umfang hat). Für viele der Frauen ist der Weg zur Guerilla der einzige Weg, um sich aus den feudalistisch geprägten Strukturen der Gesellschaft zu befreien (die in den kurdischen Provinzen aufgrund der infrastrukturellen Benachteiligung besonders ausgeprägt sind) und ein Leben, das auf eigenen Entscheidungen beruht, zu führen. Frauen sind in der türkischen Gesellschaft oft von Zwangsheirat, „Ehrenmorden“ und Unterdrückung durch Familienhierarchien betroffen und sehen kaum einen Ausweg, außer dem zur Befreiungsbewegung, dem der Flucht oder Selbstmord. Den Hauptanteil des Lebens verbringen die Frauen der HPG unter sich, einen Teil auch mit den Männern der HPG gemeinsam. Die HPG-Frauen, die wir trafen, waren offen, kraftvoll, liebevoll, nachdenklich und fröhlich.

Aufgrund unserer Erfahrungen während der Delegationsreise sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass die Umsetzung folgender Aspekte wichtige Voraussetzungen für eine ernst gemeinte demokratische Entwicklung in der Türkei sind:

- die sofortige Beendigung der Militäroperationen
- das Rückkehrrecht der GuerillakämpferInnen in die türkische Gesellschaft ohne Reueparagraphen und Repression
- die Freilassung Abdullah Öcalan, sowie dessen Anerkennung als politischer Ansprechpartner bezüglich der Interessen der kurdischen Bevölkerung und darüber hinaus
- eine Amnestie für alle politischen Gefangenen
- die Umsetzung rechtlicher Reformen durch den türkischen Staat
- die Beendigung von Folter, Hinrichtungen und Verschwindenlassen – sowie die Aufklärung der entsprechenden Taten
- die Entmachtung und Zerschlagung des „tiefen Staates“
- das Rückkehrrecht der Vertriebenen in die Dörfer
- eine ausreichende staatliche Finanzierung aller Kommunen ♦



Der Weg der Delegation nach Kandil — Foto: Martin Dolzer

Wir glauben mehr an die Kraft, mit der sich unser Volk organisiert

Es wird viel von Frieden geredet ...

Interview mit Sabahattin Suvagci, DEHAP-Vorsitzender von Hakkari

Das Interview entstand während der Frauendelegationsreise im August 2005 in Hakkari. In einem Zeitraum von zwei Wochen besuchten die Teilnehmerinnen aus Hamburg und Bremen Frauenprojekte, sie trafen die Organisation GÖC-DER die Flüchtlinge unterstützt und sich für ihr Recht auf Rückkehr einsetzt, sprachen mit Flüchtlingsfrauen über ihre Realität, ihre Träume und Wünsche. Und sie redeten mit politischen Vertreterinnen und Vertretern der DEHAP. Nach Diyarbakır, Bismil, Lice und Van besuchte die Delegation Hakkari, eine kleine Stadt, die schon immer für ihren Widerstand bekannt war.
Das Interview führte Isa Marin Arrizabalaga.

Wie schätzen Sie die Erklärungen Erdoğans in Diyarbakır ein?

Die AKP-Regierung hat bis vor einiger Zeit noch den Standpunkt vertreten, dass eine kurdische Frage gar nicht existiert.

Durch die Erklärungen, die Erdoğan in Diyarbakır abgegeben hat, und sein Treffen mit einer Gruppe von Intellektuellen ist bei uns die Erwartung entstanden, dass der Lösungsprozess an Geschwindigkeit zunehmen wird. Allein die Tatsache, dass er die Existenz einer kurdischen Frage zugegeben und von der Notwendigkeit einer Lösung gesprochen hat, hat bei uns Hoffnungen geweckt.

Aufgrund dieser Erklärung hat die Guerilla einen einmonatigen Waffenstillstand ausgerufen. Trotz alledem gibt die Armee ihre Vernichtungsoperationen nicht auf. Es wurden von der türkischen Armee auch chemische Waffen eingesetzt.

Was zur Zeit passiert, ist nicht weniger antidemokratisch als die Vorgehensweise in den neunziger Jahren. Das kriegen wir natürlich auch hier in Hakkari mit. Es gibt viele Todesdrohungen, die natürlich große Angst bei den Menschen auslösen, vor allem bei Frauen und Kindern.

Die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung haben niemals aufgehört. Beispielsweise die Ermordung von Uğur Kaymaz (der zwölfjährige Junge, der mit seinem Vater zusammen erschossen worden ist) in Kızıltepe, oder ein Hirte der in Şemdinli ermordet worden ist. Ein weiterer Zivilist wurde in Van erschossen. Die Mörder werden nicht vor Gericht gestellt.

Der Landrat in Kızıltepe wurde später sogar noch befördert. Das sieht dann so aus, dass die AKP-Regierung die Angreifer auch noch belohnt.

Vor einer Woche ist in Hakkari ein junger Mann, ein Zivilist, getötet worden. Er wurde zur Jandarma mitgenommen, abends haben sie ihn als Leiche zurückgebracht. Seit einem Monat gibt es ständig Kontrollen und Durchsuchungen von Häusern durch Maskierte, es werden Fensterscheiben eingeschlagen, Kindern Waffen an den Kopf gehalten. Gestern Nacht (30.8.05) wurden sechs Häuser durchsucht. Sie haben die Kinder gezwungen, mit in den Garten zu gehen, zu ihrem eigenen Schutz, wie sie sagten.

Auch gegen mich liegen viele Anzeigen vor, es sind 51. Seit sechs Jahren bin ich Vorsitzender, in dieser Zeit bin ich fünf Mal verhaftet worden. Drei bis vier Monate verbringe ich jedes Jahr im Gefängnis.

In Hakkari wird ja die Stadtverwaltung von der DEHAP gestellt. Gab es da einige Möglichkeiten der Verbesserung oder wurden Sie dabei sehr behindert?

Die Stadtverwaltung von Hakkari hat 23 Millionen YTL, also neue türkische Lira, Schulden. Das sind 15 Millionen Euro. Davon 13 Millionen beim Staat, sieben Millionen beim eigenen Personal und der Rest bei Geschäftsleuten in Hakkari. Das Embargo allgemein gegen Hakkari trifft natürlich auch die Stadtverwaltung. Politisch gesehen ist es natürlich ein Vorteil, dass es eine DEHAP-Stadtverwaltung gibt. Aber für Dienstleistungen haben wir kein Geld. Die Bevölkerung von Hakkari wird dafür bestraft, dass sie die DEHAP gewählt hat.

Wie ihr auf der Hinfahrt gesehen habt, werden im Moment in Bitlis Straßen gebaut. Der AKP-Abgeordnete von Bitlis ist gleichzeitig Verkehrsminister. Dort sind im Straßenbau 1 000 Geräte im Einsatz. Auch die Stadtverwaltung ist von der AKP. Es gibt nur einen Weg nach Hakkari, und an dem wird seit vier Monaten mit vier oder fünf Maschinen gearbeitet. Und ganz oft ist der Weg gesperrt. Kranke, die nach Van unterwegs sind, müssen dann im Krankenwagen warten. Vor vier Tagen ist ein Mensch, der von einem Felsen gestürzt ist, auf dem Weg ins Krankenhaus

gestorben. Das allein zeigt, wie die AKP-Regierung zu Hakkari steht.

Wie ist die gesundheitliche Versorgung?

Wie in jedem anderen Lebensbereich auch findet in der Gesundheitsversorgung eine Tragödie statt! Im Zentrum von Hakkari sind die Menschen einer Isolation ausgesetzt. Die AKP-Regierung wendet eine Sonderbehandlung gegen Hakkari an. Es gibt keine Spezialisten. Der Frau eines Bekannten geht es seit drei Tagen sehr schlecht. Sie hat Unterleibsbeschwerden und müsste zum Arzt nach Van gebracht werden, aber sie haben nicht das Geld dafür.

In Hakkari wurden private Polikliniken eröffnet, aber nur die Menschen mit Geld werden dort behandelt. Wer kein Geld hat, der soll eben sterben. Es gibt auch Versicherungskarten, die allerdings die Familien, die sich am Kampf beteiligen, nicht bekommen. Ich bin Provinzvorsitzender der DEHAP, deshalb bekomme ich z. B. keine Karte und auch sonst keine Unterstützung. So geht es tausenden Familien deren Angehörige gefallen, in den Bergen oder im Gefängnis sind oder der DEHAP angehören.

Aber es gibt auch Punkte, wo wir selbstkritisch sein müssen. Aufgrund unserer Gesellschaftsstruktur und des Einflusses des Islam wollen Frauen mit frauenspezifischen Problemen keine männlichen Ärzte aufsuchen. Eine Gesundheitsstation für Frauen, in der Gynäkologinnen arbeiten, wäre für Hakkari sehr wichtig. Das ist ein Problem mit äußerster Dringlichkeit. Die Gesundheit der Mütter ist auch für die Gesundheit der Kinder wichtig.

Gibt es Arbeitsmöglichkeiten für Frauen?

Wir haben in Hakkari versucht, einige Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen. Es gibt in Hakkari eine Kelim-Werkstatt, dort arbeiten 20 bis 30 Frauen. Die gesellschaftlichen Probleme werden, so glauben wir, auch durch die Lösung der Probleme der Frauen gelöst, indem die Frau wieder an der Produktion teilnimmt. Es ist leider so, dass Frauen in der Gesellschaft in dem Ausmaß frei sind, in dem sie die Möglichkeit haben, an der gesellschaftlichen Produktion teilzunehmen und sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Der beste Ort dafür ist das eigene Dorf, weil dort die Möglichkeit besteht, Acker- und Viehzucht zu betreiben, Milchprodukte herzustellen oder auch Teppiche zu weben. Deshalb betrachten wir die Dorfrückkehr als eine sehr wichtige Frage.



Sabahattin Suvagci, DEHAP-Vorsitzender von Hakkari Foto: Annett Bender

Gab es schon Versuche einer Rückkehr?

Ja, es gab sehr eingeschränkte Versuche. Ich komme gerade aus einem Dorf, das ich sehr gut kenne. In diesem Dorf gab es früher 1 500 bis 2 000 Schafe und es wurden tonnenweise Milchprodukte hergestellt. Heute müssen die Milchprodukte im Dorf gegenüber gekauft werden. Wenn man das eine Rückkehr nennt, dann kann man die Frage bejahen, dass es Dorfrückkehr gibt.

Die Menschen, die zurückgekehrt sind, haben als erstes ihre verbrannten und zerstörten Häuser gesehen. Sie haben 10 bis 15 Jahre in der Hoffnung gelebt, eines Tages zurückkehren zu können, und dann sehen sie als erstes, dass die Häuser, die Tiere nicht mehr da sind und auch kein Leben, von dem sie geträumt haben.

Es wurde ihnen Baumaterial gegeben, das nicht einmal für einen Stall reicht. Nur wenn sich sechs oder sieben Familien zusammentun, können sie sich mit dem Baumaterial höchstens ein Haus bauen.

Außerdem werden immer noch Dörfer zerstört. Vor einer Woche sind in der Provinz Hakkari zwei Dörfer zerstört worden. Hundertjährige Wälder sind abgebrannt worden. Immer noch steigt der Rauch auf. Wenn ihr das sehen möchtet, kann ich euch an die Stelle bringen, wo er zu sehen ist.

Das ist leider unsere Realität. Etwas Schöneres kann ich euch nicht erzählen.

Wir brauchen Freunde und Freundinnen, alleine kommen wir nicht weiter.

Ich persönlich glaube nicht daran, dass es uns freundschaftlich gesonnene Staaten gibt, aber in jedem Land gibt es Freunde und befreundete Institutionen.

Und wir glauben daran, dass wir mit dieser Unterstützung und durch unsere eigene Kraft eines Tages siegen werden.

Gibt es hier auch das Dorfschützerproblem?

Leider werden immer noch Dorfschützer vom Staat benutzt. Ihr seid auf dem Weg hierher durch das Zap-Tal gefahren. Den gesamten Fluss entlang sind neue Dorfschützerdörfer gebaut worden. Sie wurden aus weit entfernten Dörfern hier angesiedelt, um die Sicherheit der Soldaten zu gewährleisten.

Durch unsere Arbeit in den letzten sechs Jahren ist die Situation ein bisschen besser geworden. Aber alleine die Existenz der Dorfschützer stört uns.

Werden Dorfrückkehrer dazu aufgefordert, als Dorfschützer tätig zu werden?

Ja, sie werden mit verschiedenen Methoden dazu gedrängt. Außerdem besteht keine Sicherheit für ihr Leben. In diesem Frühling wollte ein Mann in einem Dorf hier in der Provinz Hakkari seinen Acker pflügen. Dort ist dann eine Mine explodiert. Der Mann wurde sehr schwer verletzt. Es gibt keine Sicherheit in den Dörfern. Das ganze Gebiet ist unsicher.

Gestern bin ich auf die Hochalm Bercelan gefahren. Ich habe lange dort gelebt. Ich musste feststellen, dass die Menschen, die dort leben, voller Angst sind. Sie leben in der Sorge, wann die Operation bis zu ihnen ausgeweitet und was ihnen passieren wird.

Ich hätte noch einmal eine Frage zu der Entwicklung im Irak. Welche Auswirkungen hätte es auf die Situation und auch auf die Diskussion hier, wenn der ohnehin bestehende Autonomiestatus sich festigt?

Zuallererst muss ich sagen, dass wir diese Initiative der USA nicht befürwortet haben. Wie viel auch immer von einer föderalen Struktur gesprochen wird, haben wir nicht viel Vertrauen in diese Angelegenheit und betrachten sie nicht als aufrichtig. Profitieren die USA nun von den Kurden oder die Kurden von den USA? Dabei handelt es sich um eine Gleichung wie bei der Frage, ob zuerst das Huhn da war oder das Ei. Es ist nicht so, dass wir keine Bedenken hätten. Wir treten für eine föderale Struktur ein, aber für eine, die im Frieden mit den Nachbarvölkern, den Arabern, Schiiten, Persern, Türken existiert. Wir wollen nicht, dass ein neues Israel entsteht. Das sind meine persönlichen Gedanken.

Ohne Zweifel hätte eine Föderation eine positive Wirkung auf die kurdische Frage. Der Gewinn eines Status der Kurden im Irak schafft Nervosität bei den Regierungen im Iran, in Syrien und der Türkei. Das Baath-Regime unter Saddam hat die Kurden jahrelang gemordet. Heute ist Celal Talabani Staatspräsident des Irak. Unabhängig davon, unter welchen Umständen es dazu gekommen ist, hat dieser Umstand einen positiven Einfluss auf die Kurden im Irak. In letzter Zeit gibt allerdings die Tatsache Anlass zur Sorge, dass es unter den Kurden zu keiner Einheit kommt. Ein friedliches Zusammenleben der Kurden untereinander würde einen positiven Einfluss auf den Frieden mit den Nachbarvölkern ausüben.

Aber das ist das, wovor die Regierungen auch Angst haben?

Ihre Ängste sind unsere Hoffnung. Vor einer kurdischen Einheit sollte niemand Angst haben. Die kurdische politische Struktur basierend auf den Gedanken Abdullah Öcalans bedroht kein Volk und keinen Staat. Zu ihren Grundlagen gehören das universelle Menschenrecht und Ökologie. Es geht um den Gedanken oder die Ideologie, dass der Mensch mit sich selbst und seiner Mitwelt friedlich lebt. Vor den Gedanken Abdullah Öcalans und ihrer Umsetzung haben die Kräfte Angst, die über den Mittleren Osten herrschen wollen.

Als Organisation beherrschen Sie die Kunst, ständig Ihren Namen zu ändern.

Veränderung ist eine Notwendigkeit der Dialektik. Wir glauben, dass Veränderung angesichts des sich verändernden Zeitalters unausweichlich ist. Die Veränderung der Kurden betrachten wir als einen Teil der generellen weltweiten Veränderung. Im Mittleren Osten hat sich viel verändert in den letzten Jahren.



Wandmalaktion am Weltfriedenstag in Amed Foto: Annett Bender
Dieses Bild ist Teil einer Fotoausstellung „Die Stimmen der kurdischen Frauen – Frauen im Aufbruch". Interessierte für diese Ausstellung können sich an unsere Redaktion wenden.

Wissenschaft und Technik erleben eine schwindelerregende Entwicklung. Für ein Volk von 40 Millionen Menschen, das immer in Rückständigkeit gehalten wurde, ist diese Entwicklung unglaublich. Wir bewegen uns in unserem Kampf nicht in dogmatischen Mustern. Während wir zu Beginn des Kampfes von einem unabhängigen Kurdistan gesprochen haben, ist unsere jetzige Grundlage eine demokratisch-ökologische Föderation. Diese Perspektive hängt natürlich mit den weltweiten Entwicklungen zusammen. Unsere Ideologie befindet sich jenseits der bestehenden Regierungsformen. 1996 habe ich ein Buch Öcalans gelesen. Der Soziologe Ismail Beşikci hat mit ihm ein Interview geführt, das als Buch herausgegeben wurde. Dort sagt er, wir werden die roten Linien auf der Landkarte und in unseren Köpfen löschen. Das hat den Herrschenden Angst gemacht und deshalb haben sie ihn in einer gemeinsamen Aktion zum Gefangenen gemacht.

Das ist sehr interessant, aber meine Frage ging eigentlich um etwas anderes. Durch die Repression haben Sie ihren Namen ständig ändern müssen. Es ging mir nicht darum, dass Sie Ihre Inhalte geändert haben. Das habe ich weder gewusst noch unterstellt. Ich kenne das aus dem Baskenland, dass mit dem Feind Katz und Maus gespielt wird und ein Teil der Politik legal, ein anderer Teil im Untergrund stattfindet.

Die legale Politik hat sich unter den gleichen Umständen geformt wie die illegale, deshalb sind unsere Forderungen auch die gleichen. Solange die Forderungen parallel sind, finden auch intensive Angriffe statt. Auch die Gesetzeslage richtet sich erbarmungslos gegen uns. Freiwillig hätten wir nicht ständig die Namen geändert. Vielleicht erlebt die DEHAP gerade ihre letzten Tage. Wahrscheinlich ist euch bekannt, dass wir von einem Schließungsverfahren bedroht sind. Wir denken, dass die Partei verboten werden soll, bevor es zu möglichen vorgezogenen Neuwahlen kommt. Deshalb ist es schon jetzt unausweichlich, eine neue Partei zu gründen. Die Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (DTH) ist u. a. eine Widerspiegelung dieses Gedankens. Einhergehend mit der Entlassung der ehemaligen DEP-Abgeordneten aus dem Gefängnis wollte insbesondere Europa Leyla Zana eine Mission zuordnen. Die neue Bewegung ist unter der Führung der ehemaligen DEP-Abgeordneten entstanden. Aber sie ist eine Bewegung, die sich an Abdullah Öcalan orientiert. Auch wenn sich Namen ändern, handelt es sich im Wesen immer um Bewegungen, die parallel zur kurdischen Befreiungsbewegung agieren. Der einzige, der sich wahrscheinlich im Mittleren Osten nicht verändert hat, bin wohl ich. Ich bin seit sechs Jahren Parteivorsitzender in der Provinz Hakkari. Das muss sich vielleicht auch ändern. Wenn eine neue Partei gegründet wird, werde ich nicht mehr Vorsitzender sein.

Wenn uns eine Frage gestellt wird, müssen wir diese in allen Dimensionen bewerten. Wir sind oft gezwungen, Fragen in Bezug auf den allgemeinen Befreiungskampf zu beantworten. Auch das bestehende System betrachtet uns als Vertreter dieses Kampfes.



Flüchtlingsfrauen in Diyarbakır Foto: Annett Bender

Es gibt doch die Bestrebungen, Kommunen zu gründen. Gibt es eigentlich schon Stadtteilkomitees oder sind diese noch in Arbeit?

Diese befinden sich noch in der Diskussionsphase. Im Moment erleben wir die Übergangsphase von der Schließung der einen Partei zur Gründung der nächsten. Auf politischer Ebene ist es eine Zeit, in der gleichzeitig zu Entwicklungen wie den Verlautbarungen Erdoğans in Diyarbakır, wie vorhin ausgeführt, sehr intensive Militäroperationen und Kämpfe stattfinden. Besonders die Herbste in Kurdistan sind im Allgemeinen sehr bewegt. Die Verschärfung der Isolation Öcalans, der Internationale Friedenstag am 1. September, der Marsch nach Gemlik, die Parteiwerdung der DTH – diese Entwicklungen und Aktivitäten haben dazu geführt, dass die Frage kommunaler Selbstverwaltung wieder etwas in den Hintergrund gerückt ist. Großen Anteil daran haben auch die geplanten EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei. Es ist zu erwarten, dass die Kommunalpolitik im Winter wieder mehr an Gewicht gewinnt.

Wie bewerten Sie den Eintritt der Türkei in die EU?

Schließlich kommen die Waffen aus Europa. Das wäre schon Grund genug, das Ganze nicht positiv zu sehen. Es wird viel von Frieden geredet, aber tatsächlich isoliert uns Europa.

Die Lösungen, die die USA und Europa bereit halten, sind keine langfristigen. Wir glauben nicht daran, dass diese Lösungen uns weiterbringen. Aber ohne die USA und ohne Europa ist es schwer. Wir glauben mehr an die Kraft, mit der sich unser Volk organisiert. ♦

Über die Phase der Waffenruhe in der kurdischen Frage

Für einen realistischen Frieden und eine demokratische Lösung

aus einem Informationsdossier des Kurdistan Nationalkongresses KNK – Deutschlandvertretung

„Immer noch harrt die kurdische Frage einer gerechten und demokratischen Lösung. Sie würde auch wesentlich zum Frieden im Mittleren Osten beitragen. Die wieder aufgeflammten Kämpfe in kurdischen Gebieten in der Türkei haben zu einer weiteren Verschärfung der gesellschaftlichen Probleme des Landes geführt. Es besteht die Gefahr einer weiteren Eskalation.

In dieser kritischen Situation übernahm eine Gruppe von türkischen Intellektuellen die Initiative und appellierte an die Konfliktparteien, sämtliche militärischen Auseinandersetzungen einzustellen und für eine vollständige Beendigung der Atmosphäre der Gewalt zu sorgen. Die türkische Regierung wurde des Weiteren aufgefordert, demokratische Schritte zur Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen.

Inzwischen erkannte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in einer Rede, die er am 12. August in Diyarbakır nach einem Gespräch mit türkischen Intellektuellen hielt, die Existenz der kurdischen Frage an. In dieser Rede gestand er erstmals Fehler in der türkischen Politik und sprach sich dafür aus, eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer Ausweitung des demokratischen Reformprozesses anzustreben. Diesen Vorschlag halten wir für konstruktiv, da er die Chance bietet, eine Basis für eine Lösung zu schaffen.

Auch die kürzlich ausgerufene einmonatige Waffenruhe von Kongra-Gel ist in diesem Sinne als konstruktiver Beitrag zu einer friedlichen Lösung zu werten. Die vergangenen Jahre der blutigen Kämpfe und der Tränen haben gezeigt, dass sich die kurdische Frage nicht mit Gewalt lösen lässt. Diese Einsicht ist für eine Vertiefung des jetzigen Prozesses von Nöten, um letztendlich auf demokratischem Wege zu einem dauerhaften Frieden zu kommen.

Die genannten Entwicklungen in der Türkei geben Anlass zu der Hoffnung, die kurdische Frage in der Türkei könne in absehbarer Zeit gelöst werden. Damit dies nicht bei Worten bleibt wie oftmals in der Vergangenheit, bedarf es weiterer Schritte, die der Vertrauensbildung dienen müssen. Deshalb fordern wir als europäische Intellektuelle, Künstler, politisch aktive Menschen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen von beiden Konfliktparteien, dass diese alle notwendigen Schritte unternehmen, damit (…) aus der jetzigen Situation ein dauerhafter Frieden erwächst. (…)“

So setzen sich, in einer konzertierten Aktion, Prominente aus den EU-Ländern (u. a. der Schriftsteller Günter Grass aus Deutschland) in ihrem „Appell aus Europa für Frieden und Dialog im türkisch-kurdischen Konflikt“ ein.

Trotz großer Hoffnungen und Erwartungen blieb auch diese Chance ungenutzt. Zuvor wurden von der kurdischen Seite seit 1993 drei einseitige Waffenstillstände ausgerufen, die die türkische Regierung jedes Mal unbeantwortet ließ.
Am 20. September 2005 lief die einmonatige Waffenruhe des KONGRA-GEL ab. In einer Erklärung vom 21. September 2005 wurde die Waffenruhe bis zum 3. Oktober verlängert.

Eine Chronologie der Entwicklungen

Der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan traf sich am 10. August mit einer Gruppe von türkischen Intellektuellen. Zwei Tage später unternahm er eine Reise mit drei Ministern und einem großen Beraterstab nach Diyarbakır. In seiner Rede nannte er das kurdische Problem zum ersten Mal beim Namen und durchbrach dadurch ein staatliches Tabu: „Ja, wir haben ein kurdisches Problem. Wir sind bereit uns diesem Problem zu stellen. Wir werden Euch ernst nehmen. Die kurdische Frage ist vordergründig mein Problem.”

Als Antwort auf diese Entwicklung bereitete sich der Kongra-Gel darauf vor, während einer Pressekonferenz, am 19. August in Brüssel, einen einmonatigen Waffenruhebeschluss zu veröffentlichen. Mit diesem Beschluss wollte die Organisation den Weg für einen gewaltfreien Prozess ebnen.

Aber aufgrund von Interventionen der türkischen Regierung bei den belgischen Verantwortlichen wurde die Pressekonferenz, die Zübeyir Aydar, der Präsidiumsvorsitzende des Kongra-Gel einberufen hatte, verboten. Die Erklärung der Waffenruhe erfolgte daraufhin schriftlich und die Phase wurde trotz allem begonnen.

In der Erklärung heißt es: „Aus all den Gründen wollen wir als KONGRA-GEL den weiteren Weg für diesen Prozess freimachen, indem wir folgenden Appell an alle nationalen demokratischen Kräfte, allen voran die HPG, richten. Wir halten es für notwendig, dass alle legitimen Verteidigungskräfte in der Zeit vom

20. August bis zum 20. September ihre bewaffneten Kräfte vom Zustand der aktiven Verteidigung in den der passiven Verteidigung bringen, um den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung zu eröffnen und auf diese Weise ihren Beitrag zur Entwicklung eines Prozesses zu leisten, der zu einer Lösung führt. Es ist von Bedeutung, dass außer erzwungener Selbstverteidigung gegenüber Operationen mit Vernichtungsabsichten keine bewaffneten Aktionen durchgeführt werden und somit eine gefechtsfreie Atmosphäre geschaffen wird. Wir erachten es für wichtig, den Prozess in dieser Weise voranzutreiben, um es so denjenigen Kreisen, die sich um eine Lösung des Problems bemühen, zu ermöglichen, praktische Schritte zu unternehmen, beziehungsweise zu verstehen, ob eine Lösung überhaupt gewünscht ist. Wir als kurdische Seite kämpfen aus Überzeugung für einen realistischen Frieden und eine demokratische Lösung. Es ist für unsere Seite sehr wichtig, eine aufrichtige und lösungsorientierte Herangehensweise der Gegenseite zu sehen. Wir erklären ganz offen, dass wir politische Schritte, die auf eine realistische Lösung und nicht auf die Vernichtung der einen Seite abzielen, nicht unerwidert lassen werden."

Meinungen zur Initiative der Intellektuellen und den Äußerungen von Ministerpräsident Erdoğan:

Deniz Baykal, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei (CHP): „Der Ministerpräsident versucht nun mit einem politischen Flirt etwas zu erreichen. Dieser Flirt darf aber in keiner Weise die Kampfentschlossenheit der Türkei gegen den Terror schwächen. (...)“

„Der Terror in der Türkei ist nicht nihilistisch. Hinter ihm stehen politische Projekte. Der Kampf gegen den Terror muss auf der Grundlage dieser Realität geführt werden.“

„Der Terror in der Türkei ist ein politisches Projekt. Mit Demokratisierung kann dieses Problem nicht gelöst werden. Dieses politische Projekt ist unabhängig von Demokratie. Mit dieser Politik können keine Fortschritte erzielt werden. Dieser Weg, im Namen der Demokratie, ist eine Zusammenarbeit mit der Gewalt. Es scheint, als wolle der Ministerpräsident den Terror dadurch beseitigen, dass er die Beteiligten zufrieden stellen will, das ist gefährlich. (...) Die Regierung will die PKK legalisieren. Aber die Türkei wird Separatismus nie akzeptieren."

Yaşar Okuyan, Vorsitzender der Freien Partei (HÜRPARTİ): „Es ist ein ernstes Unglück für unser Land, dass jemand, der die Funktion des Ministerpräsidenten der türkischen Republik bekleidet, zum ersten Mal den Begriff 'kurdisches Problem' angewandt hat. Die Erklärung des Ministerpräsidenten bezüglich der kurdischen Frage ist ein wichtiger Beitrag zur Bestrebung der PKK sich zu politisieren. Daher ist das in keiner Weise akzeptabel und vertretbar.“

Doğu Perinçek, Vorsitzender der Arbeiterpartei (İşçi Partisi, İP): „Die kurdische Frage in der Türkei wurde im Hinblick auf die demokratischen Rechte und Freiheiten gelöst. Die Intellektuellen Soros [hier ist die Gruppe von Intellektuellen gemeint, mit denen sich Erdoğan getroffen hatte] und der Ministerpräsident Erdoğan sind Figuren eines Szenarios. Sie führen ein Theaterstück auf. Das Stück heißt: Großes Mittel-Ost-Projekt. Die Rollen wurden von Washington verteilt, und die Spieler erledigen ihre Aufgaben."

Önder Kahveci, Vorsitzender der Gesundheitsgewerkschaft Türk Sağlık Sen: „Die Regierung hat mit diesem Gespräch [gemeint ist das Treffen mit den Intellektuellen] indirekt sozusagen Friedensgespräche mit der PKK aufgenommen."

General Hurşit Tolon erklärte bei der Einführung İlker Başbuğs als 1. Armeekommandeur, dass die Intellektuellen die unteilbare Einheit des Staates angreifen wollten, und kritisierte sie dafür, dass sie Einfluss auf den Waffenruhebeschluss von Kongra-Gel hätten.

Erkan Mumcu, Vorsitzender der Mutterlandspartei (ANAP): „Der Ministerpräsident hat sich nicht gescheut, beim Treffen mit den Intellektuellen Ausdrücke zu verwenden, die bislang von jedem Minister der türkischen Republik bewusst umgangen wurden, weil sie sozusagen der Urheberschaft der separatistischen Organisation zugeschrieben werden. Es ist inakzeptabel, dass das Problem als 'kurdisches Problem' definiert wurde. Dies ist eine von der separatistischen Organisation patentierte Definition."

Devlet Bahçeli, Vorsitzender der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP): „Es ist höchst besorgniserregend, dass in einer Atmosphäre, in der der Terror sich zuspitzt, die Diskussion um eine politische Lösung auf die Tagesordnung der Türkei getragen wird. Den Antiterrorkampf des Staates als Gewaltpolitik zu sehen, stellt den Staat mit der blutigen Terrororganisation auf die gleiche Ebene. Das Ziel ist, die Türkei in eine Verhandlungsatmosphäre zu drängen, indem die Kreise, die ein separatistisches Ziel verfolgen, zu Gesprächspartnern auf der Grundlage des Dialoges und der demokratischen Diskussion avancieren. Eine Gruppe so genannter Intellektueller hat die Führung bei diesem Vorstoß unternommen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hat in seinem letzten Gespräch mit dieser Gruppe die falsche Herangehensweise unterstützt und somit eine unverzeihliche schwere Schuld gegenüber der Geschichte und der Nation auf sich geladen."

Mehmet Ağar, Vorsitzender der Partei des Rechten Weges (DYP): „Welcher Schritt zur Lösung welchen Problems war die Reise des Ministerpräsidenten in Diyarbakır, die er tagelang vorbereitet hatte und für die er Öffentlichkeit zu schaffen versuchte? Gab es eine Entwicklung im Antiterrorkampf? Wurde die gesellschaftliche Übereinkunft auf der Grundlage der Einheit des Landes unterstrichen? Wurde den Menschen eine Perspektive von Entwicklung und Wohlstand gegeben? Nichts davon ist der Fall. Die Haltung des Ministerpräsidenten, der diejenigen legitimiert, die eine ethnische Identität aufzwingen wollen, ist für die Türkei ein Anzeichen riskanter Entwicklungen."

Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakır: „Es ist notwendig, dass jeder opferbereit ist, um eine neue Seite

aufschlagen zu können. Mit der Umsetzung dieser Erklärungen kann die Grundlage für eine Demokratisierung geschaffen werden. Wenn die Anwendung von Gewalt ein Ende findet, kann sich eine Vertrauensbasis bilden. Es ist äußerst wichtig, dass der Ministerpräsident die kurdische Frage als solche definiert hat. Wir haben einen Bericht angefertigt, den wir Erdoğan übergeben werden. Wir sind bereit, für gesellschaftlichen Frieden und Wohlstand jede Aufgabe auf uns zu nehmen. Wir wollen alles in unserer Macht Stehende tun, damit eine helle Zukunft, wie es der Ministerpräsident formulierte, geschaffen werden kann."

Zentrale der Demokratischen Volkspartei (DEHAP): „Wir bewerten es als einen positiven Schritt, dass Ministerpräsident Erdoğan gestern beim Treffen mit einer Gruppe von Intellektuellen zum ersten Mal das kurdische Problem als solches definierte. Der Ministerpräsident hat zum ersten Mal die kurdische Frage beim Namen genannt und erklärt, dieses Problem mit demokratischen Reformen lösen zu wollen. Diese Veränderung in der Haltung des Ministerpräsidenten, der davon Abstand nahm, das Problem für nichtexistent zu erklären, zu übersehen oder ausschließlich auf ein Sicherheitsproblem zu reduzieren, erachten wir als einen wichtigen Schritt."

Yusuf Alataş, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins (IHD): „Die Äußerungen, die Tatsache, dass der Ministerpräsident zum ersten Mal vom 'kurdischen Problem' spricht und erklärt, andere Lösungsansätze verfolgen zu wollen, sowie die Erklärungen der Intellektuellen vor der Presse sind für uns höchst positive Entwicklungen. Die nächsten Schritte müssen beobachtet werden. Das passiert nicht zum ersten Mal in der Türkei. Für diese Regierung ist das jedoch einmalig. Wir werden beobachten und sehen."

Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Doğan und Selim Sadak: „Wir glauben, dass die Äußerungen: ‚Die Türkei besitzt das notwendige Selbstbewusstsein und den Mut, sich ihren Problemen zu stellen. Wir streiten die Existenz der kurdischen Frage nicht ab. Wir glauben, dass die kurdische Frage eine Demokratiefrage ist.', zum ersten Mal in der Geschichte der Republik das Tabu in der traditionellen Staatspolitik durchbrochen hat.

Aber das Leid, das trotz positiver Erklärungen erfahren wurde, ist nicht vergessen. Die Erklärung des Ministerpräsidenten ‚Wir streiten die Existenz der kurdischen Frage nicht ab' ist mutig, notwendig, bedeutsam und wichtig.

Wir glauben, dass die Lösung der kurdischen Frage mittels demokratischer und friedlicher Mittel die Einheit der Türkei und die gemeinsamen Werte schützen und darüber hinaus die Gefühle der Geschwisterlichkeit, Freundschaft und Liebe festigen wird."

Die Haltung des Militärs:

Am ersten Tag der einmonatigen Waffenruhe, d. h. am 20. August, steigerte das Militär seine Repressionen gegen die Bevölkerung in Hakkari. Nach der Verlagerung von Militäreinheiten aus Bolu und Kayseri in die Stadt wurden in der Nacht Hausdurchsuchungen durchgeführt. In den Straßen waren ständig Panzer präsent, als wollte die Armee dadurch ihre Stärke beweisen. Eine Delegation von zivilgesellschaftlichen Organisationen unter Bürgermeister Metin Tekçe untersuchte die Situation in der Stadt und fertigte einen Bericht an, den sie dem zuständigen Gouverneur übergab. Am 24. August wurde in der Kreisstadt Yazihan bei Malatya eine Hochzeit unter dem Vorwand gestürmt, dort sei die PKK-Flagge angebracht worden. Die Gäste wurden verbal angegriffen. Die provokative Haltung des Militärs hielt auch in den darauf folgenden Tagen an.

Eine die Phase sabotierende Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats

Am 23. August, auf der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats, wurde die Entscheidung darüber getroffen, wie die Phase der einmonatigen Waffenruhe beantwortet werden soll. Es wurden dort Beschlüsse gefasst, die zur Sabotierung der Phase beigetragen haben. Die Armee legte einen „Terrorbericht" vor. Sie kritisierte Erdoğan für seine Rede in Diyarbakır und erklärte erneut: „In der Türkei gibt es kein Kurdenproblem, sondern ein Terrorproblem." Der militärische Flügel übte in dieser Versammlung psychischen Druck auf Erdoğan aus und beendete die Versammlung mit dem angestrebten Ergebnis. In der Abschlusserklärung wurde auf die Aufgaben der Regierung verwiesen und betont, dass die Armee ihren Einfluss in der Politik auch weiterhin geltend machen werde: „Die Hauptaufgabe der Regierung ist es, ihre in der Verfassung verankerten Aufgaben erfolgreich zu erfüllen." Von vielen gesellschaftlichen Kreisen wurde diese Erklärung als Denkzettel bewertet.

Angriffsziel: legale Politik

Die Äußerungen während der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats trugen schon am nächsten Tag Früchte. Die eingeleitete Untersuchung bezüglich des Abschlussberichtes der Ratsversammlung der Provinzvorsitzenden der DEHAP endete mit Festnahmen. Der Parteivorsitzende der DEHAP, Tuncer Bakırhan, wurde gemeinsam mit weiteren neun Parteifunktionären dem Staatsanwalt vorgeführt, der ihre Verhaftung forderte, weil sie angeblich wissentlich die PKK unterstützt hätten. Zwar wurde dieser Forderung durch die 11. Große Strafkammer in Ankara nicht entsprochen, es wurden jedoch Ausreiseverbote für die Betroffenen erlassen, darüber hinaus eine wöchentliche Meldeauflage. Daraufhin erklärte Bakırhan, dass mit diesem Urteil versucht werde, ihnen selbst, der EU, der Regierung und den Kurden eine Botschaft zu übermitteln. Am selben Tag ging Murat Karayılan auf die Forderungen, der Kongra-Gel solle die Waffen bedingungslos niederlegen, ein und erklärte: „Wenn wir die Waffen niederlegen wollten, wo sollen wir sie abgeben? Gibt es einen Mechanismus, habt ihr eine Institution, welche die Waffen entgegennehmen könnte?"

(...)

Das vollständige Dossier ist in der Onlineausgabe dieses Kurdistan Reports zu finden: http://www.kurdistanreport.de

Auch in Kurdistan ist eine politische Lösung aus internationaler Sicht möglich

Frieden in Aceh und Nordirland – wann auch in Kurdistan?

Dr. Elmar Millich

Trotz des erklärten Friedenswillens der kurdischen Seite deuten die Reaktionen der Türkei und des internationalen Umfelds in jüngster Zeit darauf hin, dass mit einer Verschärfung des türkisch-kurdischen Konflikts zu rechnen ist. Unbeeindruckt von dem durch den KONGRA-GEL ausgesprochenen einseitigen Waffenstillstand versucht der türkische Ministerpräsident Erdoğan auf internationaler Ebene eine Koalition zustande zu bringen, um die kurdische Befreiungsbewegung unter massiver Verletzung von Menschenrechten und Demokratie ohne ausländische Kritik liquidieren zu können. Damit scheint er zumindest vorläufig Erfolg zu haben. Der deutsche Innenminister Otto Schily verbot am 5. September die seit zehn Jahren in Deutschland erscheinende prokurdische Zeitung „Özgür Politika", der kurdische Staatspräsident des Iraks Talabani erklärte sich am Rande der UN-Konferenz in New York dazu bereit, die Türkei bei der militärischen Zerschlagung der PKK zu unterstützen. Zeitgleich verlautbarte Nancy McEldowney von der amerikanischen Botschaft in Ankara, Gespräche mit der PKK seien nicht möglich, die PKK müsse vernichtet werden.

Wenn alle auf den Konflikt Einfluss nehmenden Staaten die Kapitulation oder Vernichtung der PKK als alternativlos zur Lösung des Konflikts darstellen, kann es sich lohnen, einen Schritt zurückzutreten und diese Position aus globaler Sicht zu hinterfragen. Dort ergibt sich erstaunlicherweise in letzter Zeit ein gegenläufiger positiver Trend zur politischen Lösung lang bestehender innerstaatlicher Konflikte. Exemplarisch soll dies im Folgenden am Beispiel von Indonesien und Nordirland aufgeführt werden.

Beispiel Aceh und Nordirland

Mitte August wurde in Helsinki ein Friedensabkommen zwischen der indonesischen Regierung und der „Bewegung freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka/GAM)" zur Lösung des langjährigen Konflikts in der Anfang des Jahres vom Tsunami vernichteten Provinz Aceh unterzeichnet. Seit 30 Jahren hatten sich die indonesische Regierung und die GAM erbittert bekämpft. Die GAM wollte einen eigenen Staat, Jakarta wollte, dass Aceh eine Provinz Indonesiens bleibt. Im Verlauf des Konflikts kam es zu 15 000 Toten, Folter und grausamen Morden. 2002 gab es zwar einen kurzfristigen Waffenstillstand, aber auch währenddessen kam es weiter zu Gefechten und massiven Menschrechtsverletzungen. Die Verhandlungen liefen auf beiden Seiten ohne ernsthaften Willen zu einer friedlichen Lösung.

Erst nach der fast vollständigen Zerstörung der Region durch den Tsunami bekam der Konflikt eine bedeutende internationale Dimension. Die internationale Gemeinschaft zeigte sich nicht bereit, Aufbaugelder in ein sich im Bürgerkrieg befindendes Gebiet zu leiten und auch die bis dahin verbotene Präsenz internationaler Hilfsorganisationen machte es der indonesischen Regierung unmöglich, ihr auch gegen die Zivilbevölkerung geführtes Programm zur Aufstandsbekämpfung weiterzuführen. Unter internationalem Druck kam es dann sehr schnell zu einer Lösung. Die GAM gab das Unabhängigkeitsziel auf, Indonesien garantierte Amnestie und versprach der Rebellen-Führung, die Gründung einer Partei zu erlauben. Mittlerweile sind die ersten Schritte unter der Anwesenheit von jeweils 100 Beobachtern von EU und dem südostasiatischen Staatenbund ASEAN umgesetzt. Ende August kamen mehr als 1 400 GAM-Mitglieder oder Sympathisanten aus Gefängnissen frei und ehemalige GAM-Kämpfer gaben erstmals Waffen ab. Auch wenn die politischen und sozialen Ursachen des Konflikts noch nicht gelöst sind, ist eine Rückkehr zum Krieg heute sehr unwahrscheinlich.

Ein weiterer Konflikt, der sehr viel stärker im Zentrum der internationalen Öffentlichkeit stand, kam am 28. Juli zu einem vorläufigen Ende. Die in Nordirland operierende „Irisch-Republikanische Armee (IRA)" erklärte ihren seit nahezu 40 Jahren bewaffneten Kampf gegen Großbritannien für beendet und wies alle Einheiten an, ihre Waffen zu vernichten. Nachdem Großbritannien und die verbündeten europäischen Staaten über Jahrzehnte versucht hatten, die IRA unter dem Paradigma der Terrorbekämpfung zu zerschlagen, kam 1994 erstmals Bewegung in den festgefahrenen Konflikt, als die der IRA nahe stehende nordirische Partei Sinn Fein einen Waffenstillstand ausrief. Langwierige Verhandlungen unter der Vermittlung US-amerikanischer Politiker führten schließlich am 10. April 1998 zum so genannten Karfreitagsabkommen, in dem eine politische Lösung und eine Entwaffnung der Konfliktparteien skizziert wurden. Die mittlerweile abgeschlossene Entwaffnung der IRA bildet hier einen vorläufigen Abschluss. Obwohl erneut zeitweise militante Unruhen die Provinz mit Gewalt

erschüttert haben und es immer wieder Rückschläge auf der politischen Bühne gibt, scheint eine Rückkehr zu den als „troubles" bezeichneten Bürgerkriegszeiten heute kaum noch denkbar.

Parallelen der Konflikte

Auch wenn jeder Konflikt seinen spezifischen politischen und historischen Hintergrund hat, kann die Betrachtung von Parallelen der oben genannten Beispiele zum türkisch-kurdischen Konflikt bei der Suche einer Lösung nicht schaden. Im Falle des Friedensabschlusses in der indonesischen Republik Aceh fällt auf, dass die Grundlage des Kompromisses, die Aufgabe eines unabhängigen Staates durch die GAM, von der PKK schon seit langem einseitig erbracht ist. Spätestens in seinen Eingabeschriften im Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hat Abdullah Öcalan klargestellt, dass ein von der Türkei unabhängiger kurdischer Staat nicht länger auf der Agenda der PKK steht. Stattdessen wird eine radikale Demokratisierung der Türkei angestrebt, in der dann die verschiedenen Volksgruppen gleichberechtigt unter Wahrung ihrer Identität friedlich miteinander leben. Auch die durch das Friedensabkommen in Aceh ermöglichten ersten Schritte, die vollständige Amnestie der GAM-Kämpfer und Inhaftierten, das Recht auf freie politische Betätigung und im Gegenzug die Auflösung der bewaffneten Einheiten sind Kernpunkte aus dem Verhandlungsangebot der PKK an den türkischen Staat.

Die Parallelen zwischen dem nordirischen und dem kurdischen Konflikt in der Türkei liegen in der langen historischen Genese. Die tief verwurzelten Ressentiments der Iren gegen Großbritannien gehen zurück bis ins 17. Jahrhundert, als Oliver Cromwell Irland eroberte und die Bevölkerung blutig entrechtete und unterdrückte. Die Loslösung der heutigen Republik Irland von Großbritannien erfolgte erst Anfang des letzten Jahrhunderts durch einen militanten Aufstand der irischen Bevölkerung. Im weiterhin von Großbritannien verwalteten Nordirland hielt die Unterdrückung der irisch-katholischen Bevölkerung an und fand ihren Höhepunkt im „Bloody Sunday" am 30. Januar 1972, als auf einer Demonstration 14 unbewaffnete Bürgerrechtler von britischen Fallschirmjägern erschossen wurden. Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass die IRA unter der katholischen Bevölkerung Nordirlands immer in einem gewissen Grad Sympathie und Unterstützung fand, auch wenn deren spätere Methoden der Bombenattentate in britischen Metropolen zunehmend auf massive Ablehnung stießen.

Die Geschichte der Kurden ist in vergleichbarer Weise geprägt von seit über 200 Jahren anhaltenden Aufständen gegen verschiedene okkupierende Imperien und Nationalstaaten. Der letzte große kurdische Aufstand innerhalb der Türkei fand 1937 in der Region Dersim statt. Der türkische Staat reagierte mit einem Vernichtungsfeldzug, indem zehntausende kurdische Zivilisten von der türkischen Armee ermordet wurden. Hunderte von kurdischen Frauen stürzten sich in die Schluchten, um der Vergewaltigung zu entgehen. Schon kurz nach der Gründung begann die türkische Republik jegliche kurdische Identität in der Türkei radikal zu unterdrücken. Kurdische Gebiete, Städte und Dörfer wurden mit türkischen Namen umbenannt, kurdische Vornamen und der Gebrauch der kurdischen Sprache generell wurden verboten. Die Militärputsche von 1971 und 1980 sorgten dafür, dass auch später demokratische Proteste und Veränderungen nicht möglich waren. Als Folge dessen wurde 1978 die PKK gegründet und nahm 1984 den bewaffneten Kampf auf. Vor diesem Hintergrund wird sie von großen Teilen der kurdischen Bevölkerung als politische Kraft gesehen, die die kurdische Identität am Überleben hielt, und genießt nach wie vor große Sympathien.

Parallelen zwischen dem nordirischen und kurdischen Konflikt hinsichtlich einer Lösung ergeben sich auch aus der Rolle von Sinn Fein. Es ist allgemein bekannt, dass die IRA und Sinn Fein zum Teil auch in Personaleinheit verbunden waren und sind. Trotzdem wurde es der britischen Regierung ermöglicht, ohne Gesichtsverlust, welcher direkte Verhandlungen mit der IRA zur Folge gehabt hätte, mit der katholischen Konfliktseite ins Gespräch zu kommen. Eine entsprechende Rolle in der Türkei könnte die DEHAP oder die sich in Gründung befindende DTH direkt einnehmen, indem sie als demokratisch legitimierte Vertretung der kurdischen Bevölkerung mit der türkischen Regierung Verhandlungen führt. Für ein solches Vorgehen diametral kontraproduktiv sind selbstverständlich die jüngsten europäischen Aufrufe, dass sich die kurdischen Parteien von der PKK zu distanzieren hätten. Der nordirische Friedensprozess wurde in dieser Form erst durch die Verbundenheit von Sinn Fein und IRA ermöglicht.

Aus den Entwicklungen in Indonesien und Nordirland lassen sich für den kurdischen Konflikt zwei wichtige Schlüsse ziehen: In der indonesischen Region Aceh wurde eine politische Lösung erst möglich, nachdem die durch den Tsunami bewirkte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit Druck auf beide Konfliktparteien entwickelte und die von der indonesischen Regierung durchgeführte Politik der Aufstandsbekämpfung gegen die Zivilbevölkerung nicht mehr zu ignorieren war. Unter internationaler Vermittlung kam dann in erstaunlich schneller Zeit ein tragfähiger Kompromiss zustande.

In Nordirland war eine Lösung erst möglich, nachdem Großbritannien und die mit ihm verbündeten Staaten nicht mehr ausschließlich auf Terrorbekämpfung setzten, sondern die historischen, sozialen und politischen Wurzeln des britisch-irischen Konflikts akzeptierten. Den Durchbruch brachte auch hier die Internationalisierung durch US-amerikanische Vermittlung.

Paradigma der Terrorbekämpfung

Wenn es im internationalen Rahmen positive Entwicklungen gibt, selbst langjährige innerstaatliche Konflikte durch Verhandlungen zu lösen, stellt sich die Frage, warum dieser Trend von den einflussreichen Staaten nicht im türkisch-kurdischen Konflikt aufgenommen wird, um auf den türkischen Staat ent-

sprechend Druck auszuüben. Eine wesentliche Ursache hierfür liegt sicherlich in dem von den USA nach den Anschlägen vom 11. September propagierten weltweiten Antiterrorkampf. Dadurch überlagert sich den in vielen Ländern mit militärischen Mitteln geführten innerstaatlichen Konflikten auf der diplomatischen Bühne ein Kampf über die Definitionshoheit zur Einordnung des Konflikts. Ziel der am Konflikt beteiligten bzw. sie verursachenden Regierungen ist es, die militanten Aktivitäten der jeweiligen Oppositionsgruppen im internationalen Diskurs von ihren sozialen, politischen und historischen Ursachen zu lösen und mit dem Stigma des „Terrorismus" zu besetzen. Hat sich diese Sichtweise durchgesetzt, lässt sich die innerstaatliche Aufstandsbekämpfung als Beitrag zum weltweiten Kampf gegen den Terror uminterpretieren. Welcher Bedeutung hier der internationalen Definitionshoheit zukommt, zeigt, dass auch eine Großmacht wie Russland bemüht ist, den Krieg gegen die tschetschenische Bevölkerung als Antiterrorkampf darzustellen. Im Kampf um die Begriffsbesetzung werden auch internationale Sprachregelungen mit Argwohn unter die Lupe genommen. Dies zeigt die Verwarnung der britischen Nachrichtenagentur Reuters durch die türkische Regierung, weil diese in ihren Meldungen den Begriff „Milizen" anstatt „Terroristen" für die kurdische Guerilla verwendet hatte.

Da sich die USA und die EU des außenpolitischen Gewichts dieser Definitionshoheit über innerstaatliche Konflikte bewusst sind, haben sie deren Umsetzung in Form von so genannten „Terrorlisten" institutionalisiert. Die dortige Auflistung von weltweiten Gruppierungen und Einzelpersonen erfolgt nicht nach juristischen, sondern primär nach politischen Gesichtspunkten, hat aber weit reichende Auswirkungen. Gelingt es einem Staat, die politisch, ethnisch, religiös oder regional sortierte militante Opposition in diesen Listen der Großmächte zu platzieren, kann er sich sicher sein, bei der Aufstandsbekämpfung auch bei groben Menschenrechtsverstößen freie Hand zu haben und von außenpolitischem Druck zu Verhandlungslösungen befreit zu sein. Damit einher geht in den USA und den europäischen Ländern eine Kriminalisierung von oppositionellen Exilaktivitäten, was sich besonders deutlich in Deutschland in Bezug auf die PKK zeigt. Neben der Ausschaltung der Exilopposition gibt die offizielle Einordnung der PKK bzw. des KONGRA-GEL als terroristische Gruppierung durch die USA und die europäischen Staaten auch den Diskursrahmen für die Mainstream-Medien vor. So existiert in den deutschen Medien aktuell so gut wie keine Stimme, welche die angekündigte Vernichtungspolitik gegen die PKK in Frage stellt oder politische Lösungsmöglichkeiten für die kurdische Frage diskutiert, während dieser Vorgehensweise im Falle von Indonesien und Nordirland Beifall gespendet wird.

Im kurdischen Konflikt scheint es die Türkei zurzeit erreicht zu haben, die international maßgeblichen Kräfte in ihr Konzept der psychologischen Kriegsführung einzubinden.

Dazu erklärte der stellvertretende Generalstabsvorsitzende İlker Başbuğ in einer Presseerklärung am 19. Juli 2005:

„Einige Institutionen, Personen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine Verbindung zur Organisation unterhalten, die diese unterstützen und Propaganda für sie machen, müssen bekämpft werden. (...) Von der türkischen Presse erwarten wir, keine Nachrichten zu veröffentlichen, die die Ziele der Organisation stärken könnten. Das Hauptziel des Kampfes sollte es sein, die Erfolgshoffnung der Organisation zu brechen und zu vernichten."

Zu einem Zeitpunkt, da der KONGRA-GEL nach Aufforderung durch zivilgesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen mit der Erklärung eines einseitigen Waffenstillstands politisch in die Offensive geht, sollen die verschärften internationalen Reaktionen und Verlautbarungen die Hoffnung auf politische Handlungsmöglichkeiten zerstören. Damit werden zweierlei Ziele verfolgt. Zum einen soll die kurdische Bevölkerung, die in den letzten Monaten aktiv an politischen Aktionen Anteil genommen hat, zermürbt werden. Indem Hoffnungslosigkeit für das Unterfangen signalisiert wird, durch eigenes Tun eine Lösung in gleichberechtigten Verhandlungen mit der Türkei unter internationaler Beteiligung herbeizuführen, soll eine Lethargie befördert werden, in der die Kurdinnen und Kurden sich mit einseitig von oben und außen gewährten minimalen Verbesserungen ihrer sozialen und politischen Situation zufrieden geben. Zum anderen soll die kurdische Guerilla bezüglich ihres weiteren Vorgehens in eine Radikalisierung getrieben werden, die es dann noch eher erleichtert, den kurdischen Konflikt auf internationaler Ebene gemäß den Vorgaben der Türkei ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Terrorbekämpfung zu problematisieren.



Herrscht in Kurdistan wieder eine Situation wie vor 10 Jahren?
Festnahme in Cirnak 1992. Foto Archiv

EU-Politik gescheitert

Ob dies gelingt, darf bezweifelt werden. Ungeachtet der scharfen Töne steht die Türkei-Politik der letzten Jahre seitens der EU und insbesondere Deutschlands vor einem Scherbenhaufen. Der Versuch, im Rahmen des EU-

Beitritts das kurdische Problem ohne Beteiligung der kurdischen Bevölkerung zu lösen, muss als gescheitert angesehen werden. Die zaghaften Verbesserungen in der Türkei bezüglich der Menschenrechtssituation und der Anerkennung der kurdischen Identität sind durch den wieder aufgelebten Konflikt obsolet geworden. Ebenso ist es nicht gelungen, den KONGRA-GEL und Abdullah Öcalan von der kurdischen Bevölkerung zu isolieren. Durch die zunehmende innereuropäische Diskussion, ob der Beitritt der Türkei von EU-Seite her überhaupt erwünscht ist, werden die Einflussmöglichkeiten der EU auf die Türkei eher geringer werden. Es sieht so aus, als soll hier der gemeinsame Kampf gegen die PKK den kleinsten gemeinsamen Nenner bilden, bis sich weitere Möglichkeiten für eine Annäherung ergeben, die von der EU aus geostrategischer Sicht nach wie vor erwünscht ist.

Zum Gedenken an den 12-jährigen Uğur Kaymaz wurde in Diyarbakır diese Skulptur aufgestellt. Uğur war zusammen mit seinem Vater Ahmet Kaymaz am 21. November 2004 in Kızıltepe vor ihrer Haustür hingerichtet worden. Vater und Sohn waren von den Kugeln der Sicherheitskräfte durchsiebt. Im Körper von Uğur wurden 13 Einschüsse gezählt, wie auch diese Skulptur darstellt. Es gibt mittlerweile mehrere juristische Versuche, dass dieses Denkmal wieder entfernt wird. Foto: Annett Bender

Zieht man den Vergleich zu den in jüngster Zeit erfolgreichen Konfliktlösungen in Nordirland und Indonesien, lässt sich feststellen, dass eine Lösung des kurdischen Problems in der Türkei z. Zt. nicht an objektiven Gegebenheiten oder Besonderheiten scheitert. Entsprechenden internationalen Druck von außen und eine dadurch bewirkte Änderung der Haltung des türkischen Staates vorausgesetzt, wäre durch die von der kurdischen Befreiungsbewegung bereits erbrachten Vorleistungen eine politische Einigung zum Wohle der ganzen Türkei zügig umsetzbar. Damit ist aber in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, da sich die maßgeblichen Staaten dazu entschlossen haben, dem kurdischen Konflikt unter der Vorgabe der Terrorbekämpfung zu begegnen. Es ist daher wahrscheinlich, dass der türkische Staat in nächster Zeit mit weitgehender Rückendeckung durch die USA und die EU den Kampf gegen die kurdische Guerilla intensiviert und dabei auch wie schon in den letzten Wochen vor Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung nicht zurückschreckt. Da das eigentliche Problem nicht die kurdische Guerilla, sondern ähnlich wie in Nordirland die historische Genese des kurdisch-türkischen Konflikts ist, wird dies allerdings zu keiner Lösung, sondern nur zu weiterem Blutvergießen in einem „low intensity war“ führen. Um eine solche fatale Entwicklung zu verhindern, zeigt das Beispiel von Aceh in Indonesien Möglichkeiten auf. Nur eine starke Fokussierung der Weltöffentlichkeit und eine damit verbundene Präsenz von Medien, NGOs und politischen Aktivisten in Kurdistan bieten die Chance, die Zivilbevölkerung zu schützen und die sinnlose Politik der Aufstandsbekämpfung zu stoppen. Nur wenn die komplexe Situation vor Ort in der Öffentlichkeit bekannt ist und diskutiert wird, lässt sich ein Paradigmenwechsel von der Terrorbekämpfung hin zur politischen Lösung erzwingen. ♦

Die Gründung der PKK 1978

Von einer kleinen Gruppe zu einer Massenbewegung

Interview mit Sakine Cansız

Vor nunmehr 27 Jahren, am 27. November 1978, wurde die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, gegründet. Wir befragten dazu Sakine Cansız, die damals am Gründungskongress teilgenommen hat. Aufgrund ihrer politischen Arbeit wurde sie 1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt und 1991 aus dem Gefängnis entlassen. Momentan lebt sie als politisch Verfolgte im Exil.

Wie würden Sie die PKK beschreiben? Aus welchem geschichtlichen Bedürfnis ist sie entstanden?

Die Arbeitsweise, mit der in den Sozialwissenschaften der jeweilige Untersuchungsgegenstand behandelt wird, gibt zugleich auch die Richtung für das Ergebnis vor. In diesem Hinblick kommt den Realisierungsbedingungen der PKK als maßgeblichem Faktor für die Art und Weise der Analyse der kurdischen Gesellschaft und Geschichte enorme Bedeutung zu. Bis heute sind dazu umfangreiche Untersuchungen angestellt worden. Dabei stehen Historie und Gegenwart in engem Zusammenhang, so dass behauptet werden kann, die Zukunft ist für die Menschheit zu einem wesentlichen Teil keine Utopie mehr. Viele Grundbegriffe, die mit Leben gefüllt wurden, die zu gemeinsamen Werten für die Menschheit geworden sind, haben mit ihren eigenen Wurzeln an Bedeutung gewonnen. Die PKK, lässt sich behaupten, bildet dabei die augenfälligste ideologische Wurzel.

Denn vielleicht verkörpert sie die erste Freiheitsbewegung, die pausenlos verschiedene Phasen gleichzeitig durchlief und mit jeder von ihnen in lebendiger Beziehung stand, sich dabei jedoch stets selbst überwunden hat. Sie folgt einer dialektischen Entwicklung, die eine ideologische, politische, organisatorische und praktische Erneuerung anstrebt. In diesem Sinne bildet die Erneuerung in der Tradition der PKK die Hauptachse ihres Kampfes. Es handelt sich um eine Existenz, die vor allem die Kraft hat, furchtlos gegen sich selbst zu kämpfen.

Ich halte es für wichtig, diesen Punkt kurz zu unterstreichen. Denn wir sind eine Bewegung, die Veränderungsphasen äußerst tiefgründig und zugleich auch beschwerlich erlebt und sich so weiterentwickelt. Unsere Eigendynamik spielte hierbei stets eine maßgebliche Rolle. Diese dynamische Entwicklung bietet zugleich auch unglaubliche Möglichkeiten zur Öffnung, also globalen Ausrichtung. Anhand unserer Bewegung lässt sich erkennen, was diese Universalisierung bedeutet. Es geht darum, jegliche utopischen Phrasen des klassischen Internationalismus zu überwinden, im Wesen einen ernsten, prinzipienvollen ideologisch-politischen Kampf gegen die Kräfte zu führen, die den begrenzten Klassenstandpunkt, Nationalismus und Sexismus nähren. Wenn von der PKK die Rede ist, kommen einem/einer sofort freie nationale Identitätsbildung, freie und gleiche Entfaltung der Geschlechter, die Realität des Lebens in einer freien gleichen Gesellschaft in Verbindung mit einer demokratischen und ökologischen Orientierung in den Sinn. Anders gesagt: PKKler/in zu sein bedeutet, an der Konkretisierung dieser Ziele in ihrer Gesamtheit zu arbeiten, indem sie in allen Lebensbereichen reflektiert werden.

Anstatt die PKK mit ihren Veränderungssubjekten zu interpretieren, sollte sie so gesehen werden wie sie ist, d. h. schlicht das Bild ihres Beginns betrachtet werden, um die Bedeutung der Aktualität zu unterstreichen. Um zu unserer Ausgangsfrage zurückzukehren: Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts war eine Bewegung geboren, die sich Geschichte und Gesellschaft mit einer neuen Einstellung annäherte. Und das in einem Land, das verstummt und atemlos war, dessen gesellschaftliche Dynamik fast vollständig zum Erliegen gekommen war und das im Widerspruch zu seiner Zeit stand. Diese Bewegung beschäftigte sich nicht nur mit den spezifischen Bedingungen der Menschen Kurdistans. Gleichzeitig wurden der gesamte Mittlere Osten und die Probleme der Menschheit analysiert. Die Bewegung war von Anfang an ungewöhnlicher Natur. Ihre Ideologie lautete „weder unfreier Nationalismus noch Freiheit ohne nationale Identität“, generell das Charakteristikum ihrer Gründung.

Die Bindung zwischen den Gruppenmitgliedern, die wissenschaftlich-revolutionäre Seele und die Überzeugung lagen in diesem ideologischen Kern verborgen. Im Mittleren Osten haben historische Epochen begonnen und geendet. Vor allem bei näherer Betrachtung der sozialen Struktur in Kurdistan fällt auf, dass es allein schon ein sehr schwerer Kampf war, zusammen mit Frauen solch ein Vorhaben anzupacken und sich ein solches Gewicht auf die Schultern zu laden. Ohne allgemeine linke und sozialistische Feststellungen und Macht- und staatsorientierte Struk-



2. Kongress der PKK 1982 Foto: Archiv

turen des Systems zu überwinden, hätte man schwerlich heutzutage aus den Augen verlorene Aspekte erneut behandeln, mit all ihren Eigenheiten aufdecken und in Bewegung setzen können. In der Türkei und im Kurdistan der 70er Jahre musste eine Formel entwickelt werden, mit der die Schöpfungskraft einer gewaltigen historischen Aufklärung hervorgebracht werden konnte, in einem Land, in dem alles seiner Natur zuwider lief, von den Moralvorstellungen über die geographischen Gegebenheiten bis zu den Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft, von der Geschichte bis zur Gegenwart. Die historische Aufklärung sollte sich gegen die tiefen Deformationen und die Entfremdung richten, auf die man überall traf.

Die 70er Jahre waren auch in der Türkei/Kurdistan bestimmt von vielerlei politischen Strömungen. Wie würden Sie die Besonderheit der PKK gegenüber den damals bestehenden politischen Gruppen beschreiben?

Es gab viele Gruppen, die sich unter den Etiketten „links" und „sozialistisch" gegründet hatten. Die ideologische Sichtweise, die Organisationsstrukturen und Praktiken, auf die sich der herrschende Begriff von „Sozialismus" und „Diktatur des Proletariats" stützte, verloren an Bedeutung. Die kurdische Realität war weitestgehend verzerrt, sie existierte nicht! Sie wurde vom Schwert der türkischen Leugnungs- und Zerstörungspolitik gegen die erste revolutionäre Welle erfasst. Die „Geschwisterlichkeit der Völker und ihr gemeinsamer Kampf" fielen mit allen wie Deniz und Mahir der Liquidation zum Opfer.[1] Der Chauvinismus, als andere Form der Leugnungsmentalität aufgezwungen, bildete als Baustein der linken Bewegung in jeder Phase ein Entwicklungshindernis. Keine Gruppe zeigte die Kraft, die Realität der Welt, des Mittleren Ostens, der Türkei und Kurdistans tief schürfend aufzugreifen und eine den eigenen Bedingungen entsprechende Entwicklung in Gang zu setzen. Dies wirkte wie ein interessantes Schicksal für die Völker in der Türkei. Im Gegensatz zu den bestehenden, auf ideologisch-politische Polarisierung gerichteten, sozial-chauvinistischen Annäherungsweisen, parallel hierzu den primitiv nationalistischen Gruppierungen und Tendenzen in Kurdistan sowie der tief eingenisteten Leugnungs- und Zerstörungspolitik des herrschenden Systems, war es lebenswichtig, auf ideologisch-politischer Linie Klarheit zu schaffen. Neben einer korrekten Bestimmung der historischen Realität musste auch erreicht werden, aus einer zerstückelten Gesellschaftsstruktur ein freies Denken, eine gesellschaftliche Organisiertheit in ideologischem Sinne erwachsen lassen zu können. Das war natürlich nicht einfach, ebenso wie einen Wandel zu bewirken, indem der Mensch, das freie und neue Individuum, zur Grundlage gemacht wird.

Der Aufbruch durch die Führung 1973 und der Einzug nach Kurdistan 1975 – mit dem Ziel der ideologischen Weitervermittlung und Organisierung – wuchsen zu einer sich schnell verbreiternden Strömung an. Die sich innerhalb der studentischen und intellektuellen Jugend verbreitende Freiheitslinie kreierte zusammen mit den Beeinflussungen durch die linken, sozialistischen Organisationsmodelle als Produkt ihrer Bedingungen ein eigenes Arbeits- und Beziehungssystem. Zwar mussten dabei aufgezwungene Notwendigkeiten mitberücksichtigt werden, jedoch entstand dieses System auch aufgrund verschiedenster Versuche und daraus resultierender Erfahrungen.

Es ist schon richtig, dass vor der Parteigründung, innerhalb einer aus politischen Fronten bestehenden Struktur oder auf deren politisch-sozialer Ebene, der Staat als Zielvorstellung mit enthalten war. Aber es ging vor allem darum, das Volk und die Gesellschaft zu befreien. Dies war der Kern, die Hauptstoßrichtung. Denn die von uns gesuchte Art von Nationalität, Nationalismus war in keinem Buch beschrieben. Die Etappen der Herausbildung zur kurdischen Nation wurden in der Realität der Klassengesellschaft gesucht, waren dort aber nicht zu finden. Freiheit, Unabhängigkeit wurden mit einem eigenen Staat gleichgestellt. Und wir als Volk sind in unserer Geschichte – außer während der Meder-Konföderation[2] – weder eine Nation noch ein Staat gewesen. Während alle möglichen Utopien lauthals Unterstützung fanden, wurde die Legitimation unseres Freiheitskampfes nicht anerkannt. Die Verleugnung durch das herrschende System war stets eine Art geistiger Blindheit, sie wurde auch von der linken Bewegung im Namen des Sozialismus selber angewandt. In diesem Sinne glich unsere Revolution auch keiner anderen revolutionären Praxis. Trotz allem bewirkte das Neuschöpfungspotential unserer ideologischen Struktur die Auflösung besagter Mentalität. Gab es etwas Wertvolleres, als mit der Kraft der neuen Ideen das Unmögliche zu realisieren, Überzeugung und Willenskraft zu einer Lebensweise zu machen, sich wie eine Welle auszubreiten und so die Organisierung durch die Befreiung der Arbeit zu verwirklichen?

Welche Bedeutung wurde der Organisierung zugeschrieben?

Die Organisierung identifizierte sich als Prinzip des Vorsitzenden Apo, als historischer Eid auf das Leben: Freiheit

ist Organisiertheit. Sie galt, auch als Antwort an die Gefallenen, als Hauptwaffe, um das freie Leben für die Menschen zu realisieren. Der Erfolg bei der Konkretisierung dieser Linie bestand im Kaderaufbau: Organisierung und Befreiung unter der Federführung der Kader des Kampfes. Dies war auch ein Ausdruck der Politisierung der Bewegung und der Organisierungsfortschritte.

Unsere Linie mit dem Ziel der Identität des freien Volkes besaß aufgrund ihrer ideologischen Besonderheiten die Chance, sich politisch zu entfalten. Ihre politischen Festlegungen und Organisierungen verlangten starke militante Kader, die dies auch in die Tat umsetzten. Das war zugleich auch die Phase, in der die Kader aufgebaut wurden. Natürlich war es genauso wichtig, neben der politischen Linie die Voraussetzungen für deren Organisationsmodell zu schaffen. Eine weitere Entwicklung der Linie bedurfte der Professionalität. Die Phase der ideologischen Gruppe hatte in verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen, vor allem bei Aufgeklärten und Jugendlichen, große Wirkung gezeigt. 1978 war die Bewegung mittlerweile eine politische Kraft geworden. Es bestand das Bedürfnis nach einem Aufbruch, in die Richtung gehend, Kader zu schaffen und die Massen zu erreichen; in diesem Sinne war eine politische Neuordnung, ein organisatorisches Wachsen zu sehen: die Parteiwerdung!

Diese entsprach unter den Bedingungen Kurdistans auch zeitlich gesehen einem historischen Schritt. Es sollte nicht einfach nur eine Partei gegründet werden. Es ging vor allem darum, in diesem Land eine neue Lebensweise zu kreieren, den Identitätswandel zu verwirklichen, die Geschichte und die Werte der Menschheit erneut in Übereinstimmung zu bringen.

Wie wurden diese Ideen anfänglich umgesetzt?

Wir nannten die Vorbereitungen „Reise nach Kurdistan“. In vielen Gebieten Kurdistans gab es Versammlungen, in denen die Einschätzungen zu den zeitgeschichtlichen, regionalen und nationalen Aspekten erörtert wurden. Theoretisch-ideologische Festlegungen, nach denen sozio-politische Strukturen analysiert wurden, und politische und praktische Vorschläge fanden ihren Ausdruck im Manifest „Der Weg der Revolution Kurdistans“. Die Organisierung mit dem Aufbau einer Partei auf stabile Füße zu stellen, das Programm dafür zu erarbeiten und mit Taktiken, die der revolutionären Strategie angemessenen waren, in die Tiefen der Gesellschaft einzudringen, war für uns ein Schritt, der den historischen Aufbruch zu einer großen Hoffnung machte. Unser Volk sollte zum ersten Mal in seiner Geschichte mit einer solchen geordneten und entschlossenen Organisierung zu tun haben. Es war eine von der Führung initiierte Entwicklung und jeder einzelne Schritt innerhalb des gesellschaftlichen Wandels trug Erfolgsmerkmale.

Es steigerte die Ernsthaftigkeit und das Verantwortungsgefühl für das ganze Projekt, dass die FreundInnen vor dem Gründungskongress begannen, den Entwurf des Programms zu diskutieren. Die Gruppe hat ständig gelesen und geforscht. Dabei setzte man sich mit Hilfe von Büchern intensiv über die Erfahrungen mit den Revolutionen in verschiedenen Ländern auseinander. Im Rahmen der Möglichkeiten wurde die Geschichte von Parteien vor allem in China, Vietnam, Russland, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa behandelt. Natürlich war es schon allein ein Problem, überhaupt an Bücher zu kommen und sie lesen zu können. Klassiker waren meist verboten. Aufgrund der polizeilichen Verfolgung und des Drucks musste solch eine Vorbereitungsphase gut durchdacht und umgesetzt werden. Ohnehin wussten nur einige FreundInnen von der Besonderheit dieses Vorhabens. Allein am Inhalt der Vorbereitungen ließ sich ablesen, dass etwas Neues bevorstand.

Wie sahen die Teilnahmekriterien für den Kongress und die näheren Umstände der Vorbereitung aus?

KandidatInnen mit geeigneten Voraussetzungen, die außerdem als Beitrag über den Stand der Gebietsarbeiten referieren konnten und fähig waren, die Aufgaben und die Verantwortung der Gründungsbedingungen zu tragen, wurden zentral bestimmt. Es gab sehr wertvolle FreundInnen, die im Gefängnis waren, die aus Sicherheitsgründen nicht kommen konnten, die aber ohne Zweifel den Kongress bereichert hätten. Wichtig war es, den Vertretungscharakter solch einer Vereinigung zu verdeutlichen und den Kongress erfolgreich zu verwirklichen. Die vom Vorsitzenden Apo in fast allen Gebieten Kurdistans veranstalteten Versammlungen verkörperten zugleich auch die Reflektion einer Willenskraft und garantierten, methodisch oder auch inhaltlich, die breitestmögliche Teilnahme und Übereinstimmung. Es mag einem/einer vielleicht selbstverständlich erscheinen, doch ist der Stil unserer Führung der revolutionär-demokratische Kern unserer Bewegung, die konkreteste Sichtweise auf die Seele der Bewegung. Seine Konsequenz wurde zur Entwicklungsgarantie unserer Bewegung. Dies sollte niemals vergessen werden.

Die Delegierten trafen kurz vor Beginn des Kongresses ihre Vorbereitungen und kamen zusammen. Cemil Bayık, Hüseyin Topgüder – er gehörte zu denen, die in dem Jahr die KUK[3] verlassen und sich uns angeschlossen hatten, 1999 hat er sich von uns getrennt – und ich gehörten zu den Delegierten von Elazig. Cemil Bayık und ich gingen in Ofis [Stadtteil im Zentrum Diyarbakırs] zur Wohnung im Günaydin-Block, in der sich der Vorsitzende aufhielt. Seyfettin Zoğurlu brachte uns hin. Auch Kesire und Saime Aşkın waren dort. Am Abend fuhren wir in das Dorf Fis im Bezirk Lice. Der Vorsitzende war sehr beschäftigt. Er hat in dieser kurzen Zeit sowohl einige Kapitel aus Büchern, die er gerade las, zur Diskussion gestellt als auch Meinungen zum Programmentwurf gesammelt. Es fanden ganz alltägliche Unterhaltungen statt. Am Vorsitzenden fiel auf, dass er wie immer mit großer Ernsthaftigkeit arbeitete, bis zum letzten Moment die Intensität seiner Gedanken teilte und die Belastung solch eines Kongresses wirklich auch fühlte. Der Grad an Aufregung und Freude in Elazig nahm in Diyarbakır noch zu, indem Ernst und Belastung dazukamen. Es war ein völlig neues Gefühl, zu solch einer umfassenden Versammlung mit

Kraft beitragen zu können und zu merken, dass man nicht das nötige Wissen besitzt, um überhaupt den Umfang der Versammlung realisieren zu können.

Bis zu dem Dorf Fis, in dem die Versammlung stattfand, führte der Vorsitzende die Unterhaltung zu verschiedenen Themen fort. Mal fragte er nach den Namen der Dörfer, an denen wir vorbeikamen, und informierte sich über die Gegend, mal wechselte er zu aktuellen Entwicklungen über.

Wir gingen bei Dunkelheit ins Dorf. Auch die anderen Freunde kamen erst bei Dunkelheit, in kleinen Gruppen und mit zeitlichen Abständen. Darauf wurde besonders geachtet. Die Sicherheit des Kongresses durfte unter keinen Umständen gefährdet werden. Wir gingen sehr sorgfältig vor. Mit jedem Freund, der dazukam, nahm einerseits unsere Aufregung zu, aber andererseits beruhigte es uns auch. Ich sah viele zum ersten Mal. Mit denjenigen, die es bis zum 25. November geschafft hatten zu kommen, begann der Kongress. Wir waren 23 Personen.

Wer war anwesend?

Der Vorsitzende, Kesire, Mazlum Doğan, M. Hayri Durmuş, Duran Kalkan, Ali Haydar Kaytan, Cemil Bayık, Mahsum Korkmaz, Resul Altıok, Ali Gündüz, Hüseyin Topgüder, Mehmet Turan, Şahin Dönmez, Mehmet Şener und noch weitere. Das Haus, in dem die Versammlung stattfand, gehörte der Familie Zoğurlu. Wir verließen es kaum. Die Versammlung dauerte zwei Tage. Sie wurde von Hayri geführt. Die Eröffnungsrede hielt der Vorsitzende. Er bewertete die Charakteristika des Zeitalters, internationale Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Region, die Merkmale des türkischen Regimes, die Realität Kurdistans und aktuelle Entwicklungen.

Diese Rede war zugleich auch Kernstück der Tagesordnung des Kongresses. Auf dem Weg zur Partei musste man in allen Punkten sicher sein, mit richtigen Beurteilungen die konkreten Bedingungen analysieren können und in diesem Sinne den Rahmen eines Programms abstecken. Alle lauschten aufmerksam jedem einzelnen Satz. Sich unter den Bedingungen Kurdistans zu organisieren, mehr noch, eine Partei zu gründen, war eine ehrenvolle Sache. Die Bewertungen der Entwicklungen bei der Organisierung bildeten zugleich auch den Rahmen der zu bestimmenden Taktiken.

Entsprechend der Tagesordnung wurde diskutiert und bewertet. Jeder Tagesordnungspunkt wurde erst nach Vorschlägen und Stellungnahmen abgeschlossen. Konkreter: Der Programmentwurf wurde vorgelesen. Anschließend wurde dazu Stellung bezogen. Der Entwurf wurde von allen FreundInnen bewilligt. Anschließend wurde die Satzung vorgelesen und zur Diskussion gestellt. Dabei wurden auch Vorschläge gemacht zum Charakter der zu gründenden Partei und zur Namensgebung. Es gab den Vorschlag, die Partei „Arbeiterpartei Kurdistans“ – „Partiya Karkeren Kurdistan“ – zu nennen. Außerdem, soviel ich mich erinnern kann, auch den Vorschlag „Kommunistische Partei Kurdistans“, was jedoch kaum diskutiert wurde.

Die Delegierten der Regionen haben ihre Berichte mündlich abgegeben. Auch darauf wurde eingegangen. Anschließend endete der Kongress mit der Wahl und dem Schlusswort. Mit der Reife und der Ernsthaftigkeit, dem Mut, der Entschlossenheit und der Verbundenheit mit Volk und Menschheit erlebten wir einen historischen Moment, in dem eine einheitliche Überzeugung mit dem Bewusstsein großer Verantwortung und Schwierigkeiten zusammentraf und der die nächsten hundert, tausend Jahre stark beeinflussen würde. Und eigentlich war diese Gründung auch ein Wendepunkt für die Zukunft und voller Bedeutung.

Aus einer kleinen Gruppe ist eine Massenbewegung geworden, aber sie wird noch immer als Gesprächspartnerin abgelehnt?

Keiner dieser Momente ist einfach gewesen. Als Gesellschaft standen wir am Abgrund. Gegen eine erdrückende Realität konnten gewöhnliche Anstrengungen nichts ausrichten, die Befreiung war nur voller Überzeugung durch außerordentlichen Fleiß erreichbar. Die starken Bindungen an das Leben brauchten unsere Freiheitsideologie, unsere Philosophie der Wiederauferstehung.

Wir befinden uns nun bald im 28. Jahr seit der Gründung. Die PKK als Synonym für einen Kampf der Gesinnung, die uns zur Formierung der freien kurdischen Identität, der freien Frauenidentität führte, hat ihre Legitimation bewiesen. Alle können sehen, dass wahrer Patriotismus, wahre Freiheit und wahre Geschwisterlichkeit zu einer unerlässlichen Lebenskultur geworden sind. Das ist allein durch enorme Anstrengungen und großes Leid geschaffen worden. Als Architekt dieser Schöpfung soll der Vorsitzende Apo auf höchst unmenschliche Weise verleugnet werden. Die Aneignung und das Hochhalten von Werten wie Demokratie, Frieden und Geschwisterlichkeit, die nicht nur dem kurdischen Volk, sondern der gesamten Menschheit Lebenskraft spenden, kommen dem Eintreten für den Vorsitzenden Apo gleich.

Als Volk und Organisation rufen wir alle Völker, FreundInnen, vor allem die in ihrem Wunsch nach Freiheit ernsthaften Frauen, dazu auf, für die Freiheit einzustehen. Ich beglückwünsche unser Volk und die gesamte Menschheit zur Gründung der PKK! ♦

Anmerkungen:

(1) Deniz Gezmis: 1971 von einem Gericht der Militärjunta zum Tode verurteilt und im Jahr darauf mit zwei weiteren Mitgliedern der von ihm geführten „Volksbefreiungsarmee der Türkei“ (THKO) im Gefängnis hingerichtet.
Mahir Çayan: Mitbegründer der „Volksbefreiungspartei der Türkei – Front“ (THKP-C), 1972 mit gesamter Führungsspitze der Organisation im Dorf Kızıldere bei einem Gefecht mit Armee und Polizei gefallen.
Beide gehörten zu den Galionsfiguren der aus der 68er-Bewegung entstandenen türkischen militanten Linken und erfreuten sich großer Sympathien bei späteren Generationen der revolutionären Bewegung.

(2) Das so genannte Mederreich wird auf die Zeit vom 8. bis 6. Jh. v. u. Z. datiert und umfasste Gebiete im Mittleren Osten, die über das heutige kurdische Siedlungsgebiet hinausgingen.

(3) KUK: „Nationale Befreier Kurdistans“, 1977 Abspaltung von der 1965 gegründeten und als bürgerlich-nationalistisch geltenden KDP-Türkei, einem Ableger der feudalistischen KDP-Irak; aufgrund ähnlicher regionaler Schwerpunkte in starker Konkurrenz zur PKK.

Bundesinnenminister Schily KANTHERt gegen kurdische Institutionen

Die Öffentlichkeit ist aufgerufen

Monika Morres, 10. Oktober 2005

Der Feier von Mitarbeiter/innen und Gästen der „Özgür Politika" am 28. August zum Start in den 11. Jahrgang der Zeitung folgte ein böses Erwachen. Denn nur wenige Tage später, am 5. September 2005, ließ Bundesinnenminister Otto Schily neben zwei islamischen Vereinen mehrere kurdische Institutionen verbieten. Darunter die in Neu-Isenburg bei Frankfurt/M. ansässige E. Xani Presse- und Verlags-GmbH, in der seit über zehn Jahren die prokurdische Zeitung „Özgür Politika" („Freie Politik") erschien. Neben den Verlags- und Firmenräumen wurden auch die Wohnungen aller angestellten, der freien und zahlreicher ehemaliger Mitarbeiter/innen durchsucht. Zeitgleich führten die Polizeibeamten eine Razzia in den Räumlichkeiten der WELAT Press Verlag GmbH (Nachrichtenagentur MHA – Mezopotamia Haber Ajansi) in Neu-Isenburg durch, die Schily zwei Wochen später, am 14. September, verbieten und auflösen ließ. Alle Computer, sämtliche Arbeitsmittel und -unterlagen beider Institutionen wurden beschlagnahmt sowie deren Vermögen zugunsten des Bundes eingezogen.

Ferner erschienen Durchsuchungsbeamte in den Firmenräumen des Mezopotamien-Verlags in Köln sowie in den Privatwohnungen zweier Mitarbeiter. Die Polizei beschlagnahmte alle Bücher und Schriften von Abdullah Öcalan, auch jene Bände seiner Eingabeschrift, die in deutscher Sprache im Atlantik-Verlag erscheinen, Exemplare des „Kurdistan-Reports" und des „Kurdistan-Rundbriefs". Auch der MÎR-Musikverlag in Düsseldorf blieb von der Repressionswelle nicht verschont. Konfisziert wurden hier CDs, Kassetten und Hörbücher mit Texten von Abdullah Öcalan bzw. Liedern über die Guerilla. Im Verlauf der Razzien war es vorübergehend zu einigen Festnahmen gekommen.

Deutsche Staatsinteressen vor Pressefreiheit

Schily rechtfertigte das Verbot der einzigen in Europa erscheinenden kurdischen Tageszeitung „Özgür Politika" mit deren angeblicher Eingebundenheit „in die Gesamtorganisation der PKK". Weil seiner Meinung nach „Führungsstrukturen, Ziele und Aktionsmuster des KONGRA-GEL" mit denen der PKK identisch seien, die Zeitung über die PKK berichte und die „Vorgaben der Führung" weitergebe, laufe „Zweck und Tätigkeit" des Verlags dem Vereinsgesetz zuwider, der Rechtsgrundlage des Betätigungsverbots der PKK von 1993.

Dass von Schily's Verbotsmaßnahme die Pressefreiheit berührt wird, gibt er in einer Presseerklärung seines Ministeriums vom 5. September unumwunden zu. Doch müsse diese „im vorliegenden Fall hinter den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland und dem Interesse des Staates" zurücktreten.

„Anti-Terror-Kampf" – ein Sesamöffne-dich für all jene Verfechter/innen eines autoritären und repressiven Kurses gegen Oppositionelle und politisch Unliebsame jedweder Art. Bedenkenlos wird hierbei gegen fundamentale Grund- und Bürger/innenrechte verstoßen, unabhängig davon, ob die entsprechenden Gesetzespakete von demokratisch legitimierten oder reaktionären Regierungen verabschiedet werden.

An diesem Punkt treffen sich die deutschen und türkischen Interessen. Das Ziel beider ist es, bestimmten kurdischen Organisationen und ihren Einrichtungen unter dem Deckmantel der Anti-Terror-Bekämpfung den Garaus zu machen. Grundlage ihrer diesbezüglichen Kooperation ist das am 3. März 2003 von Schily und dessen türkischem Amtskollegen Abdülkadir Aksu unterzeichnete Abkommen zur „Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität" (Bundesgesetzblatt, Teil II, Nr. 24, S. 1059 ff.). Der darin aufgeführte Katalog „terroristischer Handlungen" entspricht dem der Schilyschen Anti-Terror-Pakete, die seinerzeit in einer „rechts"staatlichen Nacht-und-Nebel-Aktion von der Reichstagsmehrheit abgesegnet wurde.

Der deutsch-türkischen Verbotsstrategie kam und kommt zweifellos entgegen, dass die USA den KONGRA-GEL auf die „Liste der terroristischen Organisationen" gesetzt haben und die EU diesem Beispiel am 26. April 2004 gefolgt ist.

Die Sprache der ministeriellen Verfügung drückt eine unversöhnliche Haltung aus, die auf den alten unverrückbaren „Wahrheiten" beharrt, die am Prinzip der Rache festhält, auf dem vermeintlichen Recht des Stärkeren, dem Geist der Konfrontation und der Verweigerung zum friedlichen Dialog. Strafrecht und Verbotspraxis als Ersatz für politische Auseinandersetzung. Es wird behauptet, die Zeitung „Özgür Politika" sei in das „Organisationsgefüge der PKK" eingebunden gewesen, der KONGRA-GEL verhalte sich „konspirativ", weshalb auch in keinem seiner Papiere der Klarname ÖP auftauche. Stattdessen werde von der „Täglichen", der „Agentur" und dem „Visuellen" gesprochen. Nun mal ehrlich: Für wie unprofessionell hält das Bundesinnenministerium die im KONGRA-GEL organisierten Personen, die, sollten sie tatsächlich konspirativ vorgehen, derlei lächerlich einfach zu dechiffrierende Codes benutzen? Und was bitte ist konspirativ, wenn eine Zeitung Beschlüsse und Deklarationen kurdischer Organisationen der Öffentlichkeit zugänglich macht – übrigens auch für das Bundeskriminalamt, den Verfassungsschutz und last but not least für die Bundesanwaltschaft? Worin liegt eine Gefährdung der inneren

Sicherheit, wenn die ÖP über die Situation und Entwicklung in der Türkei berichtet, über Verletzungen der Menschenrechte, über politische Verfolgung, extralegale Hinrichtungen, Verhaftungen, Folterungen, Vertreibungen, über die schweren Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan und der anderen politischen Gefangenen?

Erwähnt wird in der Verfügung auch ein Papier des KONGRA-GEL über Kriterien für den Presse- und Öffentlichkeitsbereich, darunter so gefährliche Festlegungen wie:

„Alle sechs Monate soll eine Versammlung für die Berichterstatter und Autoren organisiert werden.“ Oder: „Um die in den Gebieten durchgeführten Aktionen und Aktivitäten noch besser widerspiegeln zu können, soll in den Teilgebieten ermittelt werden, in denen es keine Berichterstatter gibt, um das Berichterstatternetz auszuweiten. Und um die Berichterstatter zu optimieren, sollen diese mit der Täglichen und der Agentur zusammenarbeiten.“ Oder: „Für die Agentur soll ein englischer Nachrichtendienst gegründet werden.“

Zum Beleg der Konspiration führt das Innenministerium weiter aus: „Zur Ausweitung ihres Netzes von Berichterstattern (…) hat die MHA Anfang 2005 eine Kampagne zur Anwerbung neuer Korrespondenten gestartet. Journalisten, die freiberuflich als Korrespondenten für die MHA arbeiten wollen, würde eine berufsbezogene Schulung in der ‚Zentrale’ der Agentur angeboten. Entsprechende Annoncen erschienen unter der Überschrift ‚Werden Sie Korrespondent!’ in den Ausgaben der ÖP am 28. Januar 2005, am 19./20. Februar 2005 sowie am 1. März 2005.“

Grundlage aller Verfahren gegen kurdische Politiker nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“) ist eine Unmenge abgehörter und aufgezeichneter Telefongespräche, aus denen die Ankläger oft genug Kaffeesatzleserei betreiben und höchst eigenwillige Interpretationen referieren. Diese geheimdienstliche Methode der Ausforschung findet auch in der Verbotsverfügung ihre Anwendung.

Ein besonderes Dorn im Auge war und ist dem Bundesinnenminister (und der türkischen Regierung) die Präsenz des ehemaligen Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, in der Zeitung. So echauffiert sich Schily über „die zahlreichen Bilder zu den Newroz-Feierlichkeiten in der Türkei und Europa“, weil die Aufnahmen „Anhänger mit ÖCALAN-Plakaten und Symbolen des KONGRA-GEL“ zeigen und außerdem „seit dem 19. März 2005“ in der ÖP „täglich eine CD mit Texten von Abdullah ÖCALAN beworben“ worden sei. Hiermit hebe die Zeitung „die politische Bedeutung ÖCALANS und dessen Rückhalt bei den kurdischen Volkszugehörigen hervor, um so dessen vermeintliche demokratische Legitimation als angeblich allein in Betracht kommender Ansprechpartner für die Lösung des Kurdenkonfliktes zu bestätigen.“ Deutlicher kann nicht zum Ausdruck gebracht werden, um was es Schily und seinem türkischen Kollegen geht.

Bundesverwaltungsgericht hebt Verbot der Zeitung „Özgür Politika“ auf

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat das Verbot der *Özgür Politika* am 19.10. aufgehoben. Die Richter setzten im Eilverfahren eine entsprechende Entscheidung von Bundesinnenminister Otto Schily außer Kraft. Am folgenden Tag sprach Wolfgang Pomrehn von der Tageszeitung *junge Welt* mit Cemal Ucar, Mitherausgeber der *Özgür Politika*:

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Sofortvollzug des Verbots von Özgür Politika aufgehoben. Wie geht es weiter?

Innenministerium und Bundesverwaltungsamt verhandeln nun über die Rückgabe unseres Inventars und die Überweisung des beschlagnahmten Vermögens. Das wird hoffentlich am Dienstag geschehen. Allerdings wird es nicht einfach, sofort weiterzumachen, denn unsere Mitarbeiter sind inzwischen arbeitslos, alle PCs, das Archiv, Unterlagen und die Bücherei wurden beschlagnahmt. Das alles wieder einzurichten und neu zu organisieren dauert seine Zeit, daher wissen wir noch nicht, wann wir wieder herauskommen werden.

Nun handelt es sich um ein Eilverfahren. In der ausstehenden Hauptverhandlung könnte herauskommen, daß das Verbot doch noch bestätigt wird. Was dann?

Das glaube ich nicht. Wir gehen davon aus, daß unsere Klage gegen das Verbot Erfolg haben wird. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung unserer Klage ausdrücklich damit begründet, daß sie voraussichtlich erfolgreich sein wird.

Was halten Sie von den Vorwürfen des Innenministeriums, Özgür Politika sei in die Kommandostrukturen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK eingebunden?

Der Vorwurf ist absurd und aus der Luft gegriffen. Auch das Bundesverwaltungsgericht ist davon ausgegangen, daß der Vorwurf des Innenministeriums unbegründet ist. Der Bundesinnenminister meint, unsere Zeitung und unser Verlag seien eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland, doch das Gericht hat diesen Vorwurf in der Luft zerrissen. Richtig ist, daß wir uns als eine kurdische Tageszeitung verstehen, die Kurden in Europa informieren will. Uns ist eine engagierte Berichterstattung über die Ereignisse in Kurdistan wichtig. Das betrifft das militärische, aber auch das kulturelle und politische Geschehen. Aber es ist eine ganz normale Berichterstattung, die unsere Leser sehr interessiert. Daran ist nichts Staatsgefährdendes, auch wenn sie vielleicht einigen Leuten nicht gefällt. Ich fühle mich dem Interesse unserer Leser verpflichtet, die zum Beispiel über die Gefechte zwischen der PKK und dem türkischen Militär informiert werden wollen, oder über den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan, dem PKK-Vorsitzenden, der in türkischer Haft sitzt und schon seit vier Monaten keinen Besuch bekommen darf.

(...)

Den Vorstoß, die Medienarbeit des kurdischen Zeitungsprojekts ÖP zu torpedieren, gab es schon einmal. Am 12. Januar 2000 – die türkische Regierungskoalition traf an diesem Tag zu einer Sondersitzung über das weitere Schicksal des zum Tode verurteilten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zusammen –, waren bei bundesweiten Razzien Büros der Zeitung "Özgür Politika" durchsucht worden unter dem Vorwand, sie unterstütze die PKK und verstoße damit gegen das Vereinsgesetz. Diese Aktion dürfte vom Verständnis des Bundesinnenministers her das „mildere Mittel" gewesen sein, das bei dem aktuellen Vorgehen nicht mehr ausgereicht habe.

Deutsch-türkisches Zusammenspiel

Schon Monate vor der Verbotsmaßnahme schürten türkische Medien antikurdische Stimmungen, verbunden mit dem Vorwurf, die Bundesregierung gehe nicht konsequent genug gegen nach Ansicht der Türkei "terroristische Organisationen" vor. Diese Hetze zielte darauf ab, die Bundesregierung zum Handeln zu bewegen, was dieser nicht sonderlich schwer gefallen ist.

Folglich wurde die Entscheidung Schilys in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" vom 7. September begrüßt und Details gleich mitgeliefert. Demnach hat der türkische Außenminister Abdullah Gül in einem Brief vom 2. Juni 2005 an seinen Amtskollegen Joseph Fischer diesen ausführlich über die PKK und deren Verbindungen zu „Özgür Politika" informiert und eine Schließung der Zeitung gefordert. Dieser Brief sei an Schily weitergeleitet worden, der daraufhin die Verbotsvorbereitungen angeordnet habe. Um Schlagzeilen zu vermeiden, Deutschland verletze die Pressefreiheit, soll er sich mit seinem Mitarbeiterstab darauf geeinigt haben, „Özgür Politika" nicht direkt zu verbieten, sondern den E. Xani Presseverlag wegen dessen Unterstützung der PKK. Dieser Darstellung folgte die Aufforderung der „Hürriyet", Deutschland müsse gegen weitere „PKK-Einrichtungen" vorgehen.

Schily ließ in der Pressemitteilung seines Ministeriums vom 5. September u. a. verbreiten: „In Anbetracht der erneuten Eskalation der Anschläge und Kampfhandlungen in der Türkei bin ich (!) nicht gewillt zu tolerieren, dass trotz eines bestandskräftigen Betätigungsverbots gegen die PKK diese Organisation ihre Propaganda in Deutschland offen verbreiten kann." Daran ändere auch „die jüngst seitens der PKK verkündete 'einseitige Waffenruhe' (Am 20. August 2005 erklärte der KONGRA-GEL einen zunächst auf vier Wochen befristeten einseitigen Waffenstillstand, um statt militärischer Auseinandersetzungen den Raum für politische Verhandlungen über den türkisch-kurdischen Konflikt zu öffnen. Vorausgegangen waren Äußerungen von Ministerpräsident Tayyip Erdoğan am 12. August in Diyarbakır über die Existenz einer 'kurdischen Frage'.) nichts, da bereits erneute Kampfhandlungen in der Türkei zu verzeichnen sind." Kein Wort darüber, dass für die derzeitigen Aggressionen, zunehmenden Kampfhandlungen und Brutalitäten, die an die beklemmende Zeit der 1990er-Jahre erinnern, die türkische Armee die Verantwortung zu tragen hat. So sind Medienberichten zufolge im Zeitraum des von KONGRA-GEL ausgerufenen einmonatigen Waffenstillstands 33 Militäroperationen durchgeführt worden, bei denen 20 Guerillakämpfer/innen und 51 Soldaten und Polizisten ihr Leben verloren haben. 50 Sicherheitskräfte wurden verletzt und zwei Guerillas sind festgenommen worden. Nach Veröffentlichungen des Menschenrechtsvereins IHD wurden allein im vergangenen Jahr 37 Menschen bei so genannten "Morden unbekannter Täter", Angriffen und extralegalen Hinrichtungen getötet. In den letzten Monaten Juni, Juli, August 2005 sind IHD-Angaben zufolge bei Gefechten in den kurdischen Provinzen 123 Personen getötet, 118 verletzt und insgesamt 959 Verletzungen der Menschenrechte begangen worden.

Welches Konzept hinter dieser neuerlichen Eskalation steht, macht eine Erklärung des stellvertretenden türkischen Generalstabsvorsitzenden, İlker Başbuğ, vom 19. Juli 2005 deutlich: „Einige Institutionen, Personen und zivilgesellschaftliche Organisationen (gemeint sind hier beispielhaft die DEHAP, türkische Menschenrechtsvereine oder auch die "Bewegung für eine demokratische Gesellschaft") die eine Verbindung zur Organisation unterhalten, die diese unterstützen und Propaganda für sie machen, müssen bekämpft werden. (...) Von der türkischen Presse erwarten wir, keine Nachrichten zu veröffentlichen, die die Ziele der Organisation stärkten könnten. Das Hauptziel des Kampfes sollte es sein, die Erfolgshoffnung der Organisation zu brechen und zu vernichten."

Im Rahmen dieser Vernichtungsstrategie bemüht sich der türkische Staat derzeit intensiv darum, auch die Schließung des kurdischen Fernsehsenders ROJ-TV zu erreichen und auf die Regierung Dänemarks einzuwirken, diesem die Lizenz zu entziehen. Bisher haben sich jedoch die politisch Verantwortlichen in Dänemark einer derartigen Einflussnahme von Seiten der Türkei widersetzt.

Ferner bedrängt die Türkei einige EU-Länder, bestimmte dort lebende Personen, die sie auf einer Namensliste der "Staatsfeinde" führt, an die Türkei auszuliefern. So sind laut der türkischen Zeitung „Zaman" vom 9. September 2005 die Akten von 23 PKK-Mitgliedern an die Regierungen von Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland verschickt worden mit dem Ziel, deren Verhaftung und Auslieferung zu erwirken. Erkenntnisse des türkischen Geheimdienstes MIT und der Polizei sollen angeblich Verbindungen dieser Personen zur PKK dokumentieren.

Den Beleg, dass kein anderes europäisches Land so bereitwillig den türkischen Wünschen und Forderungen nach politischer Verfolgung von Kurdinnen und Kurden entgegenkam und -kommt, blieb die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Apparat nicht schuldig. So hat sie ermöglicht, dass der stellvertretende Vorsitzende des KONGRA-GEL, Dr. Remzi Kartal, am 22. Januar 2005 in Haft genommen werden konnte, weil die Türkei dessen Auslieferung beantragt hatte. Eine schallende Ohrfeige für alle an diesem Komplott Beteiligten war allerdings die damalige Entscheidung des Oberlandesgerichts Nürnberg, eine Auslieferung des Politikers zu verweigern, weil die Haftbefehlsurkunde aus der Türkei europäischem Standard und rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprochen hatte.

Schon Rosa Luxemburg hat 1916 analysiert, dass die Türkei das „wichtigste Operationsfeld des deutschen Imperialismus“ sei und dessen „Interessenssphären“ in der Türkei die Grundlage und der Anlass zu deren politischen „Beschützung“ abgeben würden. (Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. In: Rosa Luxemburg, Werke Bd. 4, Berlin 1974, Seite 83-86)

Wahlkampf gegen Kurden

Kaum zwei Wochen nach den Verboten des Bundesinnenministers wollte auch Bundeskanzler Gerhard Schröder klarstellen, wer ihm in diesen Wahlkampfzeiten näher stand, im Fokus seines Interesses die etwa 600 000 deutsch-türkischen Stimmen. Also besuchte er am 14. September den Konzern des finanzschweren Verlegers Aydın Doğan, in dessen Frankfurter Verlag unter anderem das nationalistische Massenblatt „Hürriyet“ erscheint. Dies war ihm offensichtlich der richtige Propagandaort, sich als der Förderer der Türkei in die türkischsprachigen Schlagzeilen zu bringen. Was auch gelang, “Hürriyet” berichtete seitenlang über den prominenten Besuch und schwor ihre Leser/innen darauf ein, die SPD zu wählen. Die BILD-Zeitung fragte am nächsten Tag auf der Titelseite „Entscheiden Türken die Wahl?“ und zeigte Bundeskanzler Schröder vor den Symbolen der türkischen Flagge, Halbmond und Stern.

Aus der Enttäuschung über den Ausgang der Wahlen zu Ungunsten von Schröder machte dann auch der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan keinen Hehl.

Wer verstößt gegen den Gedanken der Völkerverständigung?

In seiner Verfügung bezog sich Schily auf den Hintergrund des von seinem Amtsvorgänger Manfred Kanther 1993 erlassenen Betätigungsverbots, wonach sich die betroffenen kurdischen Organisationen unter anderem „gegen den Gedanken der Völkerverständigung“ gerichtet hätten. Dieser Vorwurf sei auch für die aktuelle Verbotsmaßnahme aufrechtzuerhalten. Das behauptet ausgerechnet eine Bundesregierung, die an dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien beteiligt war, die durch umfangreiche logistische Unterstützungsleistungen dazu beigetragen hat, dass der Krieg gegen den Irak geführt werden konnte, und die deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen in alle Welt schickt. Erwähnt werden muss außerdem, dass unter der rot-grünen Regierung die Rüstungslieferungen im Durchschnittswert von 1999 bis zum Jahre 2003 etwa 30 Prozent über jenem der letzten drei Jahre der CDU/CSU-Regierung lagen. Insgesamt betrug das ausgewiesene Genehmigungsvolumen 4,9 Milliarden Euro. Werden die Dual-Use-Güter hinzugezählt, steigt der Gesamtwert gar auf mehr als 13,5 Milliarden Euro. Nach Angaben der PDS-Abgeordneten Gesine Lötzsch hat der Haushaltsausschuss auf Drängen der rot-grünen Regierung gemeinsam mit der CDU noch vor den Wahlen mehrere Rüstungsprojekte im Wert von 50 Millionen Euro beschlossen.

Erinnert sei auch daran, dass Deutschland in den 1990er-Jahren durch die Lieferung von Waffen und Panzern, die gegen das kurdische Volk zum Einsatz kamen, massiv gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen hatte.

Schily spekuliert auf Gewalt

Entlarvend ist in Schily’s Verbotserlass folgender Passus: „Obwohl derzeit keine konkreten Hinweise auf Anschlagsplanungen des KONGRA-GEL in Deutschland vorliegen, ist nicht auszuschließen, dass zukünftig der Konflikt – auch unter Anwendung von Gewalt – nach Deutschland getragen wird.“ Es drängt sich hier der Eindruck auf, als wollte man genau dies durch die provokanten Maßnahmen bezwecken. Die inzwischen erfolgten Reaktionen auf das Verbot müssen in dieser Hinsicht enttäuschend gewesen sein: Alle Demonstrationen und Kundgebungen verliefen absolut friedlich, zumindest von Seiten der Kurdinnen und Kurden. In Hamburg kam es allerdings auf einer Protestaktion am 10. September zu einem brutalen Polizeiübergriff auf eine Kurdin und ihre kleine Tochter, weil sie ein Plakat mit der Aufschrift “Özgür Politika ist meine Stimme” zeigten. Begründet wurde das polizeiliche Vorgehen mit einem Passus der Verbotsverfügung, der da sagt: “Es ist verboten, Kennzeichen der E. Xani Presse- und Verlags-GmbH öffentlich, in einer Versammlung oder in Schriften, Ton- oder Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen, die verbreitet werden können oder zur Verbreitung bestimmt sind, zu verwenden. Dies gilt insbesondere für das Logo der Zeitung ‚ÖZGÜR POLITIKA’ in roten Großbuchstaben.”

Interessant an diesem Aspekt: Erst im vergangenen Oktober hatte der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Revisionsverfahren zweier kurdischer Politiker das Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Celle in einem Punkt für unzulässig erklärt und das Verfahren zurückverwiesen. Hier ging es exakt um die vom OLG und der Bundesanwaltschaft (BAW) festgeschriebene „Gewaltoption“, mit der unterstellt wurde und wird, dass die kurdischen Organisationen in Deutschland zur Anwendung von Gewalt zurückkehren würden, sollte sich deren Situation oder die von Abdullah Öcalan ungünstig entwickeln. Ein Totschlagsargument, das zur Aufrechterhaltung der Verbotspraxis herhalten muss und der kurdischen Bewegung jegliche positive Perspektive zunichte machen soll. Der BGH hielt in seiner Entscheidung eine solche nicht auf Objektivität beruhende Sichtweise als Grundlage des Urteils für unhaltbar und führt hierzu u. a. aus:

„Denn selbst wenn die PKK im kurdischen Kampfgebiet zur Anwendung von Gewalt zurückkehren würde, wäre dies nicht gleichbedeutend mit einer Wiederaufnahme der Begehung demonstrativer Gewalttaten in Deutschland.“

Nichts ohne meinen Anwalt

Wie die Gerichte die Verbotsmaßnahmen des Bundesinnenministers Otto Schily bewerten und beurteilen, werden die in die Wege geleiteten juristischen Schritte zeigen. Die von den Kriminalisierungsmaßnahmen betroffenen Kurdinnen und Kurden haben sich gegen das Vorgehen der deutschen Behörden zur Wehr gesetzt. Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass diese Repressions- und politische Verfolgungspraxis gegenüber einem Teil der hier lebenden Bevölkerung endlich beendet wird. ♦

Frauenrechte in der Türkei und kurdische kulturelle Rechte

Margaret Owen

Einleitung

Während ich an diesem Text über die Rechte der Frauen in der Türkei sitze, bin ich überzeugt, dass einige Mitglieder der EU das Land als ungeeignet für die Aufnahme der Beitrittsgespräche betrachten. Sie lehnen die Türkei aus einer Reihe von Gründen ab. Da sind die Frage der Anerkennung von Zypern, die unterschiedliche Behandlung des Antrags von Kroatien und der nach wie vor schlechte Standard der Türkei, was die Übereinstimmung der Menschenrechtspraxis mit internationalen Abkommen, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, den Kopenhagener Kriterien und verschiedenen Gesetzespaketen zur Anpassung an die EU betrifft.

Es ist in der Tat ein langer Weg, bis die verschiedenen Rechtsreformen tatsächlich vor Ort angekommen sind. Und dieser Weg ist besonders steinig, wenn wir die Situation der türkischen Frauen und insbesondere die der kurdischen Frauen und Mädchen untersuchen. Dennoch sollten wir die Veränderungen begrüßen, die eingetreten sind, seien sie auch noch so langsam und ungleichmäßig.

Der Schriftsteller Orhan Pamuk beschreibt sehr treffend die gegenwärtigen Probleme: „Die Gesetze wurden geändert, aber der Denkprozess, unsere Kultur und unsere Sichtweise auf die Dinge haben sich nicht wesentlich verändert.“ Die Tatsache, dass er nun wegen „Verunglimpfung des Staates“ und wegen anderer Dinge angeklagt wird, nur weil er auf die Morde an KurdInnen hingewiesen hat, offenbart die Schwierigkeiten bei der Einführung der Redefreiheit, wenn die Verfassung immer noch Artikel enthält, die jede Handlung kriminalisieren, die als „Beleidigung des Staates“ ausgelegt werden kann.

Das Gleiche gilt, wenn die Rechtsanwältin Erin Keskin mit unzähligen Ermittlungsverfahren gegen sich konfrontiert ist, weil sie Frauen vertritt, die Verbrechen anklagen, die von staatlichen Angestellten wie Polizisten oder Angehörigen der Jandarma begangen wurden, und weil sie auf Konferenzen im Ausland darüber spricht. Auch der Menschenrechtsanwalt Hüseyin Cangir, der für seine engagierte Arbeit für die kurdischen Frauen bekannt ist, die sexualisierte Folter anklagen, wird in seiner Arbeit behindert und durch absurde Anklagen bedroht, wie die, dass am Menschenrechtstag Plakate in Kurdisch aufgehängt wurden. Weiterhin sind da die kurdischen Frauen, die es wagen zu protestieren und Fälle gerichtlich voranzutreiben; sie sind schrecklichen verbalen Drohungen ausgesetzt, wenn nicht gar physischer und sexualisierter Folter.

Der Nutzen der Beitrittsgespräche für kurdische Frauen und Mädchen und deren NGOs

Dennoch ist mein Standpunkt, dass es, wenn die Türkei am 3. Oktober Beitrittsgespräche beginnen kann (ein tatsächlicher Beitritt ist für viele Jahre nicht wahrscheinlich), unschätzbare Vorteile für alle Frauen in der Türkei bringen wird, und besonders für die aus dem kurdischen Teil der Bevölkerung. Dieser könnte andererseits, wenn die Türkei ausgeschlossen wird, auch der kleinen Verbesserungen der Situation beraubt werden, die durch die Anpassungsgesetze eingetreten waren. Frauen und Kinder würden dann noch mehr Demütigungen, Ungerechtigkeiten und Missbrauch der Menschenrechte erfahren, gerade in dem Moment, in dem sie beginnen, Zeichen der Hoffnung zu erfahren.

Wenn das Augenmerk der EU aufmerksam auf den Fortschritt in Menschenrechtsfragen gerichtet bleibt, könnte die Rolle der kurdischen Frauen-NGOs bei der Überwachung und Aufdeckung diesbezüglicher Lücken und Verletzungen gestärkt werden.

Die kurdischen Frauen-NGOs werden zurzeit in ihrer Arbeit stark behindert, aber wenn die Türkei einmal am Tisch sitzt, werden diese zivilgesellschaftlichen Organisationen als Schlüssel für den Überprüfungsprozess anerkannt werden. Sie werden schließlich die Freiheit eines Agierens in Legalität entdecken und nicht weiter Opfer von Behinderungen und Schließungen sein. Ihre Möglichkeiten der politischen Teilnahme und des Kampfes für die eigenen Rechte und ihre Überzeugung davon werden in erheblichem Maße verstärkt werden. Sie werden alle Werkzeuge im internationalen Menschenrechtsrahmen nutzen können, ohne Arrest, Verfolgung und Gefängnis befürchten zu müssen. Sie werden dem internationalen feministischen Netzwerk beitreten, das die Gleichheit von Männern und Frauen fordert, unabhängig von Herkunft, Religion oder Wohnort. Hoffentlich werden sie auch als geeignet anerkannt werden, die EU-Projekt-Fonds nutzen zu können, um auf diese Weise eine Unterstützung ihrer Arbeit zu erhalten.

Doppelte Diskriminierung

Diskriminierung von Frauen gibt es in vielen Ländern. Sie ist noch verheerender, wenn sie sich mit ethnischen, religiösen oder anderen Formen der Diskriminierung überschneidet.

Jeden Tag erfahren Frauen in der Türkei sexualisierte und andere körperliche Gewalt. Wenigstens ein Drittel, wenn nicht gar die Hälfte der Frauen in den ländlichen Gebieten waren Opfer körperlichen Missbrauchs durch ihre Familien. Aber obwohl alle Frauen aufgrund spezieller Diskriminierungsmuster dem Risiko der Gewalt ausgesetzt sind, sind kurdische Frauen, besonders die, die im Südosten leben, und Frauen, deren politische Ansichten der Regierung zu kritisch sind, in den Händen staatlicher Sicherheitskräfte einem erhöhten Risiko ausgesetzt.

Kurdische Frauen sind doppelt benachteiligt und Missbrauch ausgesetzt: zunächst, weil sie als Frauen in einer traditionellen patriarchalen Gesellschaft leben, und dann, weil sie Kurdinnen sind.

Der Missbrauch findet durch ihre eigenen Verwandten statt aufgrund von Traditionen wie Kinder- und Zwangsehe, Brautgeld, Brauttausch zwischen Familien, Polygamie, „Ehrenmorde" und durch häusliche Gewalt. Die ablehnende Einstellung zur Schul- und Berufsausbildung von Frauen und zu Frauen im Berufsleben zementieren den niedrigen Status der Frauen. So abschreckende Praktiken wie der Jungfräulichkeitstest sind unter bestimmten Umständen nach dem Strafgesetzbuch erlaubt, was das CEDAW-Komitee[1] veranlasst hat, seine Besorgnis darüber auszudrücken und Maßnahmen zu fordern, diesen Eingriff ohne eine formale Zustimmung der Betroffenen als illegal zu erklären. Das Kopftuchverbot an Erziehungsstätten, Schulen und Universitäten hat die Analphabetismus-Rate unter kurdischen Mädchen hoch gehalten, da sowohl Mädchen als auch ihre Lehrerinnen keinen Zugang zu den Klassenräumen haben. Auch wenn das Verbot im Rahmen der Rechte eines souveränen säkularen Staates liegt.

Zweitens erfahren viele kurdische Frauen körperlich, mental, verbal und sexuell Missbrauch und Misshandlungen durch Vertreter des Staates wie Sicherheitskräfte, Polizei und Dorfschützer. Sexualisierte Folter an Frauen, die die Androhung der Vergewaltigung einschließt, ist wie in allen Ländern statistisch kaum erfasst, da die Opfer das Stigma fürchten, mit dem ein solcher Missbrauch belastet ist. Für eine kurdische Frau ist es kulturell problematisch, bei der Polizei Schutz zu suchen oder sie zu informieren, dass ein männlicher Verwandter Gewalt gegen sie ausgeübt hat. Es gibt Hinweise, dass die Gewalt gegen Frauen angestiegen ist, seitdem Folter nach den jüngsten Reformen illegalisiert wurde. Die Jandarma scheint entdeckt zu haben, dass sie, obwohl sie nicht länger kurdische Männer an offiziellen Haftorten foltern kann, diese mit Gewalt gegen ihre Frauen bedrohen kann. Wegen der großen Schande, die jedem Opfer sexualisierten Missbrauchs anhaftet, handeln die Verbrecher straffrei und glauben, sie könnten Anklage und Verfolgung entkommen.

Entführung und sexualisierter Missbrauch kurdischer Frauen sind Mittel, um nicht nur die Familie zu demoralisieren, sondern auch die ganze Gesellschaft und auch das Leben der Frau zu zerstören, psychisch und physisch. Kurdische Frauen sind darüber hinaus der Gefahr ausgesetzt, durch ihre Verwandten, wenn die Geschehnisse öffentlich gemacht werden, Opfer von „Ehrenmorden" zu werden. Kein Wunder, dass nur einige wenige Frauen es wagen, über solche Vorfälle zu sprechen.

Die Hauptkonfliktpunkte

Armut, Obdachlosigkeit und Verschwindenlassen

Der langjährige Konflikt ließ Millionen kurdischer Frauen als Witwen, verwaist, verschwunden, obdachlos und/oder in extremer Armut zurück. Von vielen befinden sich die Väter, Söhne und Männer in den Gefängnissen, in Verstecken oder im Exil im Ausland. Andere wissen nicht, was mit „ihren" Männern geschah, sie sind einfach verschwunden. Entwurzelt von ihren Bergdörfern und der ländlichen Umgebung fehlt diesen Frauen die Ausbildung, um in der Diaspora der Städte im Westen der Türkei oder in Kurdistan eine Arbeit zu bekommen. Hier leben sie entfremdet in überbevölkerten und unzulänglichen Behausungen.

Es gibt bisher keine adäquate Analyse der Lebenssituation der kurdischen Frauen und Mädchen, die in den Slums der westlichen Städte Istanbul und Ankara leben; ebenfalls nicht darüber, wie sie es schaffen in den „Gecekondus" im Süd-Osten zu überleben. Es mangelt an Statistiken und genauen Untersuchungen, die unsere Wissenslücken über das tägliche Leben dieser Frauen füllen könnten. In den Gecekondus haben besonders Frauen keine Möglichkeit einen Lebensunterhalt zu verdienen. Darüber hinaus besitzen diese Siedlungen mehr Merkmale von offenen Gefängnissen als von normalen Städten. Die letzten Auswege, um ihre hungernden Kinder erziehen und ernähren zu können, sind für alle verarmten Frauen weltweit Betteln und Prostitution. Darüber hinaus sind kurdische Frauen, die keinen männlichen Partner haben, der Geld verdienen kann, der Gefahr ausgesetzt, Opfer der Rauschgifthändler zu werden, die versuchen sie mit Angeboten zu locken, als Fabrikarbeiterinnen Geld verdienen zu können, während sie in Wirklichkeit in Bordelle in Europa oder auch in der Golfregion verschleppt werden.

Rückkehrrecht

Es wurden schätzungsweise drei Millionen KurdInnen dazu gezwungen ihre Heimatorte zu verlassen. Insgesamt wurden 3 500 Dörfer, die meisten Mitte der neunziger Jahre, zerstört.

Viele Frauen wie auch Männer sehnen sich danach, in ihre Heimatorte zurückkehren zu können, um die Möglichkeit zu haben, in ihrem ursprünglichen Lebensstil als Bauern und Landwirte zu leben. Das ländliche Leben ist das Einzige, was sie kennen gelernt haben. Das Rückkehrrecht in die Dörfer, finanzielle

Entschädigung und Hilfe bei Reparaturen und Wiederaufbau sowie der Ausbau der Landwirtschaft sind in den EU-Harmonisierungspaketen vorgeschrieben. Aber die Erfüllung der formalen Verbindlichkeiten bei der Unterstützung der Rückkehr kurdischer Familien geschieht nur in sehr wenigen Fällen. Dafür ist die Erlaubnis der Gouverneure erforderlich, die nur selten gegeben wird. Es wurde eine Vielzahl erheblicher bürokratischer und finanzieller Hürden aufgebaut, die vor allem für ungebildete Frauen ohne einen männlichen Verwandten, der für sie vermitteln kann und türkisch spricht, kaum überwindbar sind. Im Jahr 2003 stellte eine Delegation des KHRP fest, dass allein der Gouverneur von Diyarbakır mehr als 20 000 Anträge entgegengenommen hatte, von denen nur eine Hand voll überhaupt oder mit der Erteilung eines Termins beantwortet wurden.

Frauen, die zurückkehren konnten, wurden durch Angriffe und Misshandlungen von Dorfschützern, die ihre früheren Häuser in Besitz genommen hatten, zu einer erneuten Flucht gezwungen. Die Dorfschützer fungieren scheinbar außerhalb der Kontrolle der Autoritäten. Das KHRP, der Menschenrechtsverein IHD und Göc-Der [*Solidaritätsverein der Inlandsflüchtlinge zur Unterstützung bei der Rückkehr in die Dörfer*] haben Mordfälle, Vergewaltigungen, Gewalttaten und Verschwindenlassen von zurückkehrenden DorfbewohnerInnen dokumentiert. Niemand wurde für diese Straftaten rechtlich zur Verantwortung gezogen. Die Opfer und ihre Familien haben ein Recht auf Entschädigung.

Der Staat hat in den Dörfern weder Elektrizität noch Wasserleitungen wiederhergestellt. Auch Minenfelder wurden des Öfteren noch nicht geräumt. Zusätzlich können Witwen und Frauen von Verschwundenen in vielen Fällen nicht die notwendigen Dokumente beibringen, die ihr Anrecht auf Haus oder Land dokumentieren. Darüber hinaus sind viele kurdische Frauen nicht über ihre Rechte in Bezug auf Erbschaften oder Mitbesitz der Gehöfte und des umliegenden Landes informiert und haben kaum Zugang zu rechtlicher Beratung.

Bildung

Viele kurdische Mädchen haben keine Schule besucht oder verlassen diese nach ein paar Jahren. Sie schämen sich, weil sie kein Türkisch sprechen oder kurdische Namen haben. Kurdische Kinder entfalten und entwickeln sich deshalb in der schulischen Umgebung nicht so, wie es sein sollte – und die Schulbildung der Mädchen wird im Allgemeinen als nicht so sinnvoll oder produktiv betrachtet, weil sie eher für eine frühe Heirat oder Mutterschaft vorgesehen sind. Die Bürgermeisterin von Derik berichtete, dass kurdische Kinder, die die Grundschule besuchen, in ihrer sprachlichen und kulturellen Entwicklung in der Regel zwei Jahre hinter den türkischen Kindern zurückliegen. Und das, obwohl die Türkei die „Kinderrechtskonvention“[2] ratifiziert hat und dadurch verpflichtet wäre, allen Kindern zu ermöglichen, die Schule zu besuchen und in jeglicher Hinsicht ihr volles Potential entwickeln zu können.

Viele junge kurdische Kinder sind der Ausbeutung durch Kinderarbeit ausgesetzt. Wir hörten in Batman von einem 10-jährigen Jungen, der der einzige „Brötchengeber” seiner Familie sein muss, da sein Vater inhaftiert ist und seine Mutter sich um jüngere Geschwister kümmert. Im Südosten der Türkei sind Mädchen weniger alphabetisiert als in Algerien und der Prozentsatz derer, die die Schule besuchen, ist geringer als im Rest des Landes. Der Bürgermeister von Batman erwähnte, dass 50 % der Familien die Hälfte des Jahres in den Westen der Türkei migrieren, um dort im landwirtschaftlichen Bereich als SaisonarbeiterInnen zu arbeiten. Die Kinder, die vorher mit der Schule begannen, kehren danach nur selten in die Schule zurück, da sie zwischenzeitlich sehr viel Unterricht verpasst haben. Das sind Bereiche der Diskriminierung, die internationales und europäisches Recht verletzen. Das muss in den und durch die Beitrittsverhandlungen erwähnt und verbessert werden. Es ist leicht zu verstehen, dass Menschen ohne Erziehung oder Schulung von Fähigkeiten leichter auf der „Straße” landen oder in Kriminalität oder Prostitution verwickelt werden.

Keine Sprachschulen für Frauen und Kinder

Infolge der Aufhebung der Restriktionen gegen Unterricht in „nichttürkischen Dialekten” (z. B. Kurdisch) öffneten 2003 fünf kurdische Sprachschulen, nachdem sie beträchtliche und unnötige bürokratische Hindernisse überwunden hatten. Diese Schulen waren jedoch privat und somit Erwachsenen und älteren Jugendlichen vorbehalten, die es sich leisten konnten, für den Unterricht zu bezahlen. Wie auch immer, Kurdisch ist noch immer in öffentlichen Schulen verboten und kann, entgegen der Rechtsprechung, selbst als Wahlfach an Universitäten nicht gelehrt werden. Kinder sind zusätzlich verhindert, Kurdischkurse während ihrer „staatlichen Schulzeit” zu besuchen. So kann nur eine „Elite” die Angebote nutzen. Auch Frauen, die für ihre Kinder die wesentlichen kulturellen Übermittlerinnen sind, können aus ökonomischen und kulturellen Gründen nicht von den Gesetzesänderungen profitieren und in ihrer Muttersprache alphabetisiert werden. Wenn die Reformen dem EU-Harmonisierungspaket entsprechen würden, müsste die kurdische Spracherziehung allen zugänglich sein und in öffentlichen Schulen angeboten werden.

Gesundheit

Die Unkenntnis der türkischen Sprache wirkt sich ebenfalls negativ auf die kurdischen Frauen zugängliche Qualität der Gesundheitsversorgung, samt der Aufklärung über Familienplanung, aus. Trotz oder gerade wegen ihrer Armut und mangelnden Bildung werden kurdische Frauen jung verheiratet und bekommen viele Kinder. Fälle häuslicher Gewalt werden nicht dokumentiert und die Selbstmordrate junger Frauen ist, oft im Zusammenhang mit „Ehrenmorden“, eine der höchsten auf der Welt. Fürchterliche traditionelle Riten, wie die weibliche Beschneidung, bestehen in einigen Gemeinschaften

wohl fort und verursachen unheilbare Schäden, bis hin zum Tod junger Frauen. Und bei einer so hohen Anzahl von Kindern ohne Schulzugang ist auch eine Abschätzung über die Entwicklung ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit schwer möglich.

Der Mangel an Statistiken über kurdische weibliche Haushaltsvorstände

Bis jetzt sind überwiegend die Auswirkungen des langen Krieges auf kurdische Frauen und Kinder empörend vernachlässigt worden. Die Sicherheitsratsresolution 1325 verlangt von allen TeilnehmerInnen an Friedensverhandlungen die Berücksichtigung und Beendigung des Krieges gegen Frauen und Mädchen – und dass diese an Friedensverhandlungen beteiligt werden. Diese Resolution sollte natürlich auch auf den Friedensprozess in der Türkei angewendet werden, so dass die Belange der kurdischen Frauen bei der Friedensbildung nicht ignoriert werden können. Es gibt kaum Statistiken über die Anzahl kurdischer Witwen, Frauen von Verschwundenen, Verhafteten und Asylsuchenden im Ausland, die um ein Überleben als Haushaltsvorstände kämpfen und sich als letztem Ausweg, um zu überleben, dem Betteln oder der Prostitution zuwenden. Niemand kennt die Anzahl kurdischer Frauen, die den Rauschgifthändlern zum Opfer gefallen sind oder Selbstmord begingen, nachdem sie vergewaltigt worden waren, aus Angst vor „Ehrenmorden“. Und es gab kaum eine oder keine Situationsanalyse der aus den Dörfern vertriebenen Frauen und Mädchen, die in den Gecekondus oder den Slumgebieten der westlichen Städte Ankara und Istanbul ohne Arbeit oder Schutz vor Gewalttaten leben.

Diese Frauen gehen einen schweren und beängstigenden Weg, während sie an so vielen Fronten gegen geschlechterspezifische Unterdrückung kämpfen. Meistens tun sie das ohne Möglichkeiten für politische Repräsentation oder adäquate rechtliche Mittel, einschließlich eines Zugangs zu unabhängiger Justiz und Justizsystem. Die Türkei muss einen langen Weg beschreiten, bevor sie die politischen Voraussetzungen für die Einhaltung universeller und unveräußerlicher Rechte der Frauen erfüllen kann.

Folter und sexuelle Belästigung durch Staatsangestellte

Am 10. Dezember kündigte die Regierung eine „Null-Toleranz”-Politik gegenüber Folter an.

Die TOHAV (Stiftung für Gesellschafts- und Rechtsstudien) informierte das KHRP über einen erheblichen Anstieg der Anzeigen von Frauen wegen Folter und Misshandlung durch Polizeikräfte. Trotzdem schätzen sowohl die TOHAV als auch die ExpertInnen des IHD, dass nur 10 % der Frauen, die Gewalt durch Polizeibeamte erfahren haben, sich auch trauen, diese öffentlich zu machen oder anzuzeigen. Wie überall bedeutet es für Frauen eine große Anstrengung und beansprucht viel Mut, um im Detail zu beschreiben, wie sie vergewaltigt oder misshandelt wurden. Wie in vielen anderen Kulturen auch hindert sie das Stigma, ein Vergewaltigungsopfer geworden zu sein, daran, darüber zu sprechen. Unzählige kurdische Frauen wurden von ihren Familien ermordet, nachdem bekannt geworden war, dass sie Opfer einer Vergewaltigung waren. Androhung einer Vergewaltigung ist ebenso Folter wie auch (zwangsweises) Ausziehen; Verschleppen, Augen verbinden, verbale sexuelle Gewalt und solche Taten hinterlassen keine sichtbaren Verletzungen und machen eine erfolreiche Verfolgung der Folterer nahezu unmöglich. Wir müssen die NGOs anhören, die die Umsetzung dieser neuen Gesetze beobachten.

Gesetzgebungsreformen

Während einige wichtige Gesetzesreformen in Übereinstimmung mit internationalen Konventionen und Verträgen sowie den Kopenhagener Kriterien und den Harmonisierungspaketen erreicht wurden, waren deren Auswirkungen für die kurdischen Frauen minimal. Des Weiteren war, trotz Anerkennung und Verurteilung der Gewalttaten gegen die kurdischen Frauen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, nicht zu erreichen, dass die Folterer persönlich bestraft wurden, die tatsächlich bis heute mit ihren Straftaten fortfahren.

Traditionelle Werte und Sitten haben ebenfalls ihre Auswirkung auf die praktische Umsetzung der neuen Gesetze. Die Türkei hat die UN-„Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen“ (CEDAW) ratifiziert und war einer der ersten Staaten, der das optionale Protokoll[1] ratifizierte. Dieses hat alle wesentlichen Vorbehalte gegen die Konvention, die während der Pekinger Aktionsplattform geäußert wurden, zurückgenommen und stimmt mit der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats überein. Das sind für Frauen im Allgemeinen wichtige Errungenschaften, aber die kurdischen Frauen wurden von den stetigen Fortschritten in anderen Regionen der Welt, wo die CEDAW ernst genommen wird, ausgenommen. Der Zusatz vom Mai 2004 zum Verfassungsartikel 90, der zusichert, dass sämtliche internationalen Konventionen Vorrang vor den nationalen Gesetzen haben, und das neue Zivilrecht von 2001, das die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Ehe und familiären Beziehungen regelt, konnten ebenfalls keine positive Veränderung der Situation der Frauen bewirken, da der Staat wenig unternahm, um die Frauen über ihre Rechte zu informieren, oder keine öffentlichen Aufklärungskampagnen entwickelte, um die Bevölkerung zu informieren, dass diejenigen, die Frauen diskriminieren und misshandeln, verfolgt werden können, wenn sie die Gesetze brechen.

Mehrere Prozessbeobachtungsmissionen, einige durch das KHRP, andere von der „Internationalen Juristenkommission“ ICJ[3], bemängelten folgende Grundzüge des Justizsystems: das Verfahren der Rekrutierung und Ausbildung der RichterInnen, die Vorgehensweise der Ermittler, lange Verzögerungen und unnötige Vertagungen und die Rolle und Verflechtung der Staatsanwälte. Dies gibt Anlass zu der Annahme, dass Verfahren nicht „fair” geführt werden und dass das Prozessrecht internationale Standards bricht. Während viele Verfahren gegen KurdInnen mit einem

Freispruch enden, beschäftigen die langwierigen Prozesse MenschenrechtsanwältInnen unnötig, bringen das Justizsystem in Verruf und verursachen bei MandantInnen, ihren Familien sowie FreundInnen Sorgen und Kummer.

Wir wollen immer noch wissen, warum das Verfahren einer Frau, einer Funktionärin einer in Istanbul ansässigen kurdischen NGO, die am helllichten Tag von Zivilpolizisten entführt, sexuell belästigt und gefoltert wurde, seitens der Staatsanwaltschaft willkürlich eingestellt worden ist. Und warum der Justizminister nicht die Prinzipien der UN-Erklärung für Menschenrechtsanwälte[4] in nationales Recht umgesetzt hat, damit Menschen wie Hüseyin Cangir und Erin Keskin ihren Beruf ausüben und Frauen vertreten und verteidigen können, ohne deswegen Anklagen befürchten zu müssen.

Die Charta für die Rechte und die Freiheit von Frauen in den kurdischen Regionen und in der Diaspora

Diese Charta, ein Gemeinschaftswerk des „Kurdish Women's Project" (KWP) und des KHRP, wurde von kurdischen Frauen im Exil initiiert und gemeinsam mit kurdischen Frauen und ihren Organisationen im Land und in der Diaspora entwickelt. Sie baut auf den Prinzipien und Artikeln der UN-Frauenkonvention CEDAW auf und gelangt hoffentlich zur Aufnahme in das Rechtssystem der Türkei und der Nachbarländer, in denen kurdische Frauen Diskriminierung erfahren und am Genuss ihrer Menschenrechte gehindert werden.

Fazit

Die EU-Kommission hat in ihren regelmäßigen Berichten über die Fortschritte der Türkei während ihres angestrebten Beitritts immer wieder betont, dass eine Ausweitung des Schutzes der kurdischen Bevölkerung notwendig ist. Aber die rechtlichen Reformen haben noch nicht die notwendigen realen Veränderungen oder Verbesserungen bewirkt. Kurdische Frauen sind, Berichten zufolge, im Südosten öfter und nicht seltener Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt. Die Türkei muss jetzt genauer und nachdrücklicher bei der Umsetzung der Reformen beobachtet werden – und mit sehr viel mehr Aufmerksamkeit gegenüber der Situation der Frauen und Kinder. Menschenrechte sind universell und unveräußerlich – und internationales Recht gilt in gleichem Maße für Frauen und Kinder wie auch für Männer. Mit der Türkei am 3. Oktober am Verhandlungstisch wird hoffentlich eine neue Phase der Hoffnung und des Fortschritts für die Frauen anbrechen, die bis jetzt in so skandalöser Weise in bisherigen Berichten vernachlässigt worden sind. ♦

Margaret Owen ist Beraterin des „Kurdish Human Rights Project" (KHRP) für Frauen- und Kinderrechte, Mitglied des „UK Bar Human Rights Committee" (BHRC), Vorsitzende der „Widows for Peace through Democracy" (WPD), „Widows for Peace and Reconstruction" (WPR)
Diesen Beitrag hielt Frau Owen auf der zweiten internationalen Konferenz „Die EU, die Türkei und die Kurden", Brüssel, 19.-20. September 2005

Anmerkungen:

Englisches Original des Textes: http://www.kurdishinfo.com/userimages/MOwen.htm

(1) CEDAW-Komitee: „Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung der Frauen" (Committee on the Elimination of Discrimination against Women); hat von den signierten Vertragsstaaten (derzeit 178 Länder) mindestens alle vier Jahre Bericht über die Umsetzung der CEDAW-Konvention zu erhalten.
CEDAW-Konvention: „Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen" (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW); am 18. Dezember 1979 von der UN-Generalversammlung angenommen; Hauptziel: Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in sämtlichen Lebensbereichen (Ehe und Familie, Arbeits- und Sozialbereich, Bildung und Ausbildung, im politischen und öffentlichen Leben, Gesundheit und Schutz vor Gewalt).
CEDAW-Fakultativprotokoll: zusätzlich zur CEDAW-Konvention am 6. Oktober 1999 von der UN-Generalversammlung angenommen; gibt unter anderem jeder einzelnen Frau, welche sich in einem in der CEDAW-Konvention garantierten Recht verletzt erachtet, die Möglichkeit, nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenwegs eine Beschwerde an das CEDAW-Komitee zu richten (Individualbeschwerderecht); beinhaltet weiter eine Erweiterung des internationalen Schutzes der Rechte der Frauen dahingehend, dass im Falle schwer wiegender oder systematischer Menschenrechtsverletzungen ein Untersuchungsverfahren vorgesehen ist.

(2) UN-Kinderrechtskonvention: legt wesentliche Standards zum Schutz der Kinder weltweit fest und stellt die Wichtigkeit von deren Wert und Wohlbefinden heraus; beruht auf vier elementaren Grundsätzen: das Überleben und die Entwicklung, die Nichtdiskriminierung, die Wahrung der Interessen der Kinder sowie deren Beteiligung; am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen, am 20. September 1990 in Kraft getreten; hat die größte Akzeptanz aller UN-Konventionen, mit Ausnahme der USA und Somalias weltweit von allen Ländern dieser Erde ratifiziert.
Die Einhaltung der Bestimmungen der Konvention überwacht das zuständige UN-Vertragsorgan, der „UN-Ausschuss über die Rechte des Kindes", der periodisch die Berichte der Unterzeichnerstaaten entgegennimmt und auswertet.

(3) International Commission of Jurists (ICJ): 1952 in Berlin gegründet, besteht aus 60 herausragenden Juristen, die weltweit verschiedene Rechtssysteme repräsentieren, nationale autonome Sektionen, Internationales Sekretariat in Genf zuständig für Umsetzung der Ziele: Vorrang, Stimmigkeit und Implementierung von internationalem Recht und Rechtsprinzipien, welche die Menschenrechte fördern.

(4) UN-Resolution 53/144: "Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms" (8.3.1999)

Über zwei Jahre Besatzung

Wie ist das Leben im Irak heute?

Zinarin, Maxmur-Camp

In den letzten zweieinhalb Jahren haben sich die Lebensbedingungen in jeder Hinsicht extrem verschlechtert. Das Wenige, das nach zwölf Jahren Embargo noch an Infrastruktur bestand, wurde durch den Krieg auch noch vernichtet. Wie allgemein bekannt, funktioniert die Versorgung mit elektrischem Strom immer noch nur stundenweise. In den reicheren Stadtteilen ergänzen Generatoren, sofern Treibstoff vorhanden ist, die staatliche Stromversorgung. Die ärmeren Viertel müssen mit fünf bis sechs Stunden Strom pro Tag auskommen.

In den Städten funktioniert das Kanalisationssystem nur mangelhaft, eine öffentliche Stadtreinigung existiert nicht; bei Temperaturen über 50° Celsius ist der Gestank in vielen Stadtteilen unerträglich. Müll und Abwasser vermischen sich zu einer stinkenden Brühe, in der Krankheitserreger den idealen Nährboden finden. In das Trinkwasser fließt immer wieder Abwasser durch die lecke Kanalisation und verwandelt es in eine ungenießbare Brühe. Die Gemeinden haben keine Mittel, um die vielen Probleme zu beheben. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Während Bagdad das Vorzeigeprojekt der vormaligen irakischen Regierung war und auch während der Embargozeiten instand gehalten worden war, hat die heilige Stadt Kerbela, die durch Flüchtlingsströme während früherer Kriege um das Doppelte angewachsen ist, Stadtteile, die komplett von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten sind. Die Menschen müssen Wasser aus kilometerweit entfernten Wasserrohren abzweigen. Ähnliche Beispiele gibt es für viele Regionen im Südirak. Der Oberbürgermeister von Bagdad hat im laufenden Jahr nur 7 % seines Haushaltsetats erhalten. Und während das Gesundheitsministerium mit neuem Mobiliar und Computern ausgestattet wurde, fehlt es den Krankenhäusern am Nötigsten.

Die technischen Geräte in den Kliniken sind völlig veraltet, wichtige Medikamente fehlen noch immer, wodurch täglich Menschen sterben. Zigtausende von Menschen können überhaupt nicht behandelt werden, weil z. B. die nötige Operationstechnik nicht vorhanden ist. Dazu kommt, dass der ganze Irak ein Krisengebiet ist, das heißt, es reicht nicht, wenn ausländische Hilfsorganisationen erst dann aktiv werden und Hilfsgüter senden, wenn Nachrichten über neue Gefechte an die Öffentlichkeit kommen, was meistens erst dann der Fall ist, wenn die Operationen schon in vollem Gange oder beendet sind und niemand in die betroffenen Regionen kommt. Hilfsgüter müssen in ausreichender Menge jederzeit an jedem Ort vorhanden sein, um humanitäre Krisen zu verhindern.

Zivile irakische Hilfsorganisationen haben es schwer. Anstatt Unterstützung erfahren sie oftmals Ablehnung, ihre Hilfsangebote und Initiativen werden sabotiert. Ein weiteres Problem ist, dass die Zusammenarbeit von lokalen und internationalen Hilfsorganisationen nur mäßig funktioniert. Viele NGOs haben wegen der Sicherheitsrisiken vor Ort ihr Personal abgezogen, andere wollen arbeiten, können es aber nur in Grenzen, weil ihnen die alliierten Streitkräfte nur einen bedingten Handlungsspielraum ermöglichen und sie z. B. weder zur Beobachtung noch zu Hilfszwecken in Operationsgebiete lassen. Das Gleiche gilt noch mehr für lokale Hilfsorganisationen wie den Roten Halbmond.

Private Ärzte haben inzwischen einige technische Geräte anschaffen können, vielen dieser Ärzte fehlt es aber an einer Zusatzausbildung, so dass es immer wieder zu schwer wiegenden Behandlungsfehlern kommt, zum Beispiel bei der Anwendung von Augenlasern. Darüber hinaus ist die Behandlung für viele unbezahlbar.

Inzwischen liegt die geschätzte Arbeitslosenquote bei über 60 %, die Produktion im Land ist nahe dem Nullpunkt. Die Verelendung der Bevölkerung ist von Tag zu Tag stärker zu bemerken. So nimmt die Zahl der bettelnden Frauen und Kinder ständig zu – vom Betteln ist es nur ein kleiner Schritt zu Kriminalität und Prostitution. Außerdem werden sich in der Folgezeit neue Probleme dadurch ergeben, dass durch vorzeitigen materiell erzwungenen Schulabbruch das allgemeine Bildungsniveau, das einmal das höchste des Mittleren Ostens war, bedrohlich sinken wird. Heerscharen unqualifizierter Hilfsarbeiter und ein Mangel an qualifizierten jungen Menschen werden die Folge sein.

Der einzige Bereich, in den Aufbaugelder in nennenswertem Umfang fließen, ist die Terrorismusbekämpfung. Alle bislang durchgeführten Maßnahmen haben aber bislang nicht die Sicherheitslage in den Städten verbessern können. Die Bevölkerung fühlt sich von den brutal auftretenden „Sicherheitskräften“ stärker bedroht als durch den Widerstand. Die Kriminalität nimmt weiter zu, die meisten Frauen trauen sich nicht einmal mehr tagsüber auf die Straße, da immer wieder Frauen entführt werden. Nicht wenige junge Frauen haben wegen der extremen Sicherheitsmängel ihr Studium bzw. ihren Beruf aufgegeben, was ein großer Rückschritt in einem Land ist, wo die Teilnah-

me von Frauen am öffentlichen Leben eine Selbstverständlichkeit war. In Basrah waren noch 2002 51 % der Studierenden weiblich!

Was ist angesichts der umfangreichen Krisensituation zu tun?

♦ Die Krisenhilfe müsste besser organisiert werden.
♦ Versorgung der öffentlichen Krankenhäuser mit fehlenden Mitteln.
♦ Ausstattung der Krankenhäuser mit modernen technischen Geräten und Schulung der Ärztinnen und Ärzte in der Bedienung dieser Geräte.
♦ Modernisierung im Schulwesen; insbesondere wissenschaftliche Neuerkenntnisse der letzten fünfzehn Jahre, in denen der Irak durch das Embargo von Neuerungen abgeschnitten war, sollten Eingang in den Unterrichtsstoff finden.
♦ Erneuerung der Infrastruktur, Wasserversorgung und Trinkwasserqualität, Stromversorgung, Städtereinigungssystem.
♦ Hilfe beim Aufbau von Produktionsstätten für den einheimischen Markt, um den Irak Schritt für Schritt unabhängig von Importen zu machen und um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen. ♦

In der Zange des Referendums

Eine Analyse von M. Ali Çelebi, MHA 9.10.2005

In einer blutigen Atmosphäre, in der täglich Dutzende Menschen durch Selbstmordattentäter getötet werden, wird die Verfassung der Baath-Partei vom 22. September 1968 am 15. Oktober diesen Jahres im Referendum zur Abwahl stehen.

In mehreren Punkten gibt es zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden Unstimmigkeiten und ein Konsens über die Verfassung steht noch immer aus. Der Staatspräsident Jelal Talabani hat nach seinem Amtsbesuch beim US-Präsidenten George W. Bush als erstes europäisches Land Großbritannien besucht. Zwischen diesen beiden Treffen haben sowohl Talabani als auch der KDP-Vorsitzende Mesut Barzani den schiitischen irakischen Ministerpräsidenten Ibrahim Caferi öffentlich kritisiert. Sie erklärten, Caferi handele selbstherrlich und ignoriere den Verfassungsartikel 58 zur Zukunft Kerküks. Sie fügten noch hinzu, die Kurden würden das nicht akzeptieren. Die Kritik Talabanis: „Er hat die Kurden vergessen“, und die Warnung, das Bündnis könne überdacht werden, können als Vorbereitung für die Zeit nach dem Referendum gelten.

Die fehlenden, aber unverzichtbaren Konsultationen zwischen dem Staatspräsidenten Talabani (Kurde), dem Parlamentsvorsitzenden Hacim El Hassani (Sunnit) und dem Ministerpräsidenten Caferi (Schiit) sowie die Intensität und der Zeitpunkt der Reaktionen auf die überragende Rolle der Schiiten bei Ernennungen und Auslandsreisen kann als der Versuch interpretiert werden, die Regierung und die Bevölkerung des föderalen Kurdistans im Falle eines Scheiterns des Referendums wachsam halten zu wollen.

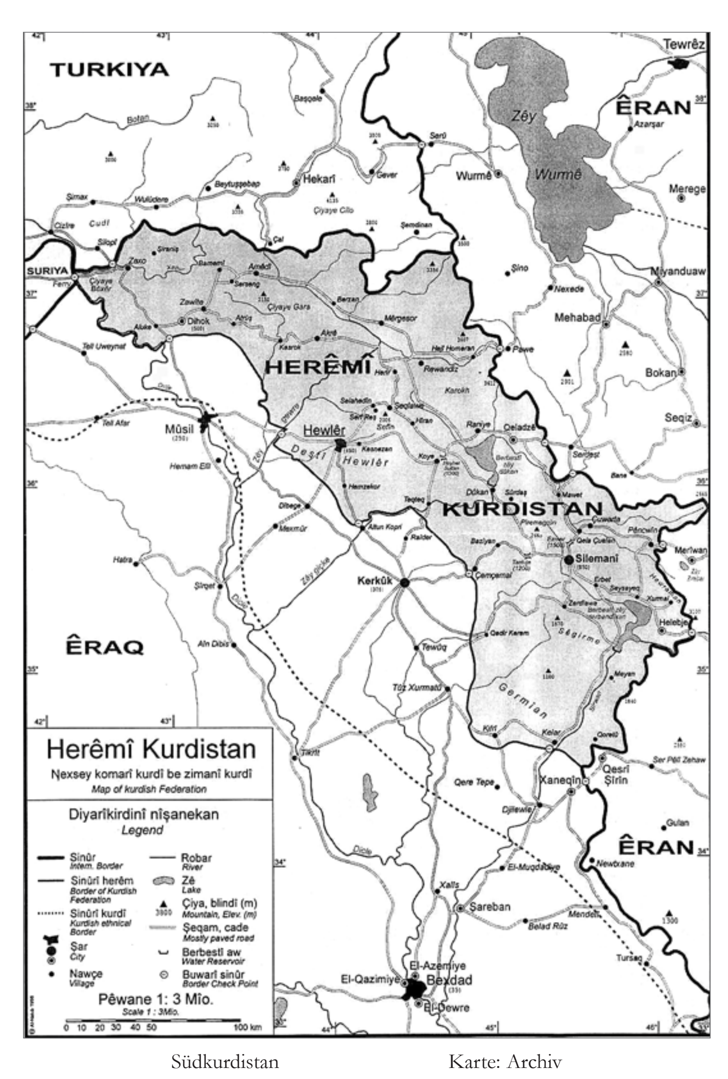
Hinzu kommt, dass Talabani, der Erfahrung darin hat, sich nach gegebenen Kräfteverhältnissen zu positionieren, ohne die Zustimmung der USA kaum eine solche Erklärung abgeben kann. Während er nach seinem Zusammentreffen mit Bush am 13. September erklärte, dass die Soldaten der Koalitionskräfte im Irak bleiben müssten und es daher kein Abzugsdatum gebe, hieß es bei Bush: „Gegen die Feinde eines freien Iraks werden die US-Soldaten im Irak ihren Kampf fortsetzen. Der föderale Irak wird im gesamten Mittleren Osten allen Menschen, die Freiheit fordern, Orientierung sein.“ Diese Stellungnahmen bergen natürlich wichtige Hinweise.

Talabani wiederholte bei seinem Gespräch mit dem britischen Premier Blair, dass der jetzige Abzug der Truppen unter US-Schirmherrschaft eine Katastrophe verursachen werde und sie den Abzug fordern würden, sobald ihr Land dazu bereit sei. Darauf antwortete Blair, dass sie so lange im Irak bleiben würden, wie die Iraker es wünschten.

In diesem Zusammenhang macht es auch Sinn, die Erklärung des PUK-Vertreters in Washington vom 6. Oktober 2005 – „Die Kurden haben sich zu keiner Zeit als Iraker gefühlt“ – zu unterstreichen, um sich ein Bild darüber machen zu können, aus welcher Richtung der politische Wind weht. Die Bildung einer Gesprächsdelegation zur Behebung der Krise zeigt, wie ernst die Situation ist. Es wurde ersichtlich, dass mit Zwang niemand an Bagdad angebunden werden kann. Andernfalls wäre eine solche Erklärung einige Tage vor dem Referendum nicht notwendig.

Am 6. Oktober führte die kurdische Delegation – mit dem KDP-Politbüromitglied Fazıl Mirani, Kosret Resul, Mahmut Osman und Fuad Masum – in Bagdad ein Gespräch mit Caferi, dem Schiitenführer Abdulaziz Hakim, dem stellvertretenden Staatspräsidenten Adil Abdulmehdi und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Ahmet Çelebi. Darin ging es um Fragen des Bündnisses, der ökonomischen Hilfe und der fehlenden Anpassung an den Artikel 58. Mirani soll bei diesem Gespräch Caferi auch gefragt haben, warum sie bezüglich des seit fünf Monaten unbehandelten Artikels 58 und des hierfür bereitgestellten Budgets nicht angehört worden seien.

Parallel dazu war unterschiedlichen Erhebungen zu entnehmen, dass ein



Südkurdistan Karte: Archiv

Großteil der Bevölkerung Kirkuks ihren Unmut gegenüber den irakischen Sicherheitskräften zum Ausdruck gebracht habe.

„Die Melone ist kaputt"

Die UNO hat in Städten wie Hewlêr, Duhok, Süleymaniye, Musul, Kirkuk den Verfassungsentwurf in kurdischer Sprache verteilt. Das wird beim Referendum sicherlich die Stimmenzahl für den Verfassungsentwurf erhöhen. Aber die Nein-Stimmen aus den sunnitischen Regionen können verhindern, dass die nötigen Ja-Stimmen zusammenkommen. Dann kann es schwierig werden, den modifizierten Verfassungsentwurf noch vor der Parlamentswahl im Dezember durch ein neues Referendum zu bestätigen.

Im Falle einer Ablehnung des Entwurfs werden die diplomatischen Aktivitäten zunehmen, aber gleichzeitig könnte das Bindeglied zwischen den Volksgruppen geschwächt werden und die Kurden und Schiiten könnten erklären, dass nichts mehr zu machen sei und ihre Wege sich trennten. Dies würde sicherlich nicht so offen deklariert werden, aber de facto eintreten und folglich würde die irakische Parlamentswahl nur einen symbolischen Charakter haben. Man muss realistisch sein. Im Irak ist – wenn auch unter externem Druck – „die Melone kaputt".

Die mit Unterstützung von Al-Qaida und anderen Kreisen ausgeführten sunnitischen Angriffe auf die Schiiten und Kurden, bei denen keine Differenzierung zwischen Zivilbevölkerung und Administration vorgenommen wird, treiben die Region in eine unumkehrbare Zerstückelung entlang ethnischer und religiöser Trennlinien. Die Zunahme des kurdischen Bevölkerungsanteils in Städten wie Kirkuk und Musul und die daraus resultierende Kontrolle über diese kritischen Städte werden die Region des föderalen Kurdistans im weiteren Prozess relevant machen für Länder, die sich eine Rolle als regionale Kraft erträumen.

Die Interessen der Staaten, die aus dem Mittleren Osten Erdöl importieren (wie China und Japan), die Tatsache, dass Japan nicht beabsichtigt, sein Militär aus der Region abzuziehen, sowie auch die Beziehungen einiger Staaten wie China, Indien, Indonesien und Russland mit dieser geopolitisch und geostrategisch bedeutenden Region werden die Konjunktur drosseln.

Wenn wir die Türkei, Iran und Syrien ebenfalls dazunehmen, wird ersichtlich, um wie viel mehr sich die Akteure in der Region bemühen müssen, um sich auf dieser höchst schwierigen Grundlage auf den Beinen halten zu können.

Die Aufmerksamkeit von Staaten wie der Türkei, Irak, Syrien, den USA, Russland, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien wird auf den Kurden, also auf den regionalen Akteuren PUK, KDP und Kongra-Gel, liegen.

Für Frieden, Wohlstand und Stabilität wird es nötig sein, dass diese drei Kräfte sich im Hinblick auf die kurdische Zukunft auf gleichem Nenner treffen. Eine Nichteinigung wird hingegen Massakern wie in den Fällen Enfal und Halapce den Weg bereiten. Was werden die USA, die den Krieg bis hierher gebracht haben und ersichtlich in Bedrängnis geraten sind, gegenüber den gestiegenen Ölpreisen unternehmen? Die USA und Großbritannien wollen ihren Weg auch zusammen mit dem im Januar sich erneuernden Parlament bestreiten. Ihre Bemühungen, die „kaputte Melone" erneut zusammenzufügen, werden aber scheitern. Trotz der Behauptung, die USA wünschten sehnlichst, sich zurückziehen zu können, wird ihnen dies aber nicht möglich sein.

Es wäre Selbstbetrug zu glauben, dass die USA einer ölreichen Region wie dem Irak den Rücken kehren würden, wenn man bedenkt, dass sie ihre Truppen 45 Jahre lang nicht aus Südkorea abgezogen haben. Das werden die US- und britischen Einheiten auch 2006 nicht. Aber sie müssen über sich ergehen lassen, dass die übrigen europäischen Staaten sich zunehmend von ihnen abwenden. ♦

Mikail Aslan Ensemble: über das neue Album „Miraz – Maya – Miracle“

Vollständig Anatolien, vollständig Westen



Interview mit Mikail Aslan

„Meine Kindheit habe ich in Anatolien verbracht. Dieses Land hat mich geprägt. Hier habe ich die Musikakademie besucht. Ich bewege mich zwischen den Musikkulturen, die ich hier und die ich dort vermittelt bekam. Ich messe den Wurzeln in meiner Vergangenheit große Bedeutung bei. Denn die Kreativität liegt dort begründet.“

Ein verblüffendes Album. Es hat sowohl sehr viel aus Anatolien als auch sehr viel aus Europa. Während man traditionelle kurdische, alevitische und türkische Melodien hört, kommt auf einmal eine Sinfonie ins Spiel. Vielleicht möchte man es aus diesem Grunde immer wieder hören.

Sein neues Album heißt „Miraz – Maya – Miracle“. Mikail Aslan nahm schon mit seinen früheren Werken einen besonderen Stellenwert ein. Das neue Album ist ebenfalls eine solche Arbeit. Der seit zehn Jahren in Deutschland lebende Künstler definiert seine Art von Musik als „Dersim-Musik“.

Ihr neues Album heißt auf Zazaki „Miraz“, auf Türkisch „Maya“ – Hefe – und auf Englisch „Miracle“. Welche Mischung ist enthalten?

Wenn Sie sich Teighefe vorstellen, so ist es ein kleiner Teil von einem vorherigen Teig, der später ebenfalls zum Teig wird. Wenn kein Teil vom vorherigen Teig vorhanden ist, gibt es kein Produkt. Dieser kleine Teiganteil ist die Materie zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. Die Hefe hat eine Art Wunderwirkung inne, wenn das nicht so wäre, würde aus ihr kein neuer Teig entstehen. Wenn man sich das so vorstellt, so kommt man zu der Schlussfolgerung, dass die Hefe die Kraft eines „Miracle“ (d. h. eines Wunders) beinhaltet. Im Weiteren hat das Wort „Miras“ (Erbe) im Türkischen eine Verbindung zum kurdischen Wort „Miraz“ (Wunsch). Beide tragen etwas von der Vergangenheit in die Zukunft.

Ihre Musik ähnelt Ihrer Beschreibung. Denn Ihr Album beinhaltet sowohl anatolische Melodien als auch westliche Musik.

Meine Kindheit habe ich in Anatolien verbracht. Dieses Land hat mich geprägt. Hier habe ich die Musikakademie besucht. Ich bewege mich zwischen den Musikkulturen, die ich hier und die ich dort vermittelt bekam. Ich messe den Wurzeln in meiner Vergangenheit große Bedeutung bei. Denn die Kreativität liegt dort begründet. Für mich sind nun Menschen, die wie Barden improvisieren, von Bedeutung. Dem gebe ich den Namen Hefe. Denn ohne diese Hefe können auch keine Volksgesänge entstehen. Ansonsten kann nichts seine Kreativität und sich selbst definieren. Der Mensch könnte seine Schöpfung nicht beschreiben. Auf der anderen Seite sperre ich mich hier nicht gegen andere Musikrichtungen. Ich lasse auch diese auf mich wirken und höre sie mir an und werde auf eine Weise auch davon beeinflusst. Aber dennoch bin ich der Meinung, dass die Musik, die ich mache, eine Identität haben sollte. Aus diesem Grunde habe ich die Bedeutung der Hefe unterstrichen. Wenn es jemandem gelänge, seine eigene Ästhetik zu ergründen, dann könnte er die unterschiedlichen Musikarten wie Kettenglieder aneinander fügen. Wenn sie aber nicht über eine verwurzelte Vergangenheit verfügen, dann würden zwei Ketten einfach nebeneinander liegen, das wiederum würde sehr merkwürdig aussehen.

Einige der Musiker, mit denen Sie Ihr Album eingespielt haben, sind Deutsche. Im Endeffekt ist diese Musik für die Deutschen keine bekannte Musikart. Wie entsteht die Gemeinsamkeit?

Die Musiker, mit denen ich arbeite, kommen aus der Jazztradition. Diejenigen, die aus dieser Tradition kommen, ähneln uns im Hinblick auf die Motivation. Denn im Zentrum des Jazz liegt die Improvisation. Im Vergleich zu anderen lässt sich mit den Jazzern eher eine Verbindung herstellen. Ich habe mich mit den Freunden fünf Jahre lang bemüht. Mein größtes Problem hatte ich beim Rhythmus. So als würden sie ein kleines Kind erziehen, so war es. In kleinen Übungen versuchen sie, 9/8- und 7/8-Takt-Rhythmen zu erklären. Aber ich habe von ihnen noch mehr gelernt.

In der letzten Zeit hat in Europa das Interesse an ethnischer Musik anscheinend zugenommen, oder?

Als es hier in manchen Musikstilen eine Stagnation gab, entwickelte sich das Interesse für die Musik aus dem Osten, vor allem in Frankreich. Zunehmend greift diese Tendenz auch auf die Niederlande, Deutschland und die Schweiz über. Dieses Jahr haben wir z. B. unser Projekt „Connections“ aufgeführt. Zu den Werken von Beethoven und Bach wurde dabei einem Menschen aus dem Osten Platz eingeräumt. Das hat weniger mit meinem individuellen

Erfolg, vielmehr mit der Offenheit der Menschen zu diesem Thema zu tun. Sie versuchen die Musik des Ostens verstärkt in sich aufzunehmen.

Sie sind ein in Deutschland lebender, Zaza-Musik machender Musiker aus der Türkei. Wird Ihr Album von Kurden, Türken oder von Deutschen gehört?

Meine Muttersprache ist Zazaki. Ich habe überwiegend Musik in Zazaki gemacht. Es gibt wenige, die bewusst Zazaki hören. Die Zahl der Käufer würde sich höchstens auf 15.000–20.000 belaufen. Aber wir verkaufen annähernd 100.000. Ich möchte damit verdeutlichen, dass alle, die etwas mit dieser Musik anfangen können, es kaufen und hören. Wir erfahren Aufmerksamkeit von Deutschen bis Franzosen. Zu unseren Konzerten kommen meistens diese Leute. Wir haben ein Projekt mit dem Namen „Klänge aus Firat“. Ziel war es, unsere Musik bekannt zu machen. Vielmehr die instrumentale Musik. Wir haben dieses Projekt mehr in Akademien und Konservatorien vorgeführt. Die Akademiekreise haben es mit großem Interesse aufgenommen. Vielleicht hören die normalen Deutschen eher populäre Musik, aber etwas reifer denkende Menschen wenden sich uns zu. Ich kann sagen, dass in allen Bereichen Interesse an dieser Musik besteht. Wenn ich sie benennen soll, sage ich nicht türkische oder kurdische Musik. Ich singe meine Musik als Dersim-Musik. Ich sage, dass ich aus Anatolien komme. Der Aufbau meiner Musik stammt von all den Völkern dort. In Dersim haben unterschiedliche Völker gelebt, in diesem Sinne sind wir Gesamtanatolien, der ganze Mittlere Osten. In der Musik nehmen wir das auch zur Grundlage.

Wäre es nicht nützlich für Ihre Musik, wenn Sie in der Türkei leben würden?

Selbstverständlich, wenn ich in der Region leben würde, würde ich die Dörfer bereisen und mir ein Archiv anlegen. Die Möglichkeiten zur Recherche wären noch größer, damit habe ich gegenwärtig ein Problem. Als ich vor zehn Jahren nach Europa kam, waren in der Türkei bestimmte Sprachen verboten. Aus diesem Grunde habe ich meine Alben in Deutschland produziert. Meine neuesten Alben verkaufen sich, die früheren wurden damals nicht verkauft. Zudem hat man die Chance, wenn man im Ausland lebt, die Region, aus der man kommt, besser zu verstehen. Es bietet die Möglichkeit, die Welt zu vergleichen.

In Deutschland haben Sie am Peter-Cornelius-Konservatorium klassische Musik (klassische Gitarre und Saxophon) studiert. Woher kam das Bedürfnis nach einer klassischen Musikausbildung?

Ich hätte auch eine Ausbildung in Jazz oder Populärmusik aufnehmen können. Aber das weckte nicht mein Interesse. Das Projekt „Connections“ ist eigentlich ein Projekt, das ich seit meinen Oberschuljahren im Kopf habe. Ich sagte mir, wenn es mir gelänge, würde ich meine Musik vollständig sinfonisieren. Gott sei dank, ich habe es geschafft. Wenn etwas in einem Menschen steckt, das findet er früher oder später. Diese Musik hätte ich nur orchestral nach Europa vermitteln können. Im Endeffekt habe ich vor dem Sinfonie-Orchester gesessen und meine Musik gespielt. Mein jahrelanger Traum wurde wahr.

Wir wissen, dass Sie in Dersim 1972 zur Welt kamen. Können Sie uns mehr über sich erzählen?

Dort, wo ich bis zu meinem zehnten Lebensjahr gelebt habe, gab es nur vier Häuser. Ein Dorf im Wald von Hazat bei Dersim. Manchmal floss das Wasser. Wir waren acht Geschwister. In unserer Familie waren mein Onkel und mein Vater leidenschaftlich an Musik interessiert. Mein Vater hat sowohl Saz gespielt als auch aus den Büchern von Pir Sultan [P. S. Abdal, alevitischer Volksdichter u. Märtyrer, wahrscheinlich 16. Jh.] Verse vorgelesen und diese später interpretiert. Wenn in einem Lied der Name von Pir Sultan vorkam und mein Vater zuvor die Beine übereinander geschlagen hatte, nahm er sein Bein runter, setzte sich aufrecht, küsste seine rechte Hand und legte sie auf seinen Kopf. Es war eine mystische Innenwelt. Wir Kinder haben alle Musikinstrumente gespielt. Zur Zeit des Militärputsches 1980 war ich etwa neun Jahre alt, es waren schwere Zeiten. Auch wir litten darunter. So wurde in unserem Haus mein Bruder gefoltert. Sie haben ihn nach draußen gebracht, an beiden Seiten Soldaten. Als sie ihn draußen hatten, hat er auf einen Stein vor der Haustür Blut gespuckt. Eine Zeit lang hat es weder geregnet noch geschneit, so dass dieser Blutfleck lange dort blieb. Ich ging mit meiner Schwester zu diesem Stein und wir weinten oft. Wir wussten nicht, ob mein Bruder lebte oder schon tot war, weil er verhaftet worden war und wir keine Nachricht von ihm erhielten. Meine Mutter meinte, wir Kinder sollten nicht noch mehr leiden. Daraufhin gingen wir nach Kayseri. Dort bin ich zur Schule gegangen. In Malatya habe ich einen Studienplatz bekommen und zwei Jahre Mathematik studiert. 1994 waren ebenfalls schwere Zeiten. Auch damals habe ich mich mit Musik beschäftigt, ich habe mit dem Mathematikstudium aufgehört. Ich ging nach Istanbul, um Musik zu machen, habe in Musikgruppen wie der Gruppe Munzur gespielt. Als ich merkte, dass ich auch in diesen Gruppen nicht genau das machen konnte, was ich eigentlich wollte, entschied ich mich, nach Deutschland zu gehen. Meine Mutter war bereits hier. Seit 10 Jahren lebe ich jetzt hier und mache Musik. ♦

Das Interview führte Nazan Özcan. Es erschien am 10. August 2005 in der Tageszeitung Milliyet Sanat.

Im Februar 2000 wurde das Mikail Aslan Ensemble von Mikail Aslan, Michael Weil und Dieter Schmalzried in Mainz gegründet. Die musikalische Grundlage sind Eigenkompositionen und traditionelle Stücke aus der Heimat von Mikail Aslan. Dabei liegen die musikalischen Wurzeln in der kurdischen, armenischen, persischen und türkischen Musikkultur. Die meisten Texte der Musikstücke sind in Mikails Muttersprache Zazaki verfasst, die mit dem Kurdischen und Persischen verwandt ist.

Mehr im Internet: www.mikailaslan.com

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress
Deutschlandvertretung
Tel: (030) 24 72 41 96
Fax: (030) 24 72 49 02;
E-mail: knkberlin@kongrakurdistan.net

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
e-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
e-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
e-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
e-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
e-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

JETZT DEN DIALOG ERÖFFNEN
FÜR DEN FRIEDEN GEGEN DEN KRIEG
FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN

Die Türkei und Europa erfuhren im Mai 2005 durch einen Entscheid der Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte:

"Dem Kurdenführer Abdullah Öcalan ist in der Türkei kein faires, rechtsstaatliches Verfahren zuteil geworden".

Die Europa-Richter erwarten nun von der Türkei die Wiederaufnahme des Prozesses gegen Öcalan. Der Gerichtshof übertrug dem Ministerrat des Europäischen Rates die Überwachung der Ausführung dieser Entscheidung.
Türkische Militärs und nationalistische Kreise reagierten mit Ärger. Hohe Generäle lehnen ein Wiederaufnahme-Verfahren kategorisch ab.
Unter solchen Umständen ist zweifelhaft, ob die von den Straßburger Richtern erwartete Rechtsstaatlichkeit in der Türkei vorhanden ist. In ihrer jetzigen Verfassung ist die Türkei nicht imstande, Abdullah Öcalan einen fairen Prozess zu machen. Was als Reform und Schritt nach Europa gedacht war – das neue Strafgesetzbuch –, entspricht keineswegs internationalen Standards: Es beschneidet die essentiellen Rechte von Journalisten und besonders von Rechtsanwälten, einschließlich der juristischen Vertreter Öcalans. Diese Anwälte arbeiten von Anfang an im Zeichen von Drohung und staatlicher Repression.
Staat und Justiz bestimmen die Rechtsvertretung selbst, indem ihnen gewährt ist, per Anordnung Mandate zu entziehen. Bereits zwölf Anwälten Öcalans wurde auf diese Art im Laufe der Zeit das Mandat gekündigt. Eine unabhängige, selbstgewählte rechtliche Vertretung ist dadurch aufgehoben.
Kein Anwalt möchte Teil dieser Rechtsposse sein. Sie verzichten auf weitere Besuche bei ihrem Mandanten, die sie ohnehin nur selten durchführen durften. Es bleibt ihnen, öffentlich zu machen, was ihr Klient denkt: In der jetzigen Türkei steht ihm kein faires Verfahren zur Verfügung.
Öcalan würde an einem korrekten, rechtsstaatlichen Verfahren einer unabhängigen Justiz teilnehmen, die in der Türkei nicht existiert. Nur ein internationales Gericht könnte die notwendige Fairness bieten.
Inwieweit dies möglich ist, ist eine juristische Frage. Entscheidend wäre aber der politische Willen der internationalen Gemeinschaft zu einer Lösung der Kurdischen Frage. Das Recht kann keine Politik ersetzen. So fordert der Europäische Gerichtshof die europäischen Regierungen auf, die Türkei politisch auf eine konstruktive Haltung in der kurdischen Frage zu verpflichten. Dagegen steht noch der wieder entflammte Krieg. Täglich berichten die Medien von Gefechten zwischen türkischer Armee und kurdischer Guerilla. Die Zahl der Toten und Verwundeten wächst. Die unermüdlich wiederholten Angebote der kurdischen Seite zu Frieden und Dialog wurden von türkischer Seite nie erwidert. Der erneute Waffenstillstand und die Aufforderung an die türkische Armee, Verhandlungen für einen beidseitigen Waffenstillstand vorzubereiten, verhallten ungehört. Offensichtlich setzen türkische Armee und Regierung auf eine militärische Lösung. Ein ausgewachsener Krieg ist nicht mehr fern.

Die Aufgaben Europas

Es ist jetzt die Aufgabe Europas, die offizielle Türkei auf den Weg des Friedens festzulegen, den Dialog zu eröffnen und die Vergangenheit am Ende gemeinsam zu bewältigen. Europa hat der Türkei zu bedeuten: der militärische Weg muss durch einen friedlichen politischen Prozess ersetzt werden.
Die erfolgreiche Lösung der Kurdischen Frage muss eine der Schlüsselbedingung für die Mitgliedschaft der Türkei in der EU werden. Die Türkei muss den Dialog mit den Kurden aufnehmen. Auch mit Abdullah Öcalan, den diese als ihren politischen Führer betrachten und der sich bereits zu einer einvernehmlichen Lösung bereiterklärt hat. Diese liegt im beiderseitigen Interesse. Nur Verhandlungen können die Spirale der Gewalt stoppen.

Wir rufen auf zur sofortigen Beendigung aller Gewalt und der andauernden militärischen Operationen in Kurdistan.

Wir fordern beide Parteien auf, durch Verhandlungen zu einer politischen Lösung der Kurdischen Frage zu gelangen.

Tony Benn, former MP, independent politician, Lord Dholakia, House of Lords, Baroness Jenny Tonge, House of Lords, Bruce Kent, President, International Peace Bureau, Stewart Hemsley, Pax Christi UK, Lord Rea, Dafydd Ian, President Plaid Cymru, John Austin, MP, Adam Pice, John McDonnell, MP, Andrew George, MP, Angus Robertson, MP, Martin Caton, MP, Hywel Williams, MP, Mike Weir, MP, Elwyn Llywd, MP, Joe Benton, MP, Ben Bradshaw, MP, Russell Brown, MP, Richard Burden, MP, Jean Lambert, MEP, Andrew Duff, MEP, Ian Hudghton, MEP, Jill Evans, MEP, Gareth Peirce, lawyer, D Sheppard, Lindsey German, Stop the War Coalition, PR MacKenzie, SNP (Scottish National Party) Convenor, Thomas Angus, SNP Branch Secretary, Elizabeth Angus, SNP Branch Treasurer, Elspeth Mcclachan, SNP Organisere, Maggie Bowden, Secretary Liberation, Rachel Bird, Sarah Parker, interpreter, David Morgan, journalist, Mark Thomas, comedian, Nick Hildyard, policy analyst, Margaret Wright, Executive Green Party, Hugo Charlton, Chair Green Party, Desmond Fernandes, lecturer, Felix Padel, author and campaigner, Prof Ken Coates, European Network for Human Rights and Bertrand Russell Peace Foundation, Angela Sibley, NUT trade union, Angie Zelter, peace activist, Ewa Jasiewicz, journalist, Dr Kay Goodall, lawyer, Unversity of Glasgow, und weitere

Wenn Sie diesen Aufruf unterstützen wollen, wenden Sie sich bitte an folgende Adressen:

International Initiative Freedom for Abdullah Öcalan – Peace in Kurdistan
Phone: 0049 221 130 15 59
Fax: 0049 221 139 30 71
Cologne/Germany
www.freedom-for-ocalan.com
nilufer@freedom-for-ocalan.com

Peace in Kurdistan Campaign – London
Phone: 0044 207 586 5892
Fax: 0044 207 483 2531
London/United Kingdom
estella24@tiscali.co.uk

ISSN 0935-5375